



27. Sitzung

Donnerstag, 23. April 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Fortsetzung der **Tagesordnung**

1601

Antrag der Fraktionen der GAL und
CDU:

Aktuelle Stunde

1601

**Geschlechtsspezifische Arbeit
mit Jungen stärken**

– Drs 19/2762 –

1614

Fraktion der CDU:

dazu

**Hamburg – starker Gesund-
heits- und Medizinstandort**

Hjalmar Stemmann CDU

1601

Anja Domres SPD

1602

Linda Heitmann GAL

1603

Kersten Artus DIE LINKE

1603

Dietrich Wersich, Senator

1604

Harald Krüger CDU

1605

Dr. Martin Schäfer SPD

1606

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Geschlechtsspezifische Arbeit
mit Jungen und Mädchen ver-
bindlich gestalten**

– Drs 19/2868 –

1614

und

Antrag der Fraktion der SPD:

**Geschlechtsspezifische Arbeit
mit Jungen in Hamburg stärken**

– Drs 19/2879 (Neufassung) –

1615

Christiane Blömeke GAL

1615

Wolfgang Müller-Kallweit CDU

1617, 1621

Gunnar Eisold SPD

1617

Kersten Artus DIE LINKE

1619

Michael Gwosdz GAL

1619

Gabi Dobusch SPD

1621

Fraktion der SPD:

**Tag der Arbeit in Zeiten der Kri-
se – qualifizieren statt entlas-
sen!**

Elke Badde SPD

1607

Dr. Natalie Hochheim CDU

1608

Antje Möller GAL

1609, 1614

Elisabeth Baum DIE LINKE

1610

Axel Gedaschko, Senator

1611

Wolfgang Rose SPD

1612

Bernd Capeletti CDU

1612

Mehmet Yildiz DIE LINKE

1613

Beschlüsse

1622

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Hamburg Energie – Stadtwerke für Hamburg: Prima – aber wie ernst meint es der Senat?
– Drs 19/1884 –

1622

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Stadtwerke für Hamburg? Zwischenergebnisse der Prüfungen vorlegen
– Drs 19/2839 –

1623

Dr. Monika Schaal SPD
Rüdiger Kruse CDU
Jenny Weggen GAL
Dora Heyenn DIE LINKE
Anja Hajduk, Senatorin
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

1623, 1629
1624
1625
1626
1627
1630

Beschlüsse, Besprechung erfolgt

1632

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Umweltbilanz durch die Einführung der Blauen Tonne in Hamburg
– Drs 19/2761 –

1632

Birgit Stöver CDU
Carola Thimm SPD
Jenny Weggen GAL
Dora Heyenn DIE LINKE

1632
1633
1634
1635

Beschluss

1636

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Einzelhandelsstandorte attraktiver machen
– Drs 19/2764 –

1636

Beschlüsse

1636

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Schwimmstadt Hamburg – Was bringt die Bewerbung um die Schwimm-WM der Schwimmfrankstruktur in Hamburg?
– Drs 19/2410 –

1636

Juliane Timmermann SPD 1636
Thomas Kreuzmann CDU 1638
Horst Becker GAL 1639
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 1640
Dr. Karin von Welck, Senatorin 1641
Ties Rabe SPD 1642
Michael Gwosdz GAL 1643

Besprechung erfolgt

1644

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Hamburger Pressemarkt, publizistische Vielfalt

– Drs 19/2408 –

1644

Kersten Artus DIE LINKE
Andreas C. Wankum CDU
Uwe Grund SPD
Farid Müller GAL
Dr. Karin von Welck, Senatorin
Norbert Hackbusch DIE LINKE

1644
1647
1647
1649, 1652
1650
1651

Beschluss, Besprechung erfolgt

1653

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/2498 –

1653

Jens Grapengeter CDU
Wilfried Buss SPD

1653
1653

Beschlüsse

1654

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/2695 –

1654

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/2696 –

1654

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/2697 –

1654

Beschlüsse

1654

Sammelübersicht

1654

Beschlüsse	1654	Abschluss eines Verwaltungsabkommens zur Verteilung der Kosten für die Durchführung der Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger natürlicher Personen, die inländische Renteneinkünfte beziehen – Drs 19/2733 –	1655
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung – Drs 19/1882 –	1654	Beschlüsse	1655
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	1655	Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/2397:	
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Bessere Chancen für Schülerinnen und Schüler mit schwierigen Startbedingungen – Umsetzung der Enquete-Empfehlungen – Drs 19/2055 (Neufassung) –	1655	Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 Einzelplan 7 Menschliche Metropole: Chancen für Arbeitslose – Qualifizierungs- und Vermittlungsinitiative Hamburg (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/2746 –	1656
Beschluss, Besprechung beschlossen	1655	Beschluss	1656
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Struktur des Arbeitsmarktes und der Hilfebedürftigkeit in Hamburg – Drs 19/2409 –	1655	Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/1635:	
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	1655	Haushaltsjahr 2008 Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarfe für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zur Erledigung des langjährigen Gerichtsprozesses um den erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleich für die Hafenerweiterung in Altenwerder (Senatsantrag) – Drs 19/2756 –	1656
Große Anfrage der Fraktion der SPD: Zeit- und Leiharbeit in Hamburg – Drs 19/2509 –	1655	Beschlüsse	1656
Beschluss, Besprechung beschlossen	1655	Antrag der Fraktion der SPD:	
Senatsantrag:		Barrierefreie Kommunikation mit den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft – Kostenregelung bei direkten Bürgergesprächen mit Gehörlosen und hochgradig Schwerhörigen – Drs 19/2418 –	1656
		Egbert von Frankenberg CDU	1656

Martina Gregersen GAL	1657
Dirk Kienscherf SPD	1658
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	1659
Antje Möller GAL	1659
Uwe Grund SPD	1660
Jens Kerstan GAL	1661

Beschlüsse 1662

Antrag der Fraktionen der GAL und
CDU:

**Intensivierung und Weiterent-
wicklung der Studien- und Be-
rufsorientierung am Gymnasi-
um**

– Drs 19/2760 – 1662

Beschlüsse 1662

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe daher das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der CDU-Fraktion und lautet:

Hamburg – starker Gesundheits- und Medizinstandort

Das Wort wird gewünscht. – Der Abgeordnete Stemmann hat es.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! In der derzeitigen Situation der Finanzkrise und ihrer Folgen stehen viele Wirtschaftszweige im Fokus der Öffentlichkeit: die Banken, weil sie Auslöser sind, die Automobilindustrie, weil sie zum Teil unter Einbrüchen leidet, die Schifffahrt, weil der weltweite Handel einbricht und der Einzelhandel, weil der Konsum einzubrechen droht.

Praktisch gar nicht erwähnt wird die relativ konjunkturresistente Gesundheitswirtschaft. Das liegt wahrscheinlich an der großen Unkenntnis über diese Branche, die bisher zumeist nur als Kostentreiber wahrgenommen wurde, denn Gesundheitswirtschaft ist der weit gefasste Oberbegriff für alle Wirtschaftszweige, die etwas mit Gesundheit zu tun haben. Insbesondere vor dem Hintergrund der massiven wirtschaftlichen Probleme ist es daher erfreulich, dass Gesundheit zunehmend auch als Wettbewerbsfaktor ganzer Regionen wahrgenommen wird, so auch in Hamburg. Unsere Stadt ist ein sehr starker Gesundheits- und Medizinstandort mit großem Zukunftspotenzial und einer der wichtigsten Krankenhausmärkte in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg beheimatet führende Medizintechnikunternehmen, ist einer der größten Krankenkassenstandorte und weist eine sehr starke länderübergreifende Vernetzung im Bereich Life Science auf. Die starken Leistungen der Gesundheitshandwerke oder die Angebote im Bereich Gesundheitssport sollen auch nicht unerwähnt bleiben.

Diese bereits vorhandenen Kompetenzen des Standorts haben unter anderem dazu geführt, dass Hamburg Finalteilnehmer des Wettbewerbs "Gesundheitsregion der Zukunft" des Bundesforschungsministeriums ist und damit schon jetzt zu den 20 besten Gesundheitsstandorten in ganz Deutschland zählt.

Dieses Potenzial wollen wir als CDU gemeinsam mit der GAL für Hamburg noch stärker nutzen und weiter fördern. Aufbauend auf den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, das existierende Cluster-Management Life Science durch eine Gesundheitswirtschaftsstrategie zu erweitern und damit die Gesundheitsversorgung zu stärken, sollen die vorhandenen Kompetenzen ausgebaut und alle Beteiligten noch besser miteinander vernetzt werden.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn die Wiedersehensfreude sich etwas weniger geräuschvoll äußern würde. – Bitte.

Hjalmar Stemmann (fortfahrend): Hierzu haben wir den Senat mit unserem Antrag "Stärkung der Gesundheitswirtschaft" aufgefordert. Das Ziel der Senatsstrategie muss es sein, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren der Gesundheitswirtschaft die Qualitäten und Kompetenzen des Gesundheitsstandorts Hamburg zu analysieren, zentrale Handlungsfelder zu identifizieren und auszubauen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Damit entwickelt der Standort ein unverkennbares Profil und wird über die Metropolregion hinaus vermarktbare, denn wir wissen, dass die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft im Großraum Hamburg wichtig ist für die Bevölkerung, für die Patienten und die vielen in der Branche Beschäftigten und somit ein bedeutender Baustein für den Wirtschafts- und damit Arbeitsmarktstandort ist.

Mittel- und langfristig kann dadurch der Kernbereich der Gesundheitswirtschaft, die stationäre Versorgung, als ein strategisch bedeutendes Wachstumsfeld in Hamburg gestärkt werden. Schon jetzt arbeiten über 105 000 Menschen in diesem Bereich in Hamburg. Darum werden auch erhebliche Mittel des Hamburger Konjunkturprogramms in den Gesundheitssektor fließen. So werden beispielsweise Investitionen in Höhe von 79 Millionen Euro vorgezogen und in Ausbau und Modernisierung der Hamburger Krankenhäuser gesteckt. Weitere 6 Millionen Euro kommen dem Universitätsklinikum Eppendorf zugute. Insgesamt beträgt die Summe der Krankenhausinvestitionen in Hamburg für Einzelmaßnahmen in den beiden kommenden Jahren rund 240 Millionen Euro, hinzu kommen zusätzliche pauschale Investitionsmittel in Höhe von rund 60 Millionen Euro.

Damit wird die Strategie fortgesetzt, für die Hamburgs CDU bereits 2005 die Weichen gestellt hat,

(Ingo Egloff SPD: Die CDU hat überhaupt keine Fragen gestellt!)

um das Thema Gesundheit nicht nur unter Kostenaspekten zu betrachten. – Vielen Dank.

(Hjalmar Stemann)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Domres.

Anja Domres SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Monaten in der Bürgerschaft häufiger mit Themen wie Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Jetzt gibt es erneut das Thema in der Aktuellen Stunde mit der Überschrift "Hamburg – starker Gesundheits- und Medienstandort". Ehrlich gesagt weiß ich nicht, was dieses Thema in der Aktuellen Stunde zu suchen hat, aber lassen wir es trotzdem bewegen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Es lässt sich nicht leugnen, dass in Hamburg über 100 000 Menschen im Gesundheitsbereich beschäftigt sind und dass die Gesundheitsbranche auch für Hamburg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Große Krankenkassen haben hier ihren Sitz genauso wie führende Unternehmen in der Medizintechnik, auch das lässt sich nicht leugnen. Wir haben in Hamburg einen wichtigen Krankenhausmarkt, natürlich werden in Hamburg auch Medizinstudiengänge angeboten; so weit, so gut zum Medizin- und Gesundheitsstandort Hamburg.

Was Sie aber immer wieder vergessen und was Sie auch nicht hören wollen bei dem Thema, ist, dass Sie den Standort nicht nur wirtschaftlich betrachten können, sondern dass Sie die Menschen im Blick haben müssen und die Menschen in dieser Stadt vergessen Sie in diesem Zusammenhang bei Ihren Gesundheitsthemen immer wieder.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Ich möchte Sie daran erinnern und werde es gerne immer wieder tun, wenn wir dieses Thema auf der Tagesordnung haben, dass Sie trotz eines anders lautenden Volksentscheids der Hamburger Bürgerinnen und Bürger den Landesbetrieb Krankenhaus verscherbelt haben an den Privatinvestor Asklepios. Sie haben damit überhaupt keinen Zugriff und keine Steuerungsmöglichkeit mehr auf große Teile des Krankenhaussektors in dieser Stadt. Von 11 000 Beschäftigten bei Asklepios haben rund 1000 von ihrem Rückkehrrecht zur Stadt Gebrauch gemacht und ich habe mit einigen von diesen Rückkehrern gesprochen. Sie haben es eigentlich nicht gemacht, weil sie gerne kündigen wollten oder zurückkehren wollten, sondern weil sie große Angst hatten, zukünftig keinen Arbeitsplatz mehr bei Asklepios zu haben oder Arbeitsbedingungen vorzufinden, mit denen sie sich überhaupt nicht abfinden können.

Die weitere Folge des Verkaufs ist, dass der Pflegeotstand sich verschärft, ein Problem, das zwar nicht nur Asklepios, sondern auch andere Kran-

kenhäuser dieser Stadt betrifft, das aber bei Asklepios scheinbar besonders gravierend auftritt, wenn man den Medienberichterstattungen der letzten Monate Glauben schenken darf. Patienten, die in den Krankenhäusern von Asklepios behandelt wurden, berichten, wie sie dort gepflegt beziehungsweise wie sie dort nicht gepflegt wurden.

Sie haben den Träger pflegen & wohnen privatisiert, wie heißt er zurzeit, fördern & wohnen oder doch wieder pflegen & wohnen, aber es ist auch egal. Auch hier haben Sie die Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Sie vergessen – auch das ist eines der Themen, die ich immer wieder gerne anspreche in diesem Zusammenhang – die Menschen dieser Stadt, wenn es um die fehlende und unzureichende ambulante ärztliche Versorgung geht.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Herr Stemann, Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die Weiterführung der Kompetenzen im Rahmen der Gesundheitswirtschaft, die Sie weiter ausbauen wollen, auch im Koalitionsvertrag niedergelegt sei. Im Koalitionsvertrag steht aber auch, dass in allen Stadtteilen beziehungsweise Bezirken in dieser Stadt eine ausreichende ambulante ärztliche Versorgung vorgehalten werden soll. Es ist interessant, wie dieses eine Thema immer wieder wegfällt. Ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass wir in Hamburg zurzeit die Problematik haben, dass immer mehr Kassenarztpraxen in sogenannten sozial benachteiligten Stadtteilen aufgekauft werden, dass es in diesen Stadtteilen keine Kinder- und Hausarztpraxen mehr gibt. Ich möchte an dieser Stelle auch nochmals darauf hinweisen, dass wir immer noch die Problematik der Medizinischen Versorgungszentren haben, die sich immer weiter ausbreiten. An dieser Stelle auch noch einmal der Hinweis, dass ich nicht grundsätzlich gegen diese medizinischen Versorgungszentren bin. Es ist nur die Problematik, dass sie in Hamburg nur dann entstehen können, wenn sie Kassenarztsitze aufkaufen und auch diese werden wieder in den sogenannten benachteiligten Stadtteilen aufgekauft.

Da hilft es auch nichts, zu erklären, dass Hamburg mit 110 Prozent eigentlich übertersorgt sei, denn wenn es Stadtteile gibt, wo kein Hausarzt und kein Kinderarzt mehr erreicht werden kann, hilft es den Menschen dort gar nichts. Da muss dringend gegengesteuert werden, da hilft es auch nichts zu sagen, das sei Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, denn die Gesundheitsbehörde hat die Aufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung. Es ist Ihre Aufgabe, diese angemessen ambulante Versorgung der Menschen in dieser Stadt zu ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Anja Domres)

Solange Sie das Thema Gesundheit immer nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten und die Menschen dieser Stadt vergessen, werde ich immer wieder auf diese Probleme hinweisen.

(Michael Neumann SPD: Nicht nur Sie!)

Es kann nicht sein, dass Sie sich damit brüsten, was für ein toller Medizin- und Gesundheitsstandort Hamburg sei, aber nichts dagegen tun wollen, was die dargestellten Probleme der Menschen dieser Stadt betrifft.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Domres, das Thema der ärztlichen Versorgung haben wir hier vor drei Wochen diskutiert und im Rahmen dessen auch erörtert, welche Handlungsmöglichkeiten es für uns als Politik gibt und welche nicht. Ich glaube, es ist falsch, wenn Sie uns jetzt vorwerfen, wir würden das Thema immer nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehen. Das ist die erste Debatte überhaupt in dieser Legislaturperiode, die wir zum Thema Gesundheitswirtschaft haben. Insgesamt zum Thema Gesundheit hatten wir hier schon einige, die sehr häufig den sozialen Aspekt betrafen. Aber heute diskutieren wir nun einmal über Gesundheitswirtschaft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mein Kollege, Herr Stemmann, hat schon ausgeführt, dass die Gesundheitswirtschaft in Hamburg ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, der eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und Entwicklungspotenzialen bereithält.

Zum Hintergrund: Es gibt in Hamburg sehr viele Krankenhäuser, die ein gutes Forschungsrenommee haben. Viele Krankenkassen haben hier ihren Sitz, aber auch zum Beispiel Einrichtungen wie Apotheken, Rehabilitationseinrichtungen, MedizinproduktHersteller oder im weiteren Sinne sogar der Gesundheitstourismus mit Sport- und Wellnessangeboten fallen in den Bereich der Gesundheitswirtschaft und sichern insgesamt rund 100 000 Arbeitsplätze. Das sind in Hamburg ungefähr 8,6 Prozent der Gesamtbeschäftigten.

Gerade im Rahmen einer alternden Gesellschaft, im Rahmen des demografischen Wandels gewinnt dieser Zweig immer mehr an Bedeutung. Deshalb, Frau Domres, wenn Sie sich fragen, was dieses Thema in der Aktuellen Stunde zu suchen hat, muss ich sagen, wir haben derzeit eine Wirtschaftskrise, wir sind mit den Herausforderungen des demografischen Wandels nun einmal konfrontiert. Die Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft

sind relativ sicher. Es gibt eine konstante Nachfrage und es ist schwer möglich, diese ins Ausland zu verlagern, und daher sind gerade diese Arbeitsplätze hier in Hamburg auch so wichtig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Stärkung des Gesundheitsstandorts Hamburg ist daher auch in unserem Koalitionsvertrag bereits als wichtiges Anliegen verankert. Wir haben die Entwicklung der Gesundheitswirtschaftsstrategie im Koalitionsvertrag stehen und außerdem gibt es eine Teilnahme Hamburgs am Bundeswettbewerb "Gesundheitsregion der Zukunft", um Hamburg als Gesundheitsstandort auch weiter bekanntzumachen.

Ein weiterer Punkt, den wir nun angepackt haben, ist, dass wir im Rahmen des Konjunkturprogramms die Mittel für die Krankenhausinvestitionen auf 2009 vorziehen und hiervon werden auch für andere Branchen wie das Handwerk oder die Bauwirtschaft wichtige, belebende Impulse ausstrahlen.

Insgesamt ist Hamburg somit gut aufgestellt in der Gesundheitswirtschaft, weiterhin an der Spitze in Deutschland zu sein. Ich hoffe, dass das noch lange so bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Was gibt es Neues in der Gesundheitswirtschaft, dass es Thema einer Aktuellen Stunde wird. Es arbeiten weiterhin über 100 000 Beschäftigte in der Gesundheitswirtschaft und sie ist laut Herrn Wersich wohl auch immer noch der bedeutendste Wachstumsfaktor in Hamburg. Was gibt es also Neues? Es gibt ein neues Interview, das der Gesundheitssenator gegeben hat, im Handelskammermagazin.

(Carola Veit SPD: Deshalb!)

Erst einmal finde ich dort eine Aussage, die ich meinen Managern fotokopieren werde. Die lautet:

"Angst ist niemals ein guter Ratgeber, auch nicht die Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Ich appelliere daher an alle Chefs, Manager und Vorgesetzte, ihren Mitarbeitern diese Angst zu nehmen – als praktizierte Arbeitsschutzmaßnahme, aber auch im eigenen Interesse."

(Beifall bei Elisabeth Baum DIE LINKE und Uwe Grund SPD)

Herr Wersich, dieser Appell hört sich sehr gut an. Ich bezweifle nur, dass er Gehör findet.

Ich habe derzeit ständig ein Päckchen Papiertaschentücher im Betriebsratsbüro liegen, weil zur-

(Kersten Artus)

zeit wöchentlich Beschäftigte mit Kündigungsandrohungen zu mir kommen. Die Angst ist allgegenwärtig. Den Leuten, die ich immer erst einmal wieder aufbauen muss, damit sie den für sich richtigen Weg finden, werde ich Ihr Zitat besser nicht als Fotokopie übergeben.

Der Senator geht in diesem Interview weiterhin davon aus, dass die Gesundheitswirtschaft von der Krise profitieren wird und er prognostiziert viele neue Arbeitsplätze. Es soll laut seiner Aussage weiterhin im Krankenhausbereich investiert werden und im Bereich der Pflege sollen sogar 500 bis 1000 Arbeitsplätze neu entstehen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das verspricht er schon seit Jahren!)

Warum nun die Gesundheitswirtschaft von der Krise profitiert, verrät der Senator leider nicht. Weiterhin sagt er, dass seit 2001 konsequent der Weg gegangen wird, die gesundheitliche Versorgung für die gesamte Metropolregion anzubieten. Verschwiegen hat er dabei, dass gezielt auf Luxuskrankte gesetzt wird. Vielleicht wurde es aber auch nur weggekürzt, weil das Foto vom Senator, das ihn an seinem Schreibtisch sitzend zeigt, über die ganze halbe Seite geht. Aber nicht nur DIE LINKE, selbst die "Bild"-Zeitung hat dies nun schon kritisiert.

Die Gesundheitswirtschaft in Hamburg ist zu einem Exportartikel geworden. Die Krankenhausinvestitionen, die in unglaublicher Höhe ausgeschüttet werden, werden dadurch zu einem nicht unwesentlichen Teil nicht mehr für die gesundheitliche Versorgung der in Hamburg lebenden Menschen eingesetzt, abgesehen davon, dass gegen den Willen – Anja Domres hat es erwähnt – der Hamburger und Hamburgerinnen die Krankenhäuser privatisiert wurden.

Wenn die Einschätzung für die Gesundheitswirtschaft in Zeiten der Krise so positiv vom Senat gesehen wird, wüsste ich gern, wie das damit zusammenpasst, dass die Hersteller medizinischer Geräte ganz andere Aussagen treffen, dass sie sehr wohl von der Krise betroffen sind und Sparprogramme lostreten, die wieder Arbeitsplätze kosten werden. Hintergrund ist der weitgehend angespannte Kreditmarkt in den USA, weil die amerikanischen Krankenhäuser Probleme haben, den Kauf von medizinischen Geräten zu finanzieren. Der Konzern Philips zum Beispiel verbuchte einen Umsatzrückgang im ersten Quartal 2009 um 15 Prozent.

Hamburg ist doch keine Insel und die großen Unternehmen sind doch Global Player und betrachten die Märkte nicht regional. Philips ist auch ein Arbeitgeber, der in Hamburg medizinische Technik produziert. Obwohl er mit seinen 7000 Beschäftigten in Deutschland keinen so dramatischen Umsatzrückgang verzeichnet hat wie der Konzern

weltweit, muss man sehen, dass das Unternehmen kurz vor der Vollendung eines Arbeitsplatzabbaus in Deutschland steht, der 350 Jobs umfasst, das sind 5 Prozent. Das muss man dazu sagen, wenn man davon spricht, dass die Krise ein Konjunkturmotor sei und Beschäftigungseffekte in der Gesundheitswirtschaft hervorrufen soll.

Der Senator nimmt als Indiz für das gute Gesundheitsprofil Hamburgs die steigende Geburtenrate und dass Schwangere von außerhalb ihre Kinder in Hamburg zur Welt bringen.

(Dirk Kienscherf SPD: Die ist zurückgegangen, Herr Wersich!)

Wie sieht das konkret aus? In 2006 wurden 16 089 Kinder in Hamburg geboren, in 2007 waren es 16 727. Im ersten Halbjahr 2008 waren es 7800 Kinder. Da muss für das zweite halbe Jahr aber noch kräftig nachgelegt werden, damit man von einer Steigerung sprechen kann. Ich wäre also vorsichtig mit Geburtenprognosen. Man weiß auch, wie schnell man sich – siehe Frau von der Leyen – mit statistischen Angaben über die Geburtenzuwächse blamieren kann. Warten wir also erst einmal ab, bis die Zahlen für 2008 vorliegen und ob der Trend in 2009 anhält.

Ich würde mich freuen, wenn die Aktuelle Stunde vom Senator dazu genutzt würde, die Aussagen in dem Interview zu konkretisieren und zu erläutern.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wersich, und zwar bitte zum angemeldeten Thema der Aktuellen Stunde.

(Ingo Egloff SPD: Das war doch zum Thema!)

Das sage ich im Hinblick auf die Aufforderung, die eben erfolgt ist.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will dem Präsidenten nicht widersprechen, aber Frau Artus hat natürlich zu Recht Dinge in dem Zusammenhang zitiert, die mit dem Thema Gesundheitswirtschaft zu tun haben. Ich bin leider durch einen anderen Termin verspätet gekommen, deswegen werde ich Ihnen ersparen, diese Zahlen noch einmal alle zu wiederholen, weil ich davon ausgehe, dass in der Debatte auf die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für Hamburg schon hingewiesen wurde. Ich werde Ihr Angebot annehmen, Frau Artus, darauf einzugehen.

Das erste ist dieses Signal gegen die Angst am Arbeitsplatz. Dabei geht es nicht darum, dass ein tatsächlicher notwendiger Abbau von Arbeitsplätzen in bestimmten Bereichen nicht erfolgen würde. Aber natürlich setzt die allgemeine wirtschaftliche Situation ganz allgemein eine Angst in den Unter-

(Senator Dietrich Wersich)

nehmen frei. Wir wissen, dass die psychische Belastung am Arbeitsplatz, die Verdichtung der Arbeitswelt, die hohen Anforderungen auch einhergegangen sind mit einem erhöhten Krankenstand. In diesem Sinne ist das eine sehr ernsthafte Empfehlung an die innerbetriebliche Arbeit, mit den Mitarbeitern das Thema Angst in der Krise zu erkennen als etwas, was die Situation noch schlimmer machen kann. Deswegen ist dieser Appell sehr ernst gemeint gewesen an die Hamburger Arbeitgeber und sie werden auch von den Hamburger Arbeitgebern befolgt. Auch die hohe Zahl von Kurzarbeit zeigt, dass sich die Unternehmen nicht schnell von Mitarbeitern trennen.

Zweitens, Frau Artus, soll ich gesagt haben, dass die Gesundheitswirtschaft von der Krise profitiere. Das habe ich nicht gesagt, sondern der Punkt war der, von dem ich annehme, dass er auch angesprochen wurde, dass die Gesundheitswirtschaft nicht in gleicher Weise von der Krise betroffen ist, sondern wir im Gegenteil in der Gesundheitswirtschaft nach wie vor einen Boom erleben. So ist die Anzahl der offenen Arbeitsplätze in den Sozial- und Pflegeberufen gestiegen und ich erwarte, dass wir dieses und kommendes Jahr 500 bis 1000 Arbeitsplätze zusätzlich zu den bereits bestehenden in Hamburg bekommen.

Zurückweisen möchte ich auch den Vorwurf, die Investitionen in die Krankenhäuser seien Investitionen für Luxusranke. Das ist wirklich abenteuerlich, ich will Ihnen da nur zwei Zahlen entgegenhalten. Wir haben im Bereich der ambulanten Hamburger Versorgung, also der niedergelassenen Ärzte, eine Betreuungsquote von Menschen aus dem Umland von 25 bis 30 Prozent aller Patienten. Das sind beileibe keine Luxuspatienten, sondern das sind die Menschen, die den Hamburger Medizinern vertrauen und die Leistungen hier in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ähnliches gilt für den stationären Bereich, hier gibt es rund 25 Prozent Umlandversorgung. Sie überschätzen den Luxus im Umland, wenn Sie glauben, wir könnten ein Viertel der Hamburger Krankenhäuser damit füllen.

Sie haben angesprochen, dass wir uns auch international bemühen, Patienten zu gewinnen, und zwar nicht mit den Krankenhausinvestitionsmitteln, sondern dass dies die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft tun in alter Hamburger Tradition, nämlich weltoffen zu sein. Ich glaube, das ist der Kerngedanke seit 2001. Unsere Gesundheitsangebote in der Stadt sind eben nicht nur für die Hamburger da, sondern genauso, wie man hier zum Einkaufen, ins Theater geht, ist es gut und richtig so, dass man auch hierher kommt, um Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist der Paradigmenwechsel, dass wir ganz bewusst gesagt haben, wir sind stolz auf die Versorgung und wir wollen, dass andere Menschen davon profitieren.

Wenn wir heute über Gesundheitswirtschaft reden, möchte ich von vornherein sagen, es geht nicht nur um Kapital, es geht nicht nur um Innovation, es geht nicht nur um Technik, sondern es geht ganz entscheidend um die Frage der Menschen, und zwar nicht nur der Patienten und Nutzer, sondern vor allem der Mitarbeiter. Wir haben hier eine sehr personalintensive Branche und in Zukunft wird das Thema sein, wie wir genügend Fachkräfte gewinnen, um diese Arbeit zu tun, denn hier schlägt die Demografie doppelt zu. Wir bekommen mehr Kunden durch die älter werdende Gesellschaft, aber wir haben auch weniger Schulabgänger, die als Nachwuchs infrage kommen. Deswegen ist für mich das Thema Menschen in der Gesundheitswirtschaft – ich nenne es einmal Wirtschaftszweig – ein ganz zentrales Thema unserer Gesundheitswirtschaftsstrategie, damit uns nicht das selbe passiert wie in anderen Bereichen, wo wir die Nachfrage nicht erfüllen können, weil wir einen Mangel an Fachkräften haben. Das kommt auch in dem Wettbewerbsbeitrag, der sicherlich auch schon angesprochen worden ist, zum Ausdruck. Zwei der neuen Projekte kümmern sich um das Thema Verbesserung der Pflege, aber auch Verbesserung der Ausbildung.

Ich halte es für ganz wichtig, dass in der Breite erkannt wird, dass wir, wenn wir über Gesundheit und Gesundheitsversorgung reden, nicht nur über ein hehres Ziel für die Menschen reden, aber auch nicht nur über den Kostenfaktor, sondern gerade unter wirtschaftlichen Bedingungen erkennen, welche Chance das für unsere Stadt und unser Land ist. Auf die Faktoren Globalisierungsfestigkeit, gesicherte Nachfrage, ein erhebliches Potenzial für hoch qualifizierte Arbeitsplätze haben die Kollegen der Koalition schon hingewiesen. Wirken Sie daran mit in dem Sinne, dass wir die Gesundheitswirtschaft voranbringen und schüren Sie bitte nicht die Neid- oder Luxusdebatte; das wäre im Gesundheitswesen völlig verfehlt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Krüger.

Harald Krüger CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Domres, liebe Frau Artus, wenn gut 100 000 Arbeitsplätze in einer Branche – der Senator hat es eben noch einmal gesagt –, die wachsende Arbeitsplatzzahlen vermuten lässt, kein Grund für einen Beitrag in der Aktuellen Stunde sind, dann weiß ich nicht mehr, was wir hier sonst noch debattieren wollen.

(Harald Krüger)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun kann ich verstehen, dass Sie als Opposition, wenn es darum geht, Erfolgsmeldungen der schwarz-grünen Politik in Hamburg zu berichten,

(Ingo Egloff SPD: Wo ist denn der Erfolg? Dazu haben Sie doch gar nichts beigetragen!)

nicht besonders glücklich sind, dafür habe ich menschlich Verständnis, es ändert aber nichts daran, dass Hamburg nun einmal ein ganz hervorragender Gesundheits- und Medizinstandort ist. Wenn Sie sich schon als Oppositionspolitiker nicht darüber freuen können, dann freuen Sie sich doch bitte als Patient, dass Sie in Hamburg eine Gesundheitsversorgung vorfinden, wie es in kaum einer anderen Stadt möglich ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will Ihnen kurz einmal verdeutlichen, was das eigentlich bedeutet. Hamburg hat – Herr Kien-scherf, auch für Sie – 4100 niedergelassene Ärzte und damit eine höhere Arztdichte als fast im gesamten Bundesgebiet. Das bedeutet, dass jedes Jahr 12 Millionen Patienten, einige natürlich mehrmals, die Arztpraxen aufsuchen, 3 Millionen davon aus dem Hamburger Umland, das sind die Luxuspatienten, Frau Artus, Sie haben es gerade gesagt. 12 Millionen Behandlungsvorfälle in dieser Stadt jedes Jahr sprechen eine ganz eindeutige Sprache.

(Ingo Egloff SPD: Die werden alle nur behandelt, weil es Schwarz-Grün gibt!)

Ich komme zu den Krankenhäusern. Wir haben in Hamburg 36 Krankenhäuser in der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft und dahinter verbergen sich 400 000 stationäre Fälle; die Tendenz ist übrigens steigend. Hamburg ist also sehr wohl attraktiv, auch für das Umland. Dahinter verbergen sich 70 000 ambulante Operationen, 330 000 Fälle ambulanter Notversorgung, übrigens auch steigend, und auch hier, der Senator hat es gesagt, mehr als ein Viertel aus dem Umland.

Das heißt, unsere Nachbarländer wären froh, wenn sie das Niveau hätten, das es in Hamburg gibt. Das genau fördert dieser Senat, fördert Schwarz-Grün. Ich komme gerade aus dem UKE, jeder kann sich ansehen, was dort entstanden ist. Dort wird hervorragende Arbeit von qualifizierten, engagierten Mitarbeitern geleistet. Das ist Gegenstand der heutigen Debatte.

Wir haben im letzten Haushalt, das ist erst wenige Wochen her, Mittel bereitgestellt. Niemals zuvor ist in Hamburg so viel in Gesundheit investiert worden, wohlgemerkt, nicht finanziert, investiert worden. Ich erinnere mich an rote Senate, die ihr Geld in der Gesundheitspolitik vor allem dafür ausgegeben haben, marode staatliche Krankenhäuser zu finanzieren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben Sie ja jetzt alle verscherbelt!)

Wir investieren in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist eigentlich mit dem Maßregelvollzug?)

Das Problem bei Ihrer Kritik, Herr Dressel, ist schlichtweg nur, dass sie bei den Patienten nicht angekommen ist, denn die Asklepios-Häuser, die LBK-Häuser haben einen überdurchschnittlich hohen Zuwachs an Patienten, das heißt, die Patienten stimmen mit den Füßen ab. Meckern Sie ruhig weiter, die Patienten wissen, was sie dort erwartet.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Ein Notfallpatient kann sich das ja nicht aussuchen!)

Es sind nicht nur Wilhelmstift, Amalie Sieveking-Krankenhaus, das Evangelische Krankenhaus Alsterdorf und ähnliche, wo wir mit Investitionshilfen die Arbeit unterstützen, auch die privaten Krankenhausträger – hören Sie gut zu, Herr Dressel – sind es, die investieren. Sehen Sie sich die Schön Klinik in Eilbek an, sehen Sie sich die HELIOS Mariahilf Klinik in Harburg an, es wird investiert.

Es hilft nichts, glauben Sie es einfach, Hamburg ist ein hervorragender Gesundheits- und Wirtschaftsstandort. Der Exzellenzwettbewerb, auf den Herr Stemmann hingewiesen hat, wird es weiterhin belegen. Hören Sie auf zu miesepetern, freuen Sie sich, dass wir in Hamburg einen derartig guten Standort haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist immer noch nicht aufgegangen, weshalb dieses Thema in einer Aktuellen Stunde debattiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg hat 1,7 Millionen Einwohner oder etwas darüber, es war ja eine wachsende Stadt. Infolgedessen hat Hamburg auch viele Krankenhäuser, es gibt viele Patienten und auch viele Operationen; Sie haben das gerade aufgezählt. Aber was das mit Aktueller Stunde zu tun hat, ist mir völlig schleierhaft.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Packen Sie alles, was der Senator und Sie angekündigt haben, in Anträge und setzen es um, dann ist das eine saubere Sache. Aber das hier zu debattieren ohne irgendeinen Aktualitätswert, ohne irgendeinen Neuigkeitswert ist völlig absurd. Mir ist

(Dr. Martin Schäfer)

völlig schleierhaft, was Sie eigentlich wollen, Frau Heitmann.

(Ingo Egloff SPD: Das wissen Sie nicht!)

Die demographische Entwicklung zusammenzubringen mit dem Konjunkturprogramm ist auch interessant. Wie ist das Konjunkturprogramm zu verstehen, neue Hüften für die Konjunktur?

(Beifall bei der SPD)

Was soll das alles hier, außer es geht darum zu versuchen, die kommende Debatte noch zu verhindern; deswegen höre ich jetzt auch auf.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich zu diesem Thema nicht.

Dann rufe ich das vierte, von der SPD angemeldete Thema auf:

Tag der Arbeit in Zeiten der Krise – qualifizieren statt entlassen!

Das Wort bekommt die Abgeordnete Badde.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die dunklen Wolken auf dem Arbeitsmarkt nehmen zu. Die Finanzkrise des letzten Jahres hat inzwischen eine Wirtschaftskrise ausgelöst. Die Zahl der Arbeitslosen steigt Gott sei Dank nur langsam, weil ein kluger Bundesarbeitsminister die Zeichen der Zeit erkannt hat

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CDU)

und ein wegweisendes Kurzarbeitsprogramm inklusive Qualifizierungsmöglichkeiten aufgelegt hat. Was aber passiert in Hamburg? Hier rächt sich, dass Arbeitsmarktpolitik jahrelang kein Thema des konservativen Senats war. Und so kam es, dass selbst für den Haushalt 2009/2010, als die Krise bereits absehbar war, die Arbeitsmarktmittel erneut real abgesenkt wurden. Und nichts lässt auf eine verstärkte Programmatik hindeuten, Herr Senator Gedaschko verlässt sich vielmehr auf die Phantasie und Tatkraft des hiesigen Chefs der Agentur für Arbeit. Mit diesem will er laut Ankündigung Qualifizierungsangebote ausweiten. Aber was ist genau Qualifizierung und welche Art von Qualifizierung bringt uns weiter? Für Arbeitslose bedeutet Qualifizierung zum einen Erweiterung vorhandener Kenntnisse und Kompetenzen, zum anderen ist die Qualifizierung aber Reparaturbetrieb für das in der Bildungspolitik Versäumte. Dies lässt sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht nicht unbegrenzt nachholen, es darf sich aber auch nicht auf kurzfristige Trainingsmaßnahmen beschränken.

Wir Sozialdemokraten betonen daher, und das haben wir auch in Anträge gekleidet, dass differenzierte und wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden müssen. Da hilft es nicht, wahllos Bildungsgutscheine zu vergeben, sondern es müssen kleinteilige Bedarfe für Menschen in vergleichbaren Lebens- und Bildungssituationen ermittelt und konkret bedient werden. So haben wir in unserem Haushaltsantrag zur Arbeitsmarktpolitik, übrigens als einzige antragstellende Fraktion, konkrete Gruppen wie zum Beispiel Frauen mit Kindern und Migranten benannt, für die eine Beratung und Förderung zu entwickeln ist. Der Antrag ist sogar an den Fachausschuss überwiesen worden, aber nur, um dort beerdigt zu werden mit dem Argument, wir machen schon eine tolle Arbeitsmarktpolitik.

(Olaf Ohlsen CDU: Mit Ihrem Einverständnis!)

– Dies ist mitnichten der Fall, da verwechseln Sie die Anträge, Herr Ohlsen.

Die ohnehin dünne Koalitionsvereinbarung in puncto Arbeitsmarktpolitik setzt auf die Verknüpfung mit sozialer Stadtteilentwicklung, aber nicht einmal ein Konzept hierzu ist nach einem Jahr Schwarz-Grün in Sicht.

(Dirk Kienscherf SPD: So sind sie!)

Dabei gibt es insgesamt gute Vorbilder landesspezifischer Arbeitsmarktpolitik, besonders jetzt in den Zeiten der anstoßenden Konjunkturpolitik. So kennen die Stadtstaaten Bremen und Berlin landeseigene beschäftigungspolitische Aktionsprogramme. In Berlin wurde eine konzertierte Aktion "Qualifizieren statt Entlassen" gegründet. Hier haben Senat, Kammern und Unternehmensverbänden ein Bündnis geschlossen unter dem schönen Motto: Berlin trotz der Krise. Das könnten wir uns auch einfallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Selbst im schwarz-gelb regierten Niedersachsen werden 160 Millionen Euro mit einem landeseigenen Arbeitsmarktförderungsprogramm in die Hand genommen. Was dagegen die Hamburger Wirtschaftsbehörde im Konjunkturprogramm angeboten hat, bezieht sich auf bereits bestehende Initiativen, oft auf solche, die allein von Verbänden angeboten werden. Ganz ohne Landesmittel wird es aber nicht gehen und insbesondere nicht ohne Vernetzung mit den Akteuren auf dem Arbeitsmarkt. Unser Antrag auf Gründung einer Qualifizierungsinitiative, ähnlich dem Berliner Modell, wurde als bürokratisch zurückgewiesen. Dabei bedarf es genau der verbindlichen Absprachen mit Kammern und Arbeitgebern, damit eine arbeitsmarktnahe Qualifizierung erfolgen kann, die tatsächlich auf eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt mündet.

Ein weiterer Bereich ist die nutzbringende Arbeit der Beschäftigungsträger. Gerade für die Men-

(Elke Badde)

schen, die mit einem niedrigen Ausbildungsstand, dafür aber mit vielen persönlichen Problemen behaftet sind und oftmals jahrelang vom Arbeitsmarkt abgekoppelt werden, stellen Beschäftigungsträger die Vermittlungsstelle dar, die eine sinnvolle Tätigkeit mit Beratung und Qualifizierung verbinden kann. Dabei ist in den letzten Jahren der beratende und qualifizierende Teil viel zu kurz gekommen. Viele Träger mussten ihr gutes Anleitungspersonal entlassen, einige kämpfen, obwohl ihnen qualitativ gute Arbeit bescheinigt wird, ums bloße Überleben. Der Preisdruck, der in den Interessebekundungsverfahren zu den Arbeitsgelegenheiten auf Beschäftigungsträger entwickelt wurde, ist kontraproduktiv, selbst für ein so niedrighschwelliges Beschäftigungsangebot, wie es Arbeitsgelegenheiten sind, denn die Herstellung von Arbeitsmarktnähe, die mit der Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten verbunden ist, kann nicht ohne Anleitung und Beratung erfolgen. Ein langzeitarbeitsloser Mensch kann nur durch engmaschige Betreuung und Weiterentwicklung seiner Fertigkeiten aus dem Kreislauf von fehlendem Selbstwertgefühl, schlechter Eigenvermarktung und Ablehnung durch die Außenwelt entkommen. Es müssen daher andere Zielsetzungen auch bei der Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten erfolgen.

Ein kurzer letzter Punkt ist die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie haben nur noch Zeit für einen letzten Satz.

Elke Badde (fortfahrend): Wir hoffen darauf, dass die Arbeitsmarktverwaltung durch eine Initiative, die durch die Bundesländer erfolgt, doch noch zu einer Vermittlung aus einer Hand kommen kann. Wir werden dazu einen Antrag einbringen und ich bitte alle Fraktionen, diesen zu unterstützen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Hochheim.

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit qualifizieren statt entlassen haben Sie heute ein Bundesthema zur Aktuellen Stunde angemeldet. Auch wenn Sie alles Mögliche erzählt haben, ist es ein Bundesprogramm, was dahintersteht, und Herr Scholz tingelt zurzeit genau mit dem Thema Kurzarbeit durch Hamburg. Deswegen möchte ich auch auf das Thema Kurzarbeit eingehen, ich meine, es ist so aktuell wie noch nie.

Die Hamburger Unternehmen – Herr Dressel, das wird Sie vielleicht nicht so interessieren – interessieren sich für das Thema Kurzarbeit. Wirtschaftliche Zukunftsängste lassen viele Betriebe über Kurzarbeit nachdenken. Deshalb möchte ich auch gleich zu Beginn meiner Rede eine Lanze für die Kurzarbeit brechen, denn auch wenn diese für den Staat teuer ist, ist es meines Erachtens der absolut richtige Ansatz in der Krise, den wir gemeinsam im Bundestag beschlossen haben. Das Bundesprogramm wird auch von den Unternehmen gut angenommen. Aktuell sind es 25 000 Hamburger ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, schlagen Sie bitte für mich einmal die Brücke zu qualifizieren statt entlassen.

Dr. Natalie Hochheim (fortfahrend): Herr Präsident, "Qualifizieren statt Entlassen" ist das Programm von Bundesminister Scholz zu Kurzarbeit.

(Ingo Egloff SPD: Genau! – Dr. Andreas Dressel SPD: Scholz ist die Brücke, Herr Präsident!)

Vor genau einer Woche hat die SPD eine Veranstaltung – da war Frau Badde auch anwesend – zum Thema Kurzarbeit gemacht. Es nennt sich qualifizieren statt entlassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

So heißt auch das heute angemeldete Thema. Ich habe gestern direkt bei der SPD gefragt, ob es denn das Thema Kurzarbeit sei. Und dann sagte Frau Badde, es sei das gleiche Thema wie letzte Woche auf der Veranstaltung mit Herrn Scholz. In diesem Sinne sind meine Ausführungen schon zum Thema. Aber, Herr Präsident, Sie haben recht, es ist so schwammig formuliert worden – Tag der Arbeit in Zeiten der Krise: qualifizieren statt entlassen –, dass man wirklich Schwierigkeiten hatte, das zu fassen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Da es aber auch das aktuelle Thema ist, wenn Sie heute alle die Zeitung gelesen haben, kann ich mir vorstellen, dass die Öffentlichkeit mehr daran interessiert ist, wie lange das Bundesprogramm anhalten soll. Das wird auch Herrn Scholz bewegen. Ich habe ihn gerade auf dem Weg zur Bürgerschaft im Radio gehört,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Super!)

um den aktuellen Bezug darzulegen. Ich bin der Meinung, dass dieses Programm solange dauern sollte, bis ein Aufschwung erkennbar ist, und das würde bedeuten, dass wir durchaus eine Verlängerung des Programms anstreben sollten.

(Dr. Natalie Hochheim)

(Arno Münster SPD: Nennen Sie doch mal den Monat! Das ist doch schon wieder falsch, was Sie da sagen!)

Ich gehe aber auch gerne auf die Themen ein, die wir selbst in das SGB II aufgenommen haben, was aber nicht ganz zum angemeldeten Thema passt. Der Senat lässt sich finanziell nicht lumpen. Das ist falsch, was Frau Badde gesagt hat. Wir haben eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen und da möchte ich besonders das 500er-Programm hervorheben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: 500 Euro!)

– Nicht 500 Euro, 5000 Euro, Herr Dressel. Dieses Programm unterstützt nämlich Hamburger Betriebe, bevor Kurzarbeit droht und das mit 5000-Euro-Qualifizierungsschecks, die den Unternehmen gegeben werden, um ihre Beschäftigten zu qualifizieren. Das Programm ist sehr gelungen und es so darzustellen, als wenn vom Senat nichts getan werde, ist absolut falsch.

Ein weiteres Programm, was durchaus mit dargelegt werden sollte, ist die Weiterbildung geringqualifizierter und beschäftigter älterer Menschen in Unternehmen, zum Beispiel WeGebAU, was wir auch in Hamburg sehr vorantreiben.

Auch wenn das Thema meines Erachtens nicht zum aktuellen Bezug passt, möchte ich auf das SGB II eingehen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Nein, Frau Abgeordnete, ich teile Ihre Auffassung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dr. Natalie Hochheim (fortfahrend): – Jetzt doch. Das ist nun schwierig, da hätten Sie bei Frau Badde schon abklingeln müssen.

Jetzt gehe ich auf Frau Badde direkt ein und es ist auch nicht richtig.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wir streiten uns bitte nicht über die Inhalte der Sitzungsleitung.

Dr. Natalie Hochheim (fortfahrend): – Gut, dann kommen wir wieder zum Thema Kurzarbeit.

Es ist nicht einfach für mich, wenn wir in den Themen wechseln. Kurzarbeit ist ein wichtiges Thema und ich hoffe, wir bleiben bis zum Schluss der Debatte dabei. Um einmal eine Grundthese hineinzubringen: Wir sollten eine Lanze für die Kurzarbeit brechen. Es gibt momentan Tendenzen in der Presse zu sagen, Kurzarbeit sei zu teuer. Es ist wichtig und wir sollten durchaus überlegen, das auf

24 Monate auszuweiten. Das würde bedeuten, dass Herr Scholz, da Sie es angesprochen haben, dieses durch die Bundesagentur mitfinanzieren und gewährleisten müsste. Und das ist doch ein Ziel, das wir gemeinschaftlich verfolgen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Tag der Arbeit in Zeiten der Krise – qualifizieren statt entlassen! Wenn wir zur Vorbereitung auf den Tag der Arbeit von einem führenden Gewerkschaftsvertreter hören, dass die große Warnung vor Massenarbeitslosigkeit schon einmal in den Raum gestellt werde oder soziale Unruhen befürchtet würden, dann ist das der völlig falsche Einstieg in den Kampf gegen weitere Erwerbslosigkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, Frau Badde: Wir waren im Wirtschaftsausschuss schon wesentlich weiter, als Sie uns heute dargestellt haben. Wir haben uns im Wirtschaftsausschuss gerade anhand Ihres qualitativ sehr guten Antrags auf viele Dinge verständigt. Wir haben uns darauf verständigt, dass es eine große Einigkeit zum Beispiel über die Notwendigkeit der Maßnahmen der Qualifizierung, sprich der Jugendsofortprogramme, gibt. Wir haben gemeinsam die interne Gemengelage von Herrn Steil und Herrn Bösenberg beobachtet, an welchen Stellen sie sich schon in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses deutlich voneinander unterscheiden. Und wir wissen auch, dass Arbeitsminister Scholz gerne auf der Seite von Herrn Steil steht, nicht immer auf der Seite von Herrn Bösenberg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das mit Herrn Bösenberg ist noch eine andere Sache!)

und schon gar nicht immer auf der Seite der Wirtschaftsbehörde. Da wünschen wir uns ein bisschen mehr Unterstützung, um dies einmal deutlich zu sagen.

Die von Ihnen eingeforderten Maßnahmen – da schaue ich noch einmal in den Bericht des Wirtschaftsausschusses – haben Sie in der Wirtschaftsausschussdiskussion mit zielgruppenorientierter Konzentration von Qualifizierungs- und Vermittlungsmaßnahmen in einem Begriff zusammengefasst. Sie haben aber gleichzeitig gesagt, dass die vorhandene Mittelausstattung der Behörde dafür ausreiche, sodass wir inhaltlich über den Antrag diskutieren konnten und das haben wir gemacht. Die vielen Punkte, die Frau Dr. Hochheim aufgeführt hat, wiederhole ich hier nicht, aber wir sind

(Antje Möller)

uns einig gewesen, dass es ein gut geschnürtes, differenziertes Maßnahmenpaket Qualifizierung, Weiterbildung, aber auch Unterstützung der einzelnen Betriebe zum Schutz vor weiterer Erwerbslosigkeit geben muss. Sie haben im Wirtschaftsausschuss nicht gesagt, das sei doch alles Quatsch, was die Wirtschaftsbehörde mache und das helfe alles nichts, sondern wir haben uns darauf verständigt, dass Sie zwar gerne

(Ingo Egloff SPD: Das hat sie doch heute auch nicht gesagt!)

eine Umverteilung der Mittel hätten, aber bei den Maßnahmen den großen Streit nicht weiter führen. An der Stelle hätte ich heute auch gerne begonnen, aber leider haben Sie alles noch einmal neu aufgerollt und so kommen wir natürlich nicht voran. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Das Thema lautet: Tag der Arbeit in Zeiten der Krise – qualifizieren statt entlassen! Es wäre doch wirklich zu wünschen, dass die Unternehmensleitungen sich dieses zu Herzen nehmen würden und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch ein sozialer und verantwortungsbewusster Vertragspartner sein würden. Die SPD forderte in ihrem Antrag Qualifizierungsinitiative ein aktives Zugehen auf Unternehmen und Personalleitung, um sie dafür zu gewinnen, die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Qualifizierung in bestehenden Arbeitsverhältnissen verstärkt zu nutzen. Das ist nur ein Punkt dieses Antrags. Im Ausschuss bestand Einigkeit über die Forderung und der Senat steht dem aufgeschlossen gegenüber. Wir können auf den Bericht zur Qualifizierungsinitiative im vierten Quartal dieses Jahres hoffen, was dann auch regelmäßig passieren soll. Eine Zusammenarbeit mit team.arbeit.hamburg und der Agentur für Arbeit ist dringend notwendig und bestimmt auch noch ausbaufähig.

Interessant dürfte die Berichterstattung über fehlende Fachkräfte in Hamburg in Gegenüberstellung von erfolgten Weiterbildungsmaßnahmen sein, denn die Realität sieht zurzeit leider etwas anders aus. Immer und überall bekommen wir zu hören, die Kosten laufen uns weg, die Umsätze brechen uns weg, die Personalkosten sind zu hoch, wir haben Überkapazitäten und wir müssen entlassen. Gott sei Dank haben in Hamburg Unternehmen den Weg zur Kurzarbeit gewählt, statt Entlassungen auszusprechen. Hier nehmen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Einbußen in Kauf, um ihren Arbeitsplatz zu retten; ich hoffe, es klappt. Und auch wenn das Programm erweitert werden sollte,

hilft es den jetzt arbeitslos gewordenen Menschen in dieser Stadt noch nicht.

Auf der anderen Seite werden in vielen Branchen Fachkräfte gesucht, woher sollen die denn kommen? Für viele Unternehmen ist das Bedürfnis nach mehr Wissen in den Reihen ihrer Arbeitnehmer nur ein lästiges Anliegen, weil es immer nur mit Kosten zu tun hat. Die Personalchefs sehen es lieber, dass die Weiterbildungswilligen ihr Können und Wissen außerhalb der Arbeitszeit erwerben, um es dann wieder zur Verfügung zu stellen. Und wenn die Meldungen auch nur zum Teil so eintreffen wie die Medien heute und gestern berichtet haben, wird es noch schlimmer werden auf dem Arbeitsmarkt. Soll es denn so weitergehen, heute heuern, morgen feuern und übermorgen suchen wir ausgebildete Fachkräfte?

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch so gar nicht, was Sie da sagen!)

Günstig und willig sollen sie sein, die Fachkräfte von morgen; das ist falsch. Wir brauchen Fachkräfte, die hier ihre Arbeit finden und ihr Auskommen mit dem Einkommen erzielen. Genauso schlimm für die Menschen sind befristete Arbeitsverträge und die Ausnutzung von Praktikanten und Auszubildenden sowie das entgeltlose Einarbeiten in neue Bereiche und neue Arbeitsstellen, wie es gerne betrieben wird. Es gibt Probezeiten, in denen man sich die Leistung der Menschen genau ansehen kann. Kostenloses Einarbeiten ist meiner Meinung nach nicht notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir auch immer wieder anmahnen, sind immer wiederkehrende Überstunden, die immer öfter Folge der verfehlten Personalpolitik sind. Ich spreche hier nicht von mal länger arbeiten und mal länger bleiben, sondern von Stunden, die eigentlich schon Bestandteil der Personalplanung sind und kostenmäßig vollkommen unter den Tisch gekehrt werden. Das kostet letztendlich auch Arbeitsplätze. Sicher sind alle gefragt, in schweren Zeiten die Ärmel hochzukrempeln und fünf einmal gerade sein zu lassen, aber nicht immer wieder auf dem Rücken der Beschäftigten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu passend habe ich eben noch ein Gedicht erhalten von einem Kollegen, das genau in diese Zeit passt. Es stammt aus dem Jahre 1930.

"Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer bei fast allen.
Aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.
Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus,
heißt, Bewohner müssen raus.
Trifft's hingegen große Banken,

(Elisabeth Baum)

kommt die ganze Welt ins Wanken,
auch die Spekulant Brut
zittert jetzt um Hab und Gut.
Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.
Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.
Für die Zechen dieser Frechen
hat der kleine Mann zu blechen
und – das ist das Feine ja –
nicht nur in Amerika!
Und wenn die Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen -
ist halt Umverteilung pur,
stets in eine Richtung nur.
Aber sollten sich die Massen
dies bald nimmer bieten lassen,..."

(Glocke – *Olaf Ohlsen CDU*: Um was geht es denn jetzt!)

– Es ist gleich vorbei.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

"... ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht."

Ich denke, Sie wissen von wem das ist, das war Kurt Tucholsky [sic!].

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Der hat noch ein Gedicht!)

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, werte Damen und Herren! Qualifizieren statt entlassen. Das mit dem Nicht-Entlassen in Kurzarbeit ist ein Thema, was auf eine erfreuliche Art und Weise funktioniert. Aber das Kernthema, über das wir heute reden, funktioniert überhaupt nicht. 150 Millionen hat der Bund bereitgestellt für das Thema Qualifikation von Menschen, die in Kurzarbeit sind. Noch nicht einmal eine Million Euro ist aber tatsächlich abgeflossen. Das heißt, dieses Instrument des Bundes funktioniert von hinten bis vorne überhaupt nicht. Und das ist etwas, was in dieser Diskussion leider völlig ausgeblendet wird. Es ist so schön, wenn man Maßnahmen hat, wunderbar, aber sie müssen auch tatsächlich genutzt werden und sie müssen funktionieren. Wenn ich 150 Millionen Euro für Qualifikationen zur Verfügung stelle und noch nicht einmal eine Million Euro fließt, dann funktioniert dieses Instrument des Bundes eben nicht. Dann stellt sich natürlich die Frage – ich will

jetzt hier keine Watschen verteilen, darum geht es nicht –, woran das denn liegt.

(*Ingo Egloff SPD*: Nicht am Minister!)

Die Situation ist sicherlich so – da komme ich auf etwas zurück, was Frau Möller gesagt hat –, dass wir uns wünschen würden, in Hamburg in der Arbeitsmarktpolitik wesentlich ortsnähere Instrumente einzusetzen und nicht ferngelenkt aus Nürnberg mit Instrumenten arbeiten zu müssen, die offenkundig nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Und das ist besonders wichtig, wenn es um den Bereich der Qualifikation geht. Hier zeigt es sich, dass die Instrumente, so gut sie gemeint sind, eben nicht gut am Markt ankommen. Deshalb haben wir insbesondere bei den Planungen zum Europäischen Sozialfonds seitens der Hansestadt Hamburg und mit Unterstützung der Europäischen Union die Dinge korrigieren müssen, die offenkundig nicht laufen. Das heißt, wir werden insbesondere die Weiterbildungsträger in diese Richtung fortbilden und sie dort mitnehmen, wo die Unternehmen sie wirklich brauchen, denn hier scheint eine Diskrepanz zu sein. Die Angebote der Weiterbildungsträger gehen an den Bedürfnissen der Unternehmen vorbei. Aber es geht auch um einen zweiten Punkt und hier müssen wir gemeinsam auf die Beschäftigten in den Betrieben hinwirken, denn häufig ist die Bereitschaft, an Qualifikationsmaßnahmen mitzuwirken, extrem gering ausgeprägt.

Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch positive Beispiele, die zeigen, dass es funktionieren kann. Es ist das 500er-Programm von Frau Dr. Hochheim angesprochen worden, ich möchte das einmal konkretisieren. Das ist ein Programm aus Hamburg, das für Hamburger Unternehmen funktioniert. Jüngstes Beispiel: Sie alle kennen die schwierige Situation der Halbleiterwirtschaft. Sie kennen das Hamburger Unternehmen NXP. Wir haben mit NXP verhandelt und wir haben so verhandelt, dass am 14. April der Bewilligungsbescheid herausgehen konnte. Für 1,2 Millionen Euro werden dort 407 Mitarbeiter fortgebildet. Wir haben dafür auch die Garantie erhalten, dass diese Mitarbeiter für einen Mindestzeitraum von drei Jahren nicht entlassen werden. Das heißt, in Hamburg ist mehr Geld abgeflossen als in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für Weiterbildung bei einem einzigen Unternehmen und das ist Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Wir sind jetzt in der Zeit nach Paragraph 22, Absatz 3.3. Das Wort bekommt der Abgeordnete Rose.

(Präsident Berndt Röder)

(Hans-Detlef Roock CDU: Jeder darf noch mal!)

Wolfgang Rose SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich darauf beschränken, auf die letzten Bemerkungen von Herrn Senator Gedaschko einzugehen, wenngleich ich mich eigentlich darauf eingestellt hatte, den ersten Teil des angemeldeten Themas, nämlich 1. Mai, Arbeitnehmer oder Hamburg im Zeichen der Krise, noch einmal anzusprechen.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Herr Gedaschko, ich glaube, es ist ein großer Fehler, wenn Sie den Versuch unternehmen, in der Frage der Verantwortung für die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit die Bundesregierung und den Hamburger Senat auseinanderzudividieren und dabei die Bundesagentur für Arbeit mit zu instrumentalisieren. Inwieweit wirksame Maßnahmen in ausreichendem Ausmaß in dieser Stadt tatsächlich angewendet und umgesetzt werden können, ist keine Frage, bei der Sie sagen können, das sei Hamburg nicht zugelagert, das könne hier nicht entschieden werden.

(Antje Möller GAL: Das habe ich nicht verstanden!)

Herr Steil hat in der Vergangenheit mehrfach gelobt – und das Gleiche war bei Ihnen der Fall –, wie gut die Zusammenarbeit mit Hamburg in Bezug auf die gemeinsamen Programme, die Umsetzung dessen, was an Ressourcen vom Bund in Hamburg anlandet, funktioniere. Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, das Problem, weshalb in Hamburg die Mittel nicht abfließen und die Unternehmen diese Mittel nicht in Anspruch nehmen würden, läge darin, dass Hamburg nicht die Verantwortung für die Maßnahmen zur Arbeitsmarktpolitik habe, also möglicherweise keine Optionsgemeinde sei, dann ist das ein völlig falsches Argument. Es ist der Versuch, sozusagen als Reaktion auf die Diskussion, die Politik von Bundesminister Scholz anzugreifen. Der ist völlig fehl am Platze. Da sind Sie selbst in der Verantwortung und diese Verantwortung sollten Sie auch wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt noch weitere Verantwortliche in dieser Stadt, die auch in der Veranstaltung, von der Frau Hochheim gesprochen hat, anwesend waren und mitdiskutiert haben über diese Thematik, das sind die Kammern. Die Kammern in dieser Stadt sind insbesondere verantwortlich für die Klein- und Mittelbetriebe, weil die großen Unternehmen sich in diesen Fragen wirklich weitgehend selber helfen können. Aber wir haben bisher bei den Kammern mit ihrer Pflichtmitgliedschaft eine Situation, dass große Politik gemacht wird in dieser Stadt, dass Schulpolitik gemacht wird und alle möglichen an-

deren Fragen in den Mittelpunkt gestellt werden, aber wenn es um konkrete Hilfe vor Ort für die Klein- und Mittelbetriebe geht, wenn es darum geht, dass sie möglicherweise mit der Bürokratie Probleme haben und man sie dort unterstützen könnte, dann passiert nichts. Insofern wäre es richtiger, wenn Sie Ihre Kritik nicht an Bundesminister Scholz, sondern an die Hamburger Kammern richten würden, damit diese endlich einmal ihre Pflichtaufgabe für ihre Pflichtmitglieder wahrnehmen und dafür sorgen, dass die Betriebe auch wirksam die vorhandenen Programme in Anspruch nehmen können. Das wäre besser, als Herrn Scholz zu attackieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zu guter Letzt möchte ich Sie gerne noch einmal auffordern, auf die CDU-Bundestagsfraktion Einfluss zu nehmen bezüglich der Frage, wie sich die zukünftige Konzentration in der Arbeitsmarktpolitik regional darstellen kann. Denn die Situation ist die, dass es ein einstimmiges Votum zwischen den Ministerpräsidenten der Länder, auch der CDU-Länder, und der SPD-Bundestagsfraktion bezüglich der zukünftigen Konstruktion der ARGEN gegeben hat. Doch dann ist es aus völlig abwegigen, mit Arbeitsmarktpolitik überhaupt nicht verknüpften Gesichtspunkten, sondern im Hinblick auf eine ideologische Position bezüglich der Bundestagswahl dazu gekommen, dass die Bundestagsfraktion ausgesichert ist. Und das können die Arbeitslosen in diesem Land überhaupt nicht vertragen, dass gegen ihre konkreten Interessen in puncto Integration in den ersten Arbeitsmarkt eine Ideologie durchgesetzt wird. Und deswegen ist es dringend notwendig, dass dieses Thema im Rahmen der Bundestagswahl und auch, wenn es vielleicht kontrovers mit dem Bund ist, in Hamburg mit den Zuständigen thematisiert und dafür gesorgt wird, dass in Zukunft Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand gemacht werden kann und nicht, wie sich das jetzt darstellt, gesplittet werden muss. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Capeletti.

Bernd Capeletti CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe gerne zu, ich habe mich jetzt sehr spontan zu diesem Thema "qualifizieren statt entlassen" gemeldet. Es würde uns allen besser anstehen, uns nicht darüber zu unterhalten, wie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber gegeneinander funktionieren, sondern darüber, dass man in den Firmen begriffen hat, dass sie miteinander funktionieren müssen und dass sie sich in diesem Miteinander auch der Krise zu stellen haben.

(Bernd Capeletti)

Ich bin weiß Gott kein Berufspolitiker. Ich bin in meinem Hauptleben Unternehmer und möchte das einmal aus der Praxis etwas anders darstellen als so, wie es hier diskutiert wird. Jeder, der einen Betrieb hat, nutzt die Krise nicht aus, um Entlassungen vorzunehmen, sondern er nutzt sie dafür aus, sich gemeinsam mit seinen Mitarbeitern einzusetzen und zu fragen, wie lange denn in etwa diese Krise andauern wird. Keiner kann das beantworten. Der Unternehmer wird zuallererst versuchen, aufgelaufene Überstunden abzubauen und seine Mitarbeiter dafür um Verständnis bitten, dass diese ihm nicht ausgezahlt werden können, sondern in der flauen Zeit abgebummelt werden können oder müssen. Des Weiteren wird er sich mit seinen Arbeitnehmern über die Auftragslage unterhalten und ihnen klarmachen, dass gegebenenfalls Kurzarbeit angeordnet werden muss, falls die Auftragslage sich nicht bessert. Außerdem wird er sich sehr dezidiert mit seinen einzelnen Abteilungen darüber abzustimmen haben, ob er Kurzarbeit für den gesamten Betrieb oder womöglich nur für einzelne Abteilungen anordnet.

(Arno Münster SPD: Dem muss der Betriebsrat zustimmen!)

– Ich sehe das ja ein, Herr Münster.

Und erst dann, wenn die Wirtschaft noch immer nicht angezogen hat, muss er auch über Entlassungen nachdenken und – gestatten Sie mir, das zu sagen – gegebenenfalls auch tatsächlich Arbeitnehmer entlassen. Das geschieht nicht, um seinen Profit zu maximieren, wie das hier immer dargestellt wird, sondern um durch solche Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Arbeitnehmer auch weiterhin für dieses Unternehmen tätig sein können. Wer das nicht tut, handelt insgesamt in diesem Ablauf unverantwortlich.

(Wolfgang Rose SPD: Was ist denn nun mit dem Qualifizieren?)

– Herr Rose, gehen Sie doch ans Mikrofon und reden Sie nicht vom Plenum aus.

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Capeletti, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rose zu?

Bernd Capeletti (fortfahrend): Das geht von meiner Zeit ab, nein, das lasse ich nicht zu.

(Wolfgang Rose SPD: Sie haben doch gerade gesagt ...)

– Nun setzen Sie sich wieder. Ich wollte nur einmal sehen, wie schnell das funktioniert.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

– Herr Rose, ich gebe nachher einen aus, ich habe es ja so gesagt.

Lassen Sie mich aber freundlicherweise noch eines sagen: Wir haben in Hamburg nach wie vor über 800 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer und ein starkes Anschwellen der Kurzarbeit. Frau Dr. Hochheim sprach von 25 000, die Statistiken gehen zurzeit von 30 000 Kurzarbeitern aus. Das heißt also, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehen diesen Weg bereits gemeinsam. Eigentlich ist es doch auch vernünftig, so vorzugehen, und deshalb sollten wir in dieser Frage auch zusammenstehen.

Im Wirtschaftsausschuss – Frau Badde, wir haben es dort auch mit den Beteiligten Rolf Steil und Herrn Bösenberg durchdiskutiert – ist tatsächlich, wie hier schon ausgeführt, Elementares nicht nachgeblieben, von dem man hätte sagen müssen, da stehen wir nun aber fürchterlich weit auseinander. Wir sollten der Hamburger Wirtschaft heute signalisieren, dass das, was die Bürgerschaft auf den Weg gebracht hat, in eine vernünftige Richtung geht und uns deshalb hier nicht in Einzelheiten zerfleischen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestern nach der Bürgerschaftssitzung bin ich nach Hause gegangen, um mich ein bisschen auszuruhen und auf meine heutige Rede vorzubereiten. Ich habe in einer türkischen Tageszeitung geblättert und verwundert gelesen, was für hohe Dividenden die Unternehmen trotz der Wirtschaftskrise an ihre Aktionäre weiterhin ausschütten. Hier nur zwei Beispiele: Thyssen-Krupp zahlt seinen Aktionären 68,8 Millionen Euro, die Daimler AG 578 Millionen. Um Sie nicht mit weiteren Beispielen zu langweilen, nenne ich die Gesamtsumme: Insgesamt sind 22 Milliarden Euro an die Aktionäre gezahlt worden.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Yildiz, kommen Sie bitte zum Thema.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): Ich komme zum Thema.

Als ich heute das "Hamburger Abendblatt" aufgeschlagen habe, habe ich gesehen, wie die Kollegen von Continental für ihren Arbeitsplatz kämpfen. Es ist richtig und wichtig, dass man in der Zeit der Wirtschaftskrise für Qualifizierung Gelder ausgibt. Sie wissen, dass für diese Wirtschaftskrise auch bekannte Ökonomen voraussagen, dass wir in zehn bis zwanzig Jahren die Wunden dieser Krise noch nicht überwunden haben werden, und

(Mehmet Yildiz)

deswegen ist es wichtig, dass man in die Qualifizierung investiert. Aber es reicht nicht aus, Geld für die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer auszugeben, wenn am Ende keine Arbeitsplätze vorhanden sind.

Ich habe mich mit der Geschichte vom 1. Mai auseinandergesetzt und geguckt, was die Kollegen 1929/1930 in der Zeit der Wirtschaftskrise gefordert haben. Das waren fast die gleichen Forderungen wie heute: Arbeitszeitverkürzung, Lohnerrhöhung, Forderungen für Brot und Arbeit. Damit will ich sagen, dass die Forderungen von 1929/1930 heute noch genauso aktuell sind. Und deswegen sage ich: Der 1. Mai 2009 ist, genau wie auch der 1. Mai 1929 und 1930, nicht nur ein Familientag, sondern ein Tag der Solidarisierung und des Kampfes. Und deshalb sollten wir nicht nur zusehen, dass die Unternehmen finanzielle Mittel bekommen. Wir sollten uns als Abgeordnete auch mit den Kolleginnen und Kollegen, denen gekündigt wird, solidarisieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose, Dr. Martin Schäfer* und *Dr. Monika Schaal, alle SPD*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Tucholsky war gut an dieser Stelle, vielen Dank, weil er nämlich Folgendes deutlich macht.

(Beifall bei *Wolfgang Rose SPD*)

– Herr Rose, auf Ihre Rede komme ich auch noch zurück.

Herr Tucholsky macht ja viele Dinge deutlich und die zweite Runde hat auch gezeigt, dass man das Thema Arbeitslosigkeit sicherlich aus vielen Perspektiven angucken muss. Man kann es, wie Herr Capeletti es getan hat, aus der direkten Perspektive des Unternehmers, der viele Vorstellungen davon hat, wie sein Betrieb und seine Belegschaft über die Krise zu retten sind, diskutieren. Man könnte es vielleicht auch mit dem einen oder anderen großen Konzern, global agierend, vielleicht nicht immer lokal handelnd, diskutieren und dann einmal sehen, was dabei herauskommt. Ich wünsche mir eigentlich auch, dass die Bandbreite des Themas Arbeitslosigkeit zum 1. Mai mit in die Parolen einfließt. Ich finde es aber nicht so gut – und da komme ich auf Sie zurück, Herr Abgeordnetenkollege Rose –, dass Sie ans Pult gehen und sich zu einem fünf Minuten langen Schlagabtausch mit dem Senator versteigen, ohne einen einzigen Blick ins Parlament zu werfen, ohne einen einzigen Redebeitrag auch nur eines Wortes zu würdigen.

(*Ingo Egloff SPD*: Nun sagen Sie doch mal inhaltlich was dazu!)

Ich finde es immer besser, wenn wir alle miteinander reden, und direkt mit dem Senator streiten Sie sich doch gerne an anderer Stelle.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Wir kontrollieren die!)

Sie wollten einfach nicht mit dem Parlament streiten. Sie wollten sich vor den Kollegen Olaf Scholz werfen. Ich finde auch, dass sich auf Bundesebene zum Thema Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gut aufgestellt wurde. Was aber eindeutig nicht funktioniert, und das hat der Senator hier deutlich gesagt, das hatte ich vorhin auch schon gesagt, ist das gemeinsame Überwinden der Bürokratie, die hinter der Umsetzung der Maßnahmen steht. Die Gespräche und die Zusammenarbeit mit Herrn Steil und mit Herrn Bösenberg sind konstruktiv und gut, genauso wie mit der Wirtschaftsbehörde; darin sind wir uns alle einig. Nur stellt sich die Frage – Herr Gedaschko hat die Zahlen genannt –, woran es liegt, dass nur 1 Million Euro abgerufen wurde, obwohl 150 Millionen Euro zur Verfügung standen. Sie haben so getan, als sei deutlich gesagt worden, es liege an Herrn Scholz; das hat er gar nicht gesagt. Es liegt daran, dass es hier nicht ankommt, und das hat ganz viel damit zu tun, dass die zuständigen Institutionen nicht ineinandergreifen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir als Hamburger Parlament nicht mit der gemeinsamen Stärke, über die wir durchaus verfügen könnten, bei diesem Thema agieren. Sonst könnten wir die ARGE, aber auch die BA und die Handelnden und auch die CDU- und SPD-Bundestagsfraktionen aufordern, endlich zu einer Lösung für die Neuregelung der ARGE und zu einem gemeinsamen Paket gegen die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 41, Drucksache 19/2762, Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion: Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken
– Drs 19/2762 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/2868 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE und als Drucksache 19/2879 in einer Neufassung ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen und Mädchen verbindlich gestalten]**

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

– Drs 19/2868 –]

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen in
Hamburg stärken**

– Drs 19/2879 (Neufassung) –]

Alle drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt heute noch ein aktuelles Thema und auch das ist so aktuell, weil es weitreichende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat und letztendlich auch mit dem Arbeitsmarkt zu tun hat, sodass wir es auf jeden Fall hier debattieren wollen. Heute ist für Tausende von Jungen und Mädchen ein ganz besonderer Tag gewesen. Viele sind nicht in den herkömmlichen Schulunterricht gegangen, sondern sie haben einen Projekttag gehabt, die Mädchen den Girls'Day, und die Jungs den Tag "Was für Jungs!". Die Mädchen sollten Einblick nehmen in technische Berufe, eine Einrichtung, die wir schon sehr lange in den Schulen haben, und die Jungs seit ein paar Jahren mit ihrem Projekttag "Was für Jungs!" sollten Einblick in soziale, in frauenspezifische Berufe finden. So konnten wir heute einige Jungs im Kindergarten beim Wickeln der Kinder sehen, beim Kochen in der Schule oder einen Tag im Altersheim bei der Pflege von älteren Menschen. Das ist eine gute Initiative und wenn ich mich im Parlament umschaue, dann sind Sie alle nicht, ich auch nicht, in den Genuss gekommen, einen derartigen Tag zu haben, denn als wir in die Schule gegangen sind, war das noch nicht so. Und auch beim Publikum könnten es höchstens die Schülerinnen und Schüler sein, die eine derartige breiter gefächerte Auswahl von Berufsmöglichkeiten auf diese Initiative hin erlebt haben.

Aber es reicht uns nicht. Der schwarz-grünen Koalition reicht diese Initiative nicht, die sicherlich gut ist; wir wollen mehr. Wir wollen eine nachhaltige strukturelle Verbesserung.

(Uwe Grund SPD: Die lehnen Sie ja ab!)

Darum haben wir heute auch den Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Der Antrag ist keine Reaktion auf die vergangenen Gewalttaten, bei denen die Jungen die Täter waren. Aber er steht im Zusammenhang mit ihnen und das müssen wir hier auch sagen. Sowohl der Mord an Morsal letztes Jahr als auch der Amoklauf in Winnenden oder der Vierfachmord in Eislingen, der uns ebenso erschüttert hat, wurde durch Jungen verübt, die mit sich und der Gesellschaft nicht zurechtgekommen sind. Jeder dieser Fälle, und das ist klar, benötigt in der Aufarbeitung spezifische Maßnahmen. Im Hamburger Mordfall Morsal hat die schwarz-grüne Koalition

on darum unmittelbar nach der Tat bereits Konsequenzen gezogen und den Blick speziell auf die jungen Immigrationsfamilien genommen.

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, geht aber weit über die Reaktion auf Einzelfälle hinaus. Er ist eine erste Antwort auf eine Entwicklung in unserer Gesellschaft, auf die Experten aus der Jugendhilfe und auch aus der Schule bereits länger hingewiesen haben. Jungen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre eigene Identität und ihre Rolle in der Gesellschaft zu finden. Sie werden mit widersprüchlichen Rollenbildern konfrontiert und müssen ihre Identität auch in Lebenssituationen entwickeln, in denen Männer als Bezugsperson nicht zur Verfügung stehen. Es gibt umgekehrt aber auch Fälle, in denen die falschen Vorbilder zur Verfügung stehen und das Aufwachsen der Jungen von destruktiven oder gewalttätigen Bildern männlichen Verhaltens geprägt ist. Jungen sind dazu auch noch mit widersprüchlichen Erwartungen ihrer Umwelt konfrontiert. Es wird erwartet, dass sie durchsetzungsfähig und erfolgsorientiert sind. Gleichzeitig erfordert die Entwicklung unserer Gesellschaft aber auch, dass Jungen Eigenschaften wie Sensibilität und Empathiefähigkeit entwickeln. Meine Herren, die Sie alle hier sitzen, Sie werden wissen, was man von Ihnen verlangt hat und in welche widersprüchlichen Rollen Sie möglicherweise auch im späteren Alter noch gerutscht sind.

Immer noch ist es für viele Mütter – und damit beziehe ich mich und die anderen Frauen im Parlament und in der Zuhörerschaft mit ein – oder für weibliche Pädagogen mehr als befremdlich, wenn Jungen miteinander raufen oder Spiele bevorzugen, in denen das Kraftmessen im Mittelpunkt steht. Jungen aber wollen und müssen sich ausprobieren, doch in der Realität, in der Familie, in der Kita oder in der Schule stoßen sie dabei oft auf Unverständnis.

Es gibt einen sehr engagierten Lehrer an der Gesamtschule Bergstedt, der ist Autor eines Buches mit dem Titel "Die Jungenkatastrophe. Das überforderte Geschlecht". Er beschreibt die Situation mit folgenden Worten:

"Jungen sind in Not geraten. Vieles wird von ihnen gefordert, für das ihre Bordmittel nicht mehr ausreichen. Die Zeit des Vorsingens ist vorbei. Doch damit haben Jungen ihre Schwierigkeiten, und das führt zu Problemen."

Meiner Meinung nach hat Frank Beuster das richtig erkannt, denn in der Tat werden viele Jungen schon in der Kita und später auch in der Schule als problembeladen und defizitär wahrgenommen. Es wird zunehmend deutlich, dass Jungen sich zu den Verlierern des Bildungssystems entwickeln. Die Anzahl der Mädchen, die einen höheren Bildungsabschluss machen, ist ansteigend. Jungen gehö-

(Christiane Blömeke)

ren häufiger zu den Schulversagern. Die Folgen können sein, müssen aber nicht: Risikoverhalten, Gewalt und Sucht. Das sind oft die Schattenseiten dieser männlichen Entwicklung. Damit will ich keinesfalls sagen – und die Problematik ist uns allen auch bekannt –, dass nach dem Schulabschluss die Frauen und die Mädchen manchmal auf der Verliererseite stehen, wenn es auch gerade um das gleiche Gehalt geht.

Dennoch den Blick zurück auf die Jungen. Es ist dringend an der Zeit, dem etwas entgegenzusetzen. Vor zwei Jahren, als die GAL sich noch in der Opposition befunden hat, haben wir eine Fachtagung abgehalten mit dem Thema: Zwischen den Stühlen. Wie finden Jungen ihre Rolle in der Gesellschaft?

Es ist so schön leise hier, das muss daran liegen, dass die SPD-Fraktion draußen ist.

(Beifall bei der GAL und bei der CDU – Jan Quast SPD: Blöde Bemerkung!)

Auf dieser Fachtagung zum Thema, wie die Jungen ihre Rolle in der Gesellschaft finden, hat sich damals eine lebhafte Diskussion entsponnen, und zwar zwischen den Experten und einer Vielzahl von interessierten Besuchern und Fachpersonal. Es wurde deutlich, dass wir einige gute Ansätze und auch Projekte in Hamburg haben und es an neuen Ideen nicht mangelt. Wir konnten gerade gestern im "Hamburger Abendblatt" einige Beispiele für gute Projekte lesen, zum Beispiel die Rudolf-Roß-Gesamtschule oder das Spielhaus Burgwedel. Als neues Projekt möchte ich das "Paten(t) für Jungen" in Bergstedt nennen, aber es gibt noch sehr viele andere gute Projekte. Doch während die geschlechtsspezifische Pädagogik für Mädchen in der Kinder- und Jugendarbeit etabliert ist, wird die Jungenarbeit oft noch als Stiefkind der Jugendhilfe wahrgenommen und ist vom Engagement einzelner Pädagogen abhängig.

Mit unserem Antrag wollen wir jetzt die geschlechtsspezifische Jungenarbeit aus diesem Stiefkinderdasein herausholen. Wir wollen eine Stelle einrichten, die für Vernetzung und Beratung der Jungenarbeit zuständig ist. Darum komme ich auch gleich zu Punkt 1 des SPD-Antrags. Die SPD hat inzwischen auch gemerkt, dass das irgendwie ein wichtiges Thema ist, auf das sie mal schnell aufspringen will, und einen Änderungsantrag gestellt, der im Wesentlichen unseren Punkten entspricht und nur noch Konkretisierungen an einigen Punkten vornimmt, was die zeitliche Verbindlichkeit angeht. Die SPD fordert eine Evaluation der bereits vorhandenen Projekte. Diesen Punkt lehnen wir deswegen ab, weil er unserer Auffassung nach unter den Punkt Vernetzungsstelle fällt. Man wird sich natürlich angucken, was es bereits alles gibt, und dies wird dann vernetzt und weiterentwickelt.

Wir wollen Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit für Jungen entwickeln, die sowohl für Kita, Jugendhilfe und Schule verbindlich sein sollen. Wir haben in Hamburg einen Landesjugendhilfeausschuss, der sich übergeordnet mit Jugendthemen beschäftigt. Wir möchten, dass dort auch eine für Jungenarbeit erfahrene Person engagiert wird, was für Mädchenarbeit schon lange selbstverständlich war. Nicht zuletzt wollen wir auch an den Schulen dafür sorgen, dass der Fortbildung von Pädagogen in dieser Richtung besser Rechnung getragen wird. Und wir wollen ein Netzwerk schaffen, so dass auch die Arbeit an den Schulen davon profitiert.

Ich glaube, dass wir mit diesem Antrag einen Meilenstein gesetzt haben, der gute erste Lösungsansätze bietet für eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns Sorge bereitet. Das Thema Jungenarbeit lebt von der Weiterentwicklung und daher ist dieser Antrag mit Sicherheit noch nicht das Ende der Fahnenstange. Andere Bundesländer haben uns hier auch schon etwas voraus. Auch sie haben längst Handlungsbedarf erkannt. Es gibt auch Bundesländer, die bereits so eine Vernetzungsstelle haben. Es gibt jedoch auch Bundesländer, die sich noch gar nicht mit diesem Thema beschäftigt haben. Wir werden jetzt hier initiativ, und ich denke, das ist eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit. Auch ein Austausch mit den anderen Bundesländern wird in Zukunft natürlich sinnvoll sein.

Wichtig ist mir aber dabei immer zu betonen, dass wir einen Antrag für Jungen geschrieben haben, aber deswegen nicht gegen Mädchen. Selbstverständlich muss die geschlechtsspezifische Arbeit von Mädchen weiter ausgebaut werden. Und sollten sich hier Lücken auftun, so werden wir diese schließen. Nur wenn wir erkennen, dass Jungen und Mädchen unterschiedliche Bedürfnisse haben, können wir ihnen bei der Entwicklung ihrer eigenen Identität helfen und genau das möchten wir gerne. Aber, und damit komme ich zu dem Antrag der Fraktion der LINKEN, wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen können, denn er verwässert das eigentliche Ziel, jetzt die Jungen in den Fokus zu nehmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Mit Verwässern haben Sie ja Ihre Erfahrungen!)

Eine Gegenüberstellung, dass Sie dieselben Punkte, die wir jetzt für die Jungenarbeit fordern, für die Mädchenarbeit fordern, zeigt auch, dass Sie vielleicht noch nicht ganz in die Thematik eingedrungen sind, denn viele dieser Punkte gibt es für die Mädchenarbeit bereits, zum Beispiel im Landesjugendhilfeausschuss eine Person, die für Mädchenarbeit erforderlich ist. Aber sollten wir sehen, dass es Lücken in der Mädchenarbeit gibt, dann müssen wir auch hier weiterarbeiten.

Zum SPD-Antrag noch einmal: Wir können uns vorstellen, einen Punkt Ihres Antrags anzuneh-

(Christiane Blömeke)

men. Das ist der Punkt 4, in dem Sie auch in den bezirklichen Jugendhilfe-Ausschüssen eine Person einfordern, die sich in der Jungenarbeit auskennt. Das halten wir für eine sinnvolle Ergänzung. Aber den unnötigen Zeitdruck und die Unverzüglichkeit, die die SPD-Fraktion wieder einmal in die Punkte hineinbringt, lehnen wir ab, weil wir sie ganz bewusst nicht überstülpen wollen, sondern dafür eine Entwicklung vorsehen. Es ist wenig sinnvoll zu fordern, das müsse alles sofort sein nach dem alten Gitter-Lied: Ich will alles, ich will alles, und zwar sofort.

Es wird damit aber nicht besser, sondern etwas muss wachsen und entstehen und es muss auch ausformuliert und überdacht werden. Auf diese Art und Weise werden wir dann etwas haben, das Hand und Fuß hat, und wir werden in Hamburg gute Grundsteine für eine jungenspezifische Arbeit legen, von der wir alle profitieren. Wenn hier in 20 Jahren einmal Abgeordnete in Ihrem Alter sitzen, dann haben sie, glaube ich, ein ganz anderes Denken, da sie möglicherweise von unserer Jungenarbeit profitiert haben, denn wir helfen ihnen auf dem Weg in die Gesellschaft und bei ihrer Identitätsfindung. Vielleicht werden wir dann auch ein ganz anderes Diskussionsverhalten hier zwischen Mann und Frau haben und das gibt Hoffnung. Vielleicht bleibe ich ja noch 20 Jahre.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Müller-Kallweit.

(Dirk Kienscherf SPD: Endlich mal ein Mann, der zu diesem Thema redet!)

Wolfgang Müller-Kallweit CDU: – Als Vater von vier Söhnen bilde ich mir ein, dass ich das eine oder andere vielleicht konstruktiv dazu beitragen kann.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blömeke hat ziemlich abgeräumt. Ich weiß gar nicht, was ich noch fürchterlich viel ergänzen soll. Ich werde mich deswegen aber nicht gleich wieder hinsetzen. Es gibt vielleicht die eine oder andere Sache, die es noch einmal besonders pointiert darzustellen gilt. Die Sinnhaftigkeit dieses Antrags erschließt sich bei vielen auf den ersten Blick nicht, obwohl er bemerkenswerterweise im Vorfeld in der Presse ein ausgesprochen positives Echo gefunden hat; das ist ja nicht unbedingt regelmäßig zu erwarten.

Zum Zusatzantrag der SPD brauche ich nichts zu ergänzen; dazu hat Frau Blömeke wirklich alles gesagt. Es geht hier nicht um höher, schneller, weiter, verehrte Kollegen von der SPD. Es geht hier darum, organisch etwas zu entwickeln, was nachhaltig wirkt und für die Jungen am besten ist. Und

nun sind wir schon bei dem eigentlichen Punkt Junge. Was ist Junge? Herbert Grönemeyer hat einmal die Frage gestellt: Wann ist ein Mann ein Mann? Daran angelehnt, könnten wir genauso gut formulieren: Wann ist ein Junge eigentlich ein Junge? Und noch besser formuliert: Wann und vor allem wie wird ein Junge zu einem Mann? Das ist das Problem, um das es hier geht und das wir aufarbeiten müssen. Die Defizite, die sich aus einer mangelhaften Jungenbildung ergeben, sind offensichtlich. Stichworte wie Winnenden oder der Fall Morsal wurden genannt. Es wurde darauf hingewiesen, dass es keine echten Vorbildfunktionen mehr gibt in Zeiten, in denen Familien auseinanderbrechen, Scheidungskinder entstehen, alleinerziehende Elternteile, vorwiegend Mütter, sich auch um Jungen kümmern müssen. Die Bezugsperson Vater fehlt. An wem soll sich eigentlich der Junge orientieren? Wer sagt oder erklärt dem Jungen passiv erst einmal, was von ihm erwartet wird. Wer bildet diesen Jungen aktiv aus zu jemandem, den man gemeinhin als gestandenen Mann bezeichnet. Ich kann diese Fragen zwar nicht als Fachmann beantworten, aber ich weiß, welches der richtige Weg ist. Um diese Fragen zu beantworten, brauchen wir Experten, wir brauchen Kompetenz, wir brauchen engagierte Stellen, die sich dieser Thematik annehmen. Wir brauchen einen breit gesetzten und breit gefächerten Dialog. Wir brauchen am Ende eine Quintessenz und wir brauchen daraus abgeleitete konkrete Maßnahmen. Und wenn das alles zusammenkommt, werden wir das Jungenbild, ich möchte nicht sagen deformieren, aber wir werden eine Jungenbildung schaffen, die es ermöglicht, dass Jungen mit Zuversicht und Optimismus ihrer Zukunft entgegensehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Eisold.

Gunnar Eisold SPD:*

(Zuruf: Schneller!)

– Wir sind nicht beim Elfmeter hier.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht ist es doch mal gut, ein wenig darüber zu reflektieren, warum wir heute über Jungenarbeit sprechen. Erst einmal finde ich es gut, dass alle drei Fraktionen mit entsprechenden Anträgen vertreten sind. Wie wir sehen, ist die Initiative in diesem Fall von CDU und GAL ausgegangen. Wir wollen uns dem Antrag auch nicht verweigern, da wir finden, dass er viele richtige Dinge beinhaltet. Ich möchte zum Schluss aber auch noch darauf eingehen, warum uns Ihr Antrag in der Form, wie Sie ihn formuliert haben, nicht ausreicht. Und die

(Gunnar Eisold)

Tatsache, dass wir ein bisschen mehr Konkretisierung haben wollen, hat auch noch mit anderen Aspekten zu tun.

Vielleicht zuvor noch einmal ganz kurz zur Erklärung, warum man nicht nur allgemein über Jungen reden sollte, sondern auch an ganz konkreten Punkten festmachen kann, wo die Probleme liegen. Schaut man sich einmal bundesweit an, wie die Schülerschaft an Haupt-, Sonder- und Förderschulen zusammengesetzt ist, so sind dort ungefähr 70 Prozent männliche Schüler; 30 Prozent sind dementsprechend Mädchen. Von den 80 000 Schulabbrechern sind ungefähr zwei Drittel männlich. Und bei den Straftaten gibt es ganz eindeutige Schwerpunkte, zum Beispiel bei der Körperverletzung, bei der der absolut überwiegende Teil männlich ist.

Das sind zwar keine neuen Erkenntnisse, aber ich finde es richtig, dass diese Problematik auch heute zunehmend wahrgenommen wird. Das hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass wir alle sensibler geworden sind bei der Frage, wie es denn eigentlich mit der jeweiligen Geschlechterzuordnung und den spezifischen Bedürfnissen und Problemen aussieht. Wie die Zahlen für Hamburg im Einzelnen aussehen, weiß ich nicht, aber ich könnte mir vorstellen, dass es bei uns in der Großstadt sicherlich nicht weniger dramatisch sein wird als im Bundesdurchschnitt.

Nach einer Lösung, um hier Besserung zu schaffen, habe ich im Vorwege der Antragsberatung sehr intensiv gesucht, bin aber nicht so richtig schlau geworden. Und was Sie, Frau Blömeke, und Sie von der CDU im Antrag als Ziele formulieren, ist recht weich formuliert. Für uns alle wäre natürlich hilfreich zu wissen, mit welchen Instrumenten wir es schaffen, die Schulabbrecher-Zahlen tatsächlich deutlich zu reduzieren und damit vor allem etwas für Jungs zu erreichen.

Das hat vielleicht auch ein bisschen damit zu tun, wenn man sich die publizistische Begleitmusik anschaut, in welchen Kontext das Ganze gestellt wird. Da wird weniger vom konkreten Problem gesprochen, sondern vielmehr von der großen Identitätskrise, die es gibt. Das betrifft nicht nur Jungen, sondern auch gleich die ganze Männlichkeit, und dann wird geschrieben, seit den Sechzigerjahren sei die klare Rollenzuordnung verloren gegangen. Man hat ein bisschen den Eindruck, sich dafür rechtfertigen zu müssen, wenn man als Mann zu so einem Thema redet, das in der Gefahr steht, ein bisschen speziell zu sein.

Wenn man den Rahmen ein bisschen erweitert und sich einmal fragt, worüber wir eigentlich reden und wie so eine Zuordnung von Identitäten entstanden ist, dann ist das Ganze sehr viel undramatischer. Tatsächlich ist das, was man klassisch als männlich und weiblich bei uns betrachtet, etwas, das gar nicht so alt ist, nicht 1000 Jahre alt, son-

dern letztlich im Rahmen der Industrialisierung entstanden ist. Wenn man sich einmal anschaut, was zum Beispiel Émile Zola geschrieben hat in seinem "Germinal", dann findet man dort das Entstehen des heutigen Rollenbildes. In älterer Literatur, bei Charles Dickens etwa, findet man ganz andere Vorstellungen, bei "David Copperfield" zum Beispiel. Ich würde das durchaus einmal empfehlen, wenn man sich der Frage stellt, wie man dieses Thema denn einzuordnen hat.

Wenn man weiß, dass Identität auch etwas mit Kultur zu tun hat und Kultur in Bewegung ist, dann ist das auch ein ganz normaler kultureller Entwicklungsprozess, den wir hier haben, und keine große Krise und kein Riesenproblem. Aber ich sehe die Aufforderung an uns zu sagen, mit welchen Instrumenten wir denn konkret Verbesserungen schaffen wollen. Das, was uns heute vorliegt, ist ein erster Schritt, dem allerdings noch etwas die Struktur fehlt. Da wollen wir in der Tat eine Evaluation haben, nicht nur, um zu wissen, was die Angebote unserer bisherigen Arbeitsweise sind, sondern was die Erfolge sind, die vorhanden sind und auf denen sich aufbauen lässt.

Frau Blömeke, wenn Sie anbieten, die Koordinationsstelle solle diese Evaluation vornehmen, dann finde ich das eine gute Sache. Aber vielleicht könnten Sie dann auch vorschlagen, Punkt 1 von uns entsprechend einzufügen, wo es um diese Koordinationsstelle geht, damit wir wissen, dass das tatsächlich ein Teil dieses Auftrags ist. Das würde uns sicherlich auch gut gefallen und hinterher könnten wir gemeinsam darüber beraten, wie wir damit umgehen.

Sie monieren, dass wir immer genaue Zeitpunkte haben wollten. Wir wollen nicht erst in der nächsten Legislaturperiode wieder über dieses Thema reden, sondern schon sehr viel früher wissen, wo die Erfolge liegen und wo nachgebessert werden muss. Wir finden es ein bisschen schwierig zu sagen, der Senat solle einmal prüfen, ob denn etwas eingerichtet werden kann, ob zusätzliche Funktions- und Beratungslehrerstunden zur Verfügung gestellt werden können. Wir wollen schon, dass das geschieht und nicht nur geprüft wird. Deshalb haben wir auch einen eigenen Antrag dazu vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten freuen wir uns, dass wir zu den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen hier mehr oder weniger eine gemeinsame Lösung gefunden haben; das halte ich auch für gut. Wir hatten ursprünglich analog zur bisherigen Formulierung vorgeschlagen – für die Mädchenarbeit ist eine Frau vorgesehen –, für die Jungenarbeit einen Mann vorzusehen. Darüber kann man diskutieren. Wir haben uns jetzt darauf eingelassen, so wie das bei Ihnen im Landesjugendhilfeausschuss vorgesehen war, von Personen zu sprechen. Wir werden einmal sehen,

(Gunnar Eisold)

wie die Erfolge hinterher sind und ob das tatsächlich zeitgemäß ist.

Zum Antrag der Fraktion der LINKEN würde ich gern noch zwei Sätze sagen. Tatsächlich ist er uns zu schematisch und in einigen Fällen, das ist auch gesagt worden, sind diese Dinge längst vorhanden und abgesichert, zum Beispiel die entsprechende Vertretung im Landesjugendhilfeausschuss und in bezirklichen Jugendhilfeausschüssen, sodass der Antrag aus unserer Sicht einfach zu kurz greift. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Sie haben unseren Zusatzantrag, der hier schon mehrfach erwähnt wurde, zu dem von CDU und GAL vorgelegten Antrag vor sich liegen. Daraus können Sie, soweit Sie ihn bereits gelesen oder zumindest quergelesen haben, erkennen, dass wir durchaus einen konstruktiven Versuch starten möchten, dass Sie das Thema Jungenarbeit nicht isoliert zu Mädchenarbeit betrachten. Warum DIE LINKE darauf viel Wert legt und die Verknüpfung für unabdingbar hält, möchte ich im Folgenden darlegen und hoffe, Sie trotz der ablehnenden Aussagen hier zu überzeugen.

Aus den Antworten des damaligen CDU-Senats auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Blömeke aus dem März 2007 und den Antworten auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Gunnar Eisold vom Juni 2008 ergibt sich, dass sich die Stadt Hamburg und ihre Träger in der Jungenarbeit und in der Jugendarbeit bereits intensiv mit geschlechtsspezifischer Arbeit befassen, speziell auch der für Jungen. Aus beiden ergibt sich aber nicht, wie Mädchen- und Jungenarbeit im Verhältnis zueinander stehen und wie konkret finanzielle und personelle Ressourcen unterschiedlich verwendet werden und sich auswirken. Das macht jede vernünftige Analyse leider unmöglich.

Aus einer Antwort auf meine Kleine Anfrage aus dem März ergibt sich aber zum Beispiel, dass Dole Deerns für den Girls'Day 4000 Euro bekamen und für die Förderung des Projekts "Was für Jungs!" 16 000 Euro veranschlagt wurden. Die Ideen für geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit reduzieren sich außerdem auf Wahrnehmung, Vermutung und Einschätzung, bestenfalls auf Erfahrungswerte. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, ist aber unzureichend bei den Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft in Anbetracht massiver ökonomischer Frauenbenachteiligung und praktizierter Männergewalt zu stellen hat.

Wir möchten an dieser Stelle dennoch keinen Gender-Budgeting-Ansatz von Ihnen einfordern, denn das haben wir vor Kurzem erst getan. Sie sehen aber nun eine weitere konkrete Auswirkung Ihrer Weigerung, die finanziellen Ressourcen der Stadt Hamburg geschlechtsspezifisch auszuweisen und zu verwenden. Mit unserem Zusatzantrag ermöglichen wir Ihnen, Ihre Pläne mit unserer Unterstützung anzugehen und gleichzeitig nicht einseitig zu agieren. Erhebliche Probleme für die Erfolge geschlechtsspezifischer Kinder- und Jugendarbeit scheinen zudem deswegen zu bestehen, weil in der Stadt Hamburg noch sehr altmodisch unterrichtet wird. Dies ist möglicherweise auch ein Indiz dafür, dass Mädchen zwar die besseren Schulabschlüsse machen, später aber doch mit der Doppelbelastung konfrontiert sind und überwiegend das Armutsrisiko bei Erwerbslosigkeit tragen.

Wissenschaftlich anerkannt ist mittlerweile nämlich, dass es zwei Hirnhälften gibt – bei Männern und bei Frauen –, denen aber jeweils unterschiedliche Aufgabenbereiche zugeschrieben werden. In der linken wird das rationale, logische und technische Denken ausgeprägt, in der rechten das emotionale, musische und kommunikative. Schulen unterrichten weitgehend aber immer noch linkshirrig, wie es so schön heißt, also Lernen durch Zuhören und Sehen anstatt rechtshirrig durch Anfassen, Handeln, Ausprobieren, Fehler machen. Deswegen gehört für DIE LINKE auch unabdingbar dazu, diese Lehrmethoden endgültig abzuschaffen und eine radikale Umorientierung in der Aus- und Fortbildung von Frauen und Männern, die Kinder beruflich erziehen und betreuen, vorzunehmen. Auch hier muss Geld in die Hand genommen werden und geschlechtsspezifisch abrechenbar ausgewiesen werden. Auch hier würde ein Gender Budgeting hilfreich sein. Anhand des Girls'Day wird übrigens die Abbildung eines punktuellen und viel zu kurz greifenden Gleichstellungsinteresses deutlich, vor allem, da nun auch Jungen am Girls'Day Angebote gemacht werden. Einen Tag in einen Beruf hineinzuschnuppern, hilft überhaupt nichts. Das ändert weder etwas am Schulwesen noch am Rollenverständnis. Unangemessen finden wir im Übrigen auch, am Girls'Day Angebote für Jungen zu machen. Dies entspricht einem falschen Gleichstellungsinteresse und wirkt sich negativ aus.

Wir würden Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Sollte er abgelehnt werden, werden wir uns bei beiden Anträgen, sowohl bei dem Antrag der CDU als auch bei dem der SPD, enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Ker-

(Michael Gwosdz)

sten Artus, es gibt absolut keinen Widerspruch zu dem, was Sie gesagt haben, dass wir gleichermaßen Mädchen wie Jungen in den Blick nehmen müssen. Wir haben aber heute einen Antrag zum Thema Jungenarbeit. Das schließt – das hat Frau Blömeke auch schon ausgeführt – natürlich nicht ein, dass es ein Antrag ist, der sich gegen Mädchen richtet. Es ist absolut selbstverständlich, dass wir auch in diesen Zeiten, in der Situation, in der wir als Männer und Frauen miteinander leben, insgesamt einiges mehr an Arbeit leisten müssen, damit wir zu einer Gleichberechtigung in dieser Gesellschaft kommen, dass wir Geschlechterdifferenzen nicht als negativ wahrnehmen, dass wir hier mehr ausgleichen und dass die Arbeit mit Mädchen nicht eingestellt werden kann.

Den Fokus legen wir heute aber auf Jungen, die – Herr Eisold hat es auch schon erwähnt – weiterhin Verlierer des deutschen und auch des Hamburger Schulsystems sind. Vielleicht ein paar Zahlen zum Hamburger Schulsystem. Es gab gerade ein Gutachten des Aktionsrates Bildung für das Jahr 2009, das sich genau mit dem Thema Geschlechterdifferenzen in den Schulen auseinandergesetzt hat. Es hat einerseits für Hamburg durchaus positive Zahlen ergeben, Hamburg steht relativ gut da im Vergleich mit anderen Bundesländern. Trotzdem ist in Hamburg die Situation der Jungen auch im schulischen System dramatisch. Von allen Schulabbrechern in Hamburg sind 60 Prozent Jungen, der beste Schnitt überhaupt von allen Bundesländern, aber eben ein deutlich überproportionaler Anteil der Jungen und – Herr Eisold hat es gesagt – eines unserer wichtigsten gemeinsamen Ziele ist es, den Anteil der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher zu verringern. Um den Anteil von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern insgesamt zu verringern, also von Jungen wie auch von Mädchen, braucht es weit mehr als jungenspezifische Instrumente. Dafür muss generell das Schulsystem reformiert werden, darüber debattieren wir an anderer Stelle oft genug. Da gilt es, Hürden abzubauen, da gilt es, Frustrationsergebnisse im schulischen System abzubauen. Davon profitieren gleichermaßen Jungen wie Mädchen. Für uns ist es wichtig, die strukturellen Defizite in der Schule anzugehen, aber andererseits auch Jungen dabei zu unterstützen, ihre geschlechtliche Identität im Alltag zu finden. Eine gleichberechtigte Gesellschaft erreichen wir nicht, wenn wir hierbei nur die Mädchen unterstützen.

In Hamburg gibt es bereits positive Ansätze, auch das wurde gesagt. So wird der Gender-Aspekt in der Lehrerinnen-Ausbildung verstärkt berücksichtigt. Die Studentinnen haben, sofern sie Pädagogik oder Erziehungswissenschaften studieren, heutzutage umfassend Kenntnis zu diesem Thema erhalten. Auch am Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung gibt es bereits Angebote zum Thema Jungenarbeit, die stärker nachgefragt

werden, und einzelne Schulen wie die Gesamtschule Bergstedt, die Ida-Ehre-Gesamtschule oder die Rudolf-Roß-Gesamtschule haben Angebote der Jungenarbeit etabliert.

Warum stellen wir dann heute diesen Antrag, wenn es schon diese ersten Ansätze gibt? Das ist deshalb wichtig, weil diese Initiativen von unten gekommen sind. Wir sagen als Abgeordnete von CDU und GAL – wie ich höre, auch die Abgeordneten von der SPD und der Fraktion DIE LINKE –, diese Ansätze sind richtig und wichtig und sie brauchen für ihre kontinuierliche Arbeit und dafür, dass sie institutionalisiert werden können, auch die Unterstützung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Um diese Institutionalisierung voranzutreiben, möchten wir als einen ersten Ansatz eine behördenübergreifende Fachtagung organisieren, die den öffentlichen und den fachöffentlichen Diskurs für jungenspezifische Themen befördert. Natürlich ist es auch Aufgabe einer solchen Tagung, eine Bestandsaufnahme dessen, was in Hamburg bereits erreicht und gegeben ist, vorzunehmen. Das Thema steht noch nicht ausreichend im Fokus des allgemeinen Interesses, wobei man aktuell aufgrund der Berichterstattung sagen kann, da hat sich schon einiges geändert in Bezug auf das öffentliche Interesse. Ich hoffe, das bleibt so erhalten. Aufbauend auf der Fachtagung wünschen wir uns, ein Netzwerk für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zu etablieren, damit die Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema fortgebildet und in ihrer Arbeit auch unterstützt werden. Wie in diesem Zusammenhang bereits erwähnt, hat auch das Ausweiten von Funktionsstunden und Beratungslehrerstunden für die Jungenarbeit eine wichtige Bedeutung.

Auch von mir noch ein paar kurze Sätze zum Antrag der Fraktion der LINKEN und warum wir ihn ablehnen in der heutigen Fassung. Gerade im Schulsystem kann man eine strukturelle Benachteiligung für Mädchen nicht feststellen. Mädchen machen die besseren Abschlüsse, es machen mehr Mädchen als Jungen Abitur. Damit ist zwar nicht gesagt, dass es keine Probleme in dieser Hinsicht gibt, aber diese treten – das hat Frau Artus richtig dargestellt – später und an anderen Stellen auf, zum Beispiel beim Übergang in den Beruf. Wir verwehren uns auch dagegen, Jungenarbeit gegen Mädchenarbeit auszuspielen. Es geht im Grundsatz um eine verbesserte Gender-Kompetenz, die an den Schulen zu berücksichtigen ist. Jungenarbeit beschränkt sich nicht einfach auf Angebote für Jungen, auch das ist immer ein Missverständnis. Es geht nicht einfach nur darum, dass Männer mit Jungen irgendetwas zusammen machen. Wenn das so wäre, dann wäre jede Jungen-Fußballmannschaft irgendwo im Jugendbereich schon ein klassisches Angebot für Jungenarbeit.

(Michael Gwosdz)

Jungenarbeit ist deutlich mehr, denn sie nimmt den Umgang mit den Geschlechterdifferenzen im Allgemeinen in den Blick und arbeitet mit einer anderen, besonderen, auf Jungen ausgerichteten Pädagogik. Diese Pädagogik, die vor allem in der außerschulischen Jugendhilfe bei Jugendträgern bereits durchaus etabliert ist, möchten wir auch verstärkt in die Ganztagsschulen einbeziehen, denn wenn wir Ganztagsschulen ausbauen, dann entziehen wir natürlich außerschulischen Jugendträgern Jungen in der normalen Tageszeit. Deswegen ist es für uns wichtig, das in den Konzeptionen von Ganztagsschulen mit zu verankern. Mit dem Netzwerk, das ich schon erwähnt habe, wird es auch gelingen, an Schulen ein qualitativ hochwertiges Angebot zu machen und den Austausch zwischen den Lehrern, die dort bereits arbeiten, zu verbessern.

Insgesamt ist unser Ziel eine Schulkultur, die auch die Dimension Geschlechtergerechtigkeit sichtbar und lebbar macht. – Vielen Dank

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Herr Müller-Kallweit, bitte.

Wolfgang Müller-Kallweit CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Artus, Ihr Vortrag reizt mich doch noch zu einem Satz. Im günstigsten Fall ist Ihr Antrag, wenn man ihn einfach mal so betrachtet, evident, irgendwie richtig und macht eigentlich nichts kaputt, im ungünstigsten Fall ist er kontraproduktiv. Nach Ihren Ausführungen von eben neige ich dazu, davon auszugehen, dass er kontraproduktiv ist und der Sache, um die es hier geht, überhaupt nicht gerecht wird, weil er nämlich genau der Intention, Jungenarbeit isoliert zu betrachten, aus sich heraus verständlich zu machen und damit zu befördern nicht gerecht wird. Sie blockieren und konterkarieren dieses Ansinnen mit Ihrer Forderung, erst einmal alle Mädchen mit einzubeziehen und alles vergleichend gegenüberzustellen, und dann finden wir eine gemeinsame Lösung und alles ist toll. Das ist der Grund, warum Ihr Antrag abzulehnen ist; das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lieber Herr Eisold, Sie sprachen von klassischer Betrachtungsweise und Zuteilung der Rollen in der Vergangenheit. Die Rollenzuteilung ist, wenn man sich den kleinen Unterschied zwischen Männlein und Weiblein anguckt, eigentlich klar. Bei der Geburt eines Kindes gucken die Eltern, was ist es denn, Junge oder Mädchen. Wenn es ein Junge ist, dann hat man eine Vorstellung davon, in welche Richtung er gehen soll. Aber – und das ist das große Aber – was passiert, wenn diese Vorstellung am Anfang noch vorhanden ist, aber irgendwann aufgrund des Wegfalls eines Elternteils, und regel-

mäßig dann des männlichen Elternteils, nämlich des Vaters, diese Rolle, dieses prägsame Bild des Vaters nicht mehr vorhanden ist? Die Rolle muss der Junge individuell für sich entwickeln. Gender ist eine soziale Konstruktion, ein Bild, das entwickelt werden muss, das kann nicht jeder. Das kann die Mutter aus ihrer Veranlagung heraus unter Normalbedingungen nicht, aber das können andere, das können Fachleute. Diese Fachleute müssen wir aufsuchen, die müssen wir finden, die müssen wir in einen Dialog führen – daher diese Fachtagung –, die müssen zu einem Ergebnis kommen, diese Ergebnisse müssen in Richtlinien münden und dann müssen diese Ergebnisse abgearbeitet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei, drei Dinge möchte ich auch noch anmerken. Zum einen, liebe Kollegin, lieber Kollege von der GAL, muss ich sagen, dass die Ausführungen, die Sie beide zu Ihrem Antrag gemacht haben, mir erheblich besser gefallen haben als der Antrag selbst. Ich bin natürlich einer Meinung mit meinem Vorredner aus meiner Fraktion: Der Antrag selbst ist dünn. Ich habe der Presse entnehmen können, dass da steht, Sie hätten ein umfassendes Konzept zur Jungenarbeit vorgelegt. Da möchte ich doch deutlich andere Qualitätsstandards anlegen, da wird hoffentlich noch etwas kommen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung zu Herrn Müller-Kallweit. Ihre Verwunderung darüber, dass das so positiv in der Presse aufgenommen worden ist, hat mich wiederum verwundert. Als ich letzte Woche in einer großen Wochenzeitung von einer neuen, sanfteren und weichen Macht gelesen habe – die Rede war von einem der mächtigsten Männer der Welt, nämlich von Obama –, habe ich tatsächlich gedacht, wunderbar. Jetzt hat wirklich auch der Letzte verstanden, dass wir wegkommen müssen von den Lippenbekenntnissen zu geschlechtsspezifischen Ansätzen und dass tatsächlich dieser Gedanke von Gender auch im Mainstream angekommen ist. Vielleicht ist das trotzdem zumindest auf der rechten Seite noch nicht ganz der Fall.

Ich glaube aber, die meisten von uns sind sich einig, dass geschlechtsspezifische Arbeit ausgeweitet werden muss und dass das nicht nur Mädchenarbeit heißt, sondern unter geschlechtsspezifischer Arbeit eben auch Jungenarbeit zu verstehen ist. Ich glaube, wir sind uns auch darin einig, dass es nicht reicht, einfach nur offene Jugendarbeit als verdeckte Jungenarbeit weiterzuführen.

(Gabi Dobusch)

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Konzepte für Jungenarbeit und entsprechende Ausbildungsmodule für Pädagogen und vielleicht auch Pädagoginnen brauchen wir und wir brauchen sie aus meiner Sicht lieber heute als morgen, schneller und nicht auf die lange Bank geschoben. Organisches Wachsen ist schön und gut, aber wir brauchen sie dringend.

Frau Blömeke, da stimme ich Ihnen auch zu, es gibt schon einiges in Hamburg. Sie haben aber auch erwähnt, dass wir uns an anderen Bundesländern, die schon in einigen Dingen weiter sind, durchaus ein Beispiel nehmen sollten. Ein Beispiel würde ich hier gerne hervorheben, ein Projekt aus dem süddeutschen Raum: "Männer, Machos, Memmen". Ich bin tatsächlich gespannt, wie sich solche Ansätze, die sich zum Beispiel damit beschäftigen, welche Zusammenhänge es gibt oder geben könnte zwischen Gewalt und Männerbildern bei Jungen, etwa bei dem geplanten Fachtag zur Gewaltprävention niederschlagen werden, der demnächst in Hamburg stattfinden wird.

Zum anderen würde ich gern noch auf Frau Artus eingehen. Ich verstehe tatsächlich die Bedenken, die da zum Ausdruck kommen, und es ist nicht ganz unbegründet zu fürchten, dass der Ausbau von Jungenarbeit auf Kosten der Mädchenarbeit erfolgen könnte. Bei allen Beteuerungen, die ich hier höre, bleibt es trotzdem eine Angelegenheit, die auch ich sehr misstrauisch verfolge. Bei aller Sympathie, die ich für die Aktion "Was für Jungs!" hege, die heute in Hamburg stattfindet, muss ich sagen, dass damit auch Aufmerksamkeit vom Girls'Day weggezogen wird. Wir hatten als SPD-Fraktion heute eine Gruppe von Mädchen,

(*Antje Möller GAL*: Wir hatten auch eine Gruppe Mädchen!)

die GAL hatte heute ebenfalls eine Gruppe von Mädchen hier in der Bürgerschaft, um sie an das Feld Politik heranzuführen. Ich hätte es diesen Mädchen gegönnt, dass an ihrem Tag ihre Sache im Zentrum steht und sie nicht wieder mit geteilter Aufmerksamkeit rechnen müssen und wir nicht ausge-rechnet am Girls'Day – sie sind jetzt nicht mehr da – über Jungs sprechen.

(Beifall bei *Anja Domres SPD* und *Kersten Artus DIE LINKE*)

Wir sind uns natürlich einig, dass wir Jungenarbeit brauchen. Wir brauchen sie auch schnell, wir brauchen sie konkreter, wir wollen nicht noch einmal prüfen. Jetzt, wo wir uns darauf geeinigt haben, dass wir das brauchen, können wir auch Nägel mit Köpfen machen, auch wenn es nur im Kleinen ist. Wir müssen sie perspektivisch einbetten in ein Gesamtkonzept zur geschlechtsspezifischen Arbeit insgesamt, damit solchen Bedenken noch einmal Rechnung getragen wird, dass der Ausbau der

Jungenarbeit auf Kosten der Mädchenarbeit geht. Wir wollen, dass aus dem Flickenteppich, der hier insgesamt noch herrscht, dann tatsächlich ein Gesamtbild wird. Das, hoffe ich, ist unser aller Ziel.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, heute ist der Tag der Klassiker, werde ich Sie jetzt auch noch etwas quälen. Gestern hatten wir Schiller, eben hatten wir Tucholsky. Ich komme jetzt mit nur drei Zeilen, das halten Sie aus, unseres großen Dichters Goethe: West-östlicher Divan. Gerade wenn wir über Jungs mit Migrationshintergrund reden, passt das ganz gut.

"Lasst mich weinen! Das ist keine Schande. Weinende Männer sind gut."

– Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/2762, 19/2868 und 19/2879 in der Neufassung an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/2879 in der Neufassung. Die CDU-Fraktion möchte Ziffer 4 dieses Antrags separat abstimmen lassen. Wer möchte den SPD-Antrag aus Drucksache 19/2879 mit Ausnahme von Ziffer 4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich mit einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 4 des Antrags zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 4 mit einigen Enthaltungen einstimmig angenommen worden.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/2868. Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Und schließlich zum gemeinsamen Antrag der GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/2762. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Drucksache 19/2762, der gemeinsame Antrag der GAL- und CDU-Fraktion, mehrheitlich angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, die Drucksache 19/1884, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Hamburg Energie – Stadtwerke für Hamburg: Prima – aber wie ernst meint es der Senat?

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)**Hamburg Energie – Stadtwerke für Hamburg: Prima – aber wie ernst meint es der Senat? – Drs 19/1884 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/2839 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Stadtwerke für Hamburg? Zwischenergebnisse der Prüfungen vorlegen – Drs 19/2839 –]

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Schaal, Sie haben das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat eine Große Anfrage gestellt: Stadtwerke für Hamburg: Prima – aber wie ernst meint es der Senat? Weil wir es prima finden, möchte ich auch noch etwas ausholen. Drei Viertel der Bundesbürger würden, wenn sie wählen könnten, Wasser und Energie am liebsten von einem kommunalen Versorger beziehen. Diejenigen, die das Glück haben, bereits Kunde bei einem Stadtwerk zu sein, sind zu über 80 Prozent mit ihren Lieferanten zufrieden. Das ist kein Wunder, denn die kommunalen Versorger orientieren sich in erster Linie an ihren Kunden, an den Interessen ihrer Kunden und nicht an den Interessen der Aktionäre; Citizen-Value statt Shareholder-Value, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nach Schätzungen des Deutschen Städtetages haben bereits 1800 Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Eigentum an den Strom- und Gasnetzen wiedererworben und zum Teil sind sie auch auf dem Weg, eigene Produktionsanlagen zu bauen oder die Fernwärmenetze zu übernehmen. Rekommunalisierung liegt regelrecht im Trend. Stadtwerke sind nämlich der Wettbewerbshecht im Karpfenteich der Energiewirtschaft. Sie bringen den Klimaschutz voran und sie verdienen nicht zuletzt Geld für ihre öffentlichen Eigentümer.

Senatorin Hajduk stellte mit der Genehmigung – wo ist sie denn? ...

(Ingo Egloff SPD: Sie ist nicht da!)

– Sie ist nicht da, das ist sehr enttäuschend.

Senatorin Hajduk stellte mit der Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg einen städtischen Energieanbieter in Aussicht. "Hamburg Energie" soll das Unternehmen heißen, aber es wird nur ein Ökostromhändler sein, noch längst kein Stadtwerk. Wir wollen echte Stadtwerke, aber ich gebe gerne zu, dass sich "Hamburg Energie", soweit wir wissen, durchaus zu Stadtwerken ausbauen ließe, zumal auch HAMBURG WASSER mit insgesamt zwei öffentlichen Unternehmen, den Hamburger

Wasserwerken und der Hamburger Stadtentwässerung, bereits mit im Boot ist. Wir haben gefragt, ob auch die Stadtreinigung dazukäme, denn es bietet sich an, weil die Stadtreinigung selbst schon zunehmend Wärme und Strom produziert. Auf diese Frage haben wir leider nur gehört, es werde geprüft.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Viele Hamburger halten "Hamburg Energie" schon für ein Stadtwerk und sind begeistert, dass so etwas kommt. Es scheint so zu sein, dass auch der Wirtschaftssenator begeistert ist, sodass er auch dieser Debatte folgt. Das freut mich natürlich. Nur, von einem haben wir überhaupt noch nichts gehört und gesehen zu diesem Thema – der Bürgermeister schweigt sich zu dem Thema Stadtwerke und HAMBURG ENERGIE aus. Er hat auch nichts zu dem Plan von Frau Hajduk gesagt oder ihr in irgendeiner Weise den Rücken gestärkt, einen Ökostrom-Händler auf die Beine zu stellen. Bei dieser offensichtlichen Gleichgültigkeit entsteht doch der Verdacht, dass die Idee von HAMBURG ENERGIE nur als Beruhigungsspiel gegen die Aufregung über Moorburg gedacht war.

Die SPD hat Anfang Januar schon nachgefragt, wie ernst es denn der Senat mit der Gründung von Stadtwerken meint und die Antwort lautet: Der Senat prüft und prüft oder er hat sich nicht befasst. Wir fanden das sehr enttäuschend, denn nach einem Jahr Prüfung müsste doch endlich einmal etwas herausgekommen sein bei der ganzen Sache. Darum haben wir noch einmal Mitte März nachgefragt und siehe da, seit September arbeitet eine behördeninterne Projektgruppe an einer Strategie für die künftige Weiterentwicklung der leitungsgebundenen Wärmeversorgung und an einer strategischen Konzeption zur wegerechtlchen Nutzung der Energienetze in Hamburg. Dabei lässt sich die Behörde auch gutachterlich beraten und es liegen auch schon Ergebnisse vor. Die wollen wir sehen und mit Ihnen erörtern, Frau Senatorin, darum haben wir auch den Zusatzantrag gestellt, denn es kann nicht sein, dass so wichtige Entscheidungen für die Stadt im stillen Kämmerlein getroffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn in Hamburg in absehbarer Zeit Stadtwerke aufgebaut werden, ist es wichtig, dass alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Das hört man aus allen Städten, die die Energieversorgung wieder in die eigene Regie zurückgeholt haben. Eigentlich stehen die Chancen dafür in diesem Hause gut, denn es gibt eine Mehrheit für die Gründung von Stadtwerken. Die SPD will das, die GAL hat sich in ihrem Wahlprogramm dafür ausgesprochen, DIE LINKE hat sich dafür ausgesprochen, nur die CDU – und ich schaue auf leere Bänke – müsste sich hier endlich einmal outen. Bisher scheint allerdings

(Dr. Monika Schaal)

die CDU nur auf der Bremse zu stehen und der Wirtschaftssenator ist auch schon weg. Wie sonst ist es zu erklären, dass die GAL-Senatorin Hajduk immer wieder vortprescht und kurz danach relativiert wird, was sie gesagt hat. Nach der ersten kraftvollen Ankündigung im letzten September hieß es dann im Dezember, im Frühjahr komme HAMBURG ENERGIE auf den Markt. In der Antwort auf unsere Große Anfrage hieß es dann plötzlich, die Behörde ist beauftragt zur Prüfung. Im März ließ dann die Behörde über NDR 90,3 schnell verbreiten, die Gründung eines städtischen Energieversorgers schreite voran, dieser Schritt solle noch im Frühjahr erfolgen; wir haben jetzt Frühjahr. Der "Bild"-Zeitung erklärte Senatorin Hajduk am Montag, noch in diesem Jahr werde HAMBURG ENERGIE den Betrieb aufnehmen und die Hamburger mit atom- und kohlefreiem Strom versorgen. Etwas genauer können wir uns das ansehen in einer Zeitung, die in München erscheint, nämlich die Zeitung für kommunale Wirtschaft. In ihrer April-Ausgabe ist zu lesen,

"Wahrscheinlich beginnt es im Herbst mit dem Angebot von Strom, dann kommt Gas und über Contracting lässt sich der Einstieg in die Produktion üben."

Wenn in München bereits von den Dächern gepfiffen wird, was hier in Hamburg wann passieren soll, dann ist es höchste Zeit, dass Parlament und Öffentlichkeit hier endlich erfahren, was der Senat in Gänge wirklich will.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Die Erwartungshaltung der Hamburgerinnen und Hamburger ist sehr groß, Frau Senatorin. Wenn der Senat Stadtwerke auf der Basis von Netzübernahme wirklich gründen will, wie sich die Grünen das vorgenommen haben und wie wir das auch wollen, dann muss er bereits zum 30. Juni dieses Jahres einen sachverständigen Wirtschaftsprüfer bestellen, der den Wert des Gasnetzes abschätzt. Wenn man sich nicht einigt, dann wird die Handelskammer tätig, vorausgesetzt natürlich, man leitet diesen Schritt überhaupt erst ein, so steht es nämlich im Kunden-Konzessionsvertrag.

Die Verträge mit Vattenfall und E.ON müssen zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden, wenn die Stadt die Vertragsbeziehungen 2014 lösen will, um die Netze in eigener Regie weiterzuführen. Sie sagen, 2012 sei noch weit hin, aber bekanntlich gibt es im Herbst 2012 irgendwann Wahlen und vorher muss klar sein, wohin die Reise geht. Es kann nicht sein, dass CDU und GAL noch drei Jahre dieses Thema vor sich hinplätschern lassen und kurz vor Abpfiff dann in einer Nacht- und Nebelaktion Fakten schaffen, die auf absehbare Zeit nicht mehr zu ändern sind. Die CDU hat das bereits 2007 mit dem Neuabschluss der Gaskonzession schon einmal so gemacht und das können wir nicht dulden.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn
DIE LINKE)

Frau Senatorin Hajduk, Sie haben die Unterstützung der SPD, wenn es um die Gründung von Stadtwerken geht, aber ein Stromhändler allein ist natürlich noch kein Stadtwerk. Ökostrom können Sie in dieser Stadt auch woanders verkaufen. Wenn Sie HAMBURG ENERGIE allerdings zu einem richtigen Stadtwerk entwickeln wollen, dann sind wir an Ihrer Seite, aber Sie müssen uns den Weg und die Zeit bis dahin auch aufzeigen. Wenn Sie es schon nicht im Ausschuss tun wollen, dann tun Sie es hier und heute. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Schaal, ich kann Ihre Ungeduld verstehen und dass Sie gerne möchten, dass möglichst zügig ein Fehler der Vergangenheit getilgt wird. Dabei muss man auch wissen, dass wir den Verkauf der HEW nicht rückgängig machen. Das ist einfach so, es ist die Wahrheit, Herr Bischoff. Aber der Gedankenprozess ist bei uns allen so, dass wir sagen, es ist eine Situation, in der man überlegen muss, Stadtwerke neu zu gründen, denn wenn man ein Stadtwerk neu gründet, dann baut man nicht das, was man vor Jahren einmal aufgegeben hat, eins zu eins wieder auf, sondern wenn man etwas Neues anfängt, dann macht man es auch zeitgemäß und nutzt neue Strukturen. Dafür brauchen wir etwas Zeit.

Ich glaube nicht, dass wir so viel Zeit brauchen, wie Sie uns zugestanden haben. Sie haben die Neuwahlen auf den Herbst 2012 gelegt. Es kann auch sein, dass Sie sich vorher nicht in der Lage sehen, Kandidaten auszusuchen, das weiß ich nicht.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das haben wir schon eher! – Ingo Egloff SPD: Haben wir schon erledigt, Herr Kruse!)

So viel Zeit werden wir nicht brauchen. Ich glaube auch, dass die Entscheidung richtig ist und es ist nicht so, dass wir mit HAMBURG ENERGIE völlig alleine wären – Sie nannten das Hecht im Karpfenteich –, sondern wir sind in einem durchaus großen Feld von Mitbewerbern. Wir können dort neue Impulse setzen und dementsprechend auch den Markt aktivieren können. Ich glaube, dass sich an diesen Stadtwerken auch die anderen, altbewährten Mitbewerber orientieren werden und dass das insofern insgesamt für das Feld ein Gewinn sein wird.

(Rüdiger Kruse)

Von daher setze ich sehr auf einen Dialog mit Ihnen, aber auch mit den anderen Akteuren im Energiemarkt. Gleichzeitig geht es natürlich auch darum, dass wir in den Hamburger Strukturen dafür sorgen, dass es weiterhin die berühmte zitierte sichere Energieversorgung gibt, aber dass auch unser ehrgeiziges Klimaschutzkonzept natürlich dort zu Buche schlägt und dieses HAMBURG ENERGIE genau zu diesem Zweck dient.

Also bleiben wir beide einmal gespannt. Ich denke, es wird noch dieses Jahr so sein, dass Sie, wenn Sie wollen, die Möglichkeit haben, zu wechseln. Wir werden alle ein entsprechendes Schreiben bekommen mit einer freundlichen Anregung. Wenn man einmal sieht, dass in Hamburg natürlich auch eine große Bereitschaft ist, in diese Richtung zu denken, dann glaube ich, dass dieses Unternehmen einen sehr guten Start haben wird. Dem ist es vielleicht auch geschuldet, dass wir ein, zwei Monate länger darüber nachdenken, damit es dann auch ein fulminanter Start wird. Das, so habe ich Sie verstanden, liegt auch in Ihrem Interesse. Daher freuen wir uns auf den neuen Impuls dieses Senats, der dieses dann auch tatkräftig umsetzen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen den Hamburger Energiemarkt umkrempeln,

(Beifall bei der GAL – Zurufe von der SPD: Hey!)

Und zwar durch ein stadt eigenes Unternehmen, das zunächst als Stromanbieter agieren kann und anschließend möglicherweise auch als Stadtwerke, nämlich durch HAMBURG ENERGIE. Wir haben das klare Ziel, in Hamburg erneuerbare Energien noch konsequenter als bisher zu fördern und das auch mit Hilfe eines neuen Akteurs auf dem Hamburger Energiemarkt.

Dass wir hier in der Sache ein breites Bündnis haben, hat man eben auch an Ihrem Redebeitrag, Frau Schaal, gemerkt. Sie haben auch viele gute Argumente genannt, warum man Stadtwerke prüfen und einen Stromanbieter hier neu etablieren sollte. Das zeigt doch auch, dass wir als schwarz-grüne Koalition hier den richtigen Weg einschlagen.

Der erste Schritt ist zunächst die Gründung von HAMBURG ENERGIE als einen neuen Stromanbieter auf dem Hamburger Markt, der alle Hamburger Haushalte möglicherweise mit klimafreundlichem Strom versorgen kann. Ein großer Vorteil besteht darin, dass es sich um ein stadt eigenes Un-

ternehmen handeln soll, das bei HAMBURG WASSER angesiedelt ist. HAMBURG WASSER erreicht als Versorger sowieso schon alle Hamburger Haushalte und genießt ein hohes Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Hamburg. Das bietet die Voraussetzung dafür, dass sich HAMBURG ENERGIE als klimafreundlicher Stromanbieter auf dem Hamburger Markt etablieren kann.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass der klimafreundliche Strom, der auch in Hamburg schon vor Ort erzeugt wird, den Hamburger Haushalten direkt zur Verfügung gestellt werden kann, etwa der Strom, der in der Müllverbrennungsanlage Stellinger Moor produziert wird durch die stadt eigenen Windkraftäder oder auch durch die Biogasanlage, an der die Stadtreinigung beteiligt ist. Das könnte alles dann unter dem Dach von HAMBURG ENERGIE angeboten werden.

Ganz besonders wichtig ist mir aber auch, noch einmal zu unterstreichen, dass das Angebot von HAMBURG ENERGIE nur kohle- und atomfreien Strom beinhalten soll. So zeigen wir als Stadt auch, dass Kohle und Atomkraft Technologien zur Stromerzeugung sind, die der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Durch Kohlekraftwerke werden enorme Mengen an CO₂ ausgestoßen, die den Klimawandel und seine Folgen befördern und verstärken. Also wird im Angebot von HAMBURG ENERGIE im Interesse des Klimaschutzes auf Kohlestrom verzichtet werden.

(Thomas Böwer SPD: Bravo!)

Wir wollen auch keinen Strom aus Atomkraft bei HAMBURG ENERGIE. Die Risiken, die von Atomkraft ausgehen, sind nach wie vor unberechenbar für Mensch und Umwelt. Das muss und sollte man sich immer wieder vor Augen führen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass sich der Super-Gau von Tschernobyl am kommenden Sonntag zum 23. Mal jährt.

(Michael Neumann SPD: Klatscht ihr mal, CDU! Atom! Klatschen!)

Ein weiterer Vorteil von HAMBURG ENERGIE ist, dass ein stadt eigener Stromanbieter verbraucherfreundlich agieren kann. Zurzeit sinken die Rohstoffpreise enorm, aber die großen Energiekonzerne zeigen trotzdem keine Bereitschaft, die Strompreise relevant zu senken. Das ist alles andere als verbraucherfreundlich und das kann man mit einem stadt eigenen Unternehmen anders und besser machen.

Aber einen neuen, stadt eigenen Stromanbieter auf dem Hamburger Markt zu etablieren, ist erst einmal nur ein erster Schritt. Die Gründung von HAM-

(Jenny Weggen)

BURG ENERGIE bietet noch viel größere Chancen, erneuerbare Energien in Hamburg zu fördern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben nämlich die Möglichkeit in Hamburg, die ersten Stadtwerke in einer deutschen Großstadt zu gründen, die konsequent auf klimafreundlichen Strom setzen. Auch wenn es natürlich sehr schön wäre, dieses sofort umzusetzen, ist der Weg dahin leider natürlich etwas länger. Die Verträge über die Verfügbarkeit der Netze laufen noch bis 2014 beziehungsweise 2015. Erst dann könnten die Energienetze zurück in die öffentliche Hand gelangen und da muss auch noch einiges geprüft werden. Aber gerade die Übernahme der Strom-, Gas- und Wärmenetze bietet die große Chance, in Hamburg flächendeckend auf eine klimafreundliche Energieversorgung zu setzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Man könnte dann nämlich entscheiden, aus welchen Quellen die Energie kommt, die man in die Netze einspeist.

Die Prüfung der Übernahme der Gas-, Strom- und Wärmenetze ist somit ein erster wichtiger Schritt und ein wichtiger Schritt auch dafür, weiter klimapolitischer Vorreiter zu sein. Wir haben die Weichen dafür bereits gestellt, indem wir das Klimaschutzkonzept verabschiedet haben, denn darin sind die Mittel zur Prüfung der Übernahme der Netze festgelegt.

Liebe SPD, ich verstehe Ihr Informationsinteresse, wie es denn jetzt weitergehen soll, auch sehr gut. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir als Parlament diskutieren, dass wir in den parlamentarischen Gremien diskutieren, die Gremien sich mit diesem Projekt befassen, sobald es die nötigen Informationen über die Umsetzung und weitere Planung gibt, die wir dann auch diskutieren können. Da stimme ich komplett mit Ihnen überein.

Ich würde deshalb vorschlagen, dass wir noch vor der Sommerpause im Umweltausschuss eine Selbstbefassung zu HAMBURG ENERGIE machen. So erhalten wir dann auch den Zwischenbericht, den Sie fordern. In dem Fall bräuchten wir Ihren Antrag auch nicht und wir können mit den Beratungen über HAMBURG ENERGIE und die Zukunft des Hamburger Energiemarkts beginnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum diskutieren wir heute hier über die Stadtwerke?

(Jens Kerstan GAL: Tja!)

Im September letzten Jahres musste die grüne Senatorin Hajduk das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigen. Und, Frau Weggen, wenn Sie hier jetzt vollmundig erklären, Kohlekraftwerke oder Energiegewinnung aus Kohle gehöre der Vergangenheit an, dann haben Sie diesen Tag nicht verstanden. Moorburg ist unsere Zukunft. Kohle ist in Hamburg auch unsere Zukunft. Aber es zeigt das Dilemma, in dem die Grünen sind. Die grüne Seele musste irgendwie beruhigt werden, weil das Wahlversprechen natürlich gebrochen wurde. Aus dem Grunde wurde als Kompensation für die Genehmigung des Kohlekraftwerks angekündigt, dass wir ein Stadtwerk in Hamburg bekommen für atom- und kohlefreien Strom. Die Details sollten im Klimakonzept dargelegt werden, das erhielten wir im Dezember 2008, ein bisschen verspätet, aber daran haben wir uns schon gewöhnt.

Was haben wir jetzt in dem Klimakonzept festgelegt? Wir haben eine Projektgruppe in der BSU mit drei Mitarbeitern, die ein Konzept zur Netzübernahme erarbeiten sollen. Und wir haben mal wieder einen Prüfauftrag, wo festgestellt werden soll, wie das Angebot in Hamburg an regenerativer Energie ausgeweitet werden kann.

Die Anfragen von unserer Fraktion haben deutlich gemacht – Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen –, dass mehr als ein weiterer Stromhändler unter dem Dach von HAMBURG WASSER mit dem vollmundig angekündigten Projekt Stadtwerk nicht geplant ist.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ein Wort zur Informationspolitik sagen. Frau Hajduk hat vollmundig versprochen, dass mit einem Stadtwerk eine ökologische Alternative zum Kohlekraftwerk errichtet wird, und das hat Frau Weggen eben noch einmal richtig unterstützt. Wenn ich dann lese, was Sie der SPD in ihrer Großen Anfrage als Antwort geben, ich zitiere:

"Im Übrigen äußert sich der Senat grundsätzlich nicht zu Einzelheiten der Vorbereitung seiner Entscheidungen."

– Da kann ich nur sagen: So geht das nicht.

(Viviane Spethmann CDU: Ist aber so!)

Der Senat ist es der Öffentlichkeit schuldig, zeitnah darzustellen, wie er sich die alternative Energieversorgung und wie er sich eine Netzübernahme vorstellt, vor allen Dingen bei dieser Ankündigung.

Immerhin hatte der Senat im Umweltausschuss erklärt, dass wir im ersten Vierteljahr 2009 – Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen, dass es in NDR 90,3 erwähnt wurde – Genauer erfahren sollten. Das erste Vierteljahr ist herum, wir haben leider noch keine Informationen.

Der Senat sollte auch sagen, wenn er etwas nicht will.

(Dora Heyenn)

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ihre Anträge!)

Unser Eindruck ist, dass hier vollmundig etwas angekündigt wird, wo einfach die Taten fehlen. Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen, dass Sie am 30. Juni 2009, wenn Sie das wirklich wollen mit der Netzübernahme, einen Gutachter einschalten müssten. Hinzu kommt, dass eine Netzübernahme viel Geld kostet. In Hamburg ist die Rede davon, dass die Netzübernahme ungefähr 1 Milliarde Euro kosten wird. Vor einem Jahr hätten wir uns noch erschrocken, inzwischen haben wir uns an diese Summen gewöhnt.

Auch wenn das erst im Jahre 2015 umgesetzt wird, muss man sich doch jetzt schon mit der Frage der Finanzierung auseinandersetzen.

Ich habe nachgesehen, was eigentlich ein Stadtwerk ist. Und bei Wikipedia finde ich:

"Als Stadtwerke bezeichnet man ein kommunales Unternehmen oder zumindest einen gemeindenahen Betrieb, der die Grundversorgung der Bevölkerung mit Strom, Wasser und Gas[...] abdeckt."

Grundversorgung heißt für uns auch Daseinsvorsorge und ohne Strom und Wärme kann niemand existieren. Insofern ist Energiepolitik auch Sozialpolitik. Das will ich an einem Beispiel deutlich machen. Im Jahre 2008 ist in Hamburg 15 000 Haushalten – wohlgemerkt, nicht 15 000 Personen – der Strom gesperrt worden. Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie die Menschen dann existieren können. Mir ist das ein Rätsel. Dafür müssten eigentlich ein Stadtwerk und die Stadt geradestehen, dass alle Menschen versorgt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hätte die Stadt auch gekonnt, denn es ist darauf hingewiesen worden, dass die Stadtreinigung Hamburg durchaus auch schon Strom erzeugt. Die Stadtreinigung Hamburg ist zurzeit in der Lage, 18 700 Haushalte zu versorgen. Das ist für uns sehr wichtig, dass die Energieversorgung eine Daseinsvorsorge ist und dass alle Menschen damit versorgt werden müssen.

Energiepolitik ist auch Umweltpolitik. Wir reden immer davon, dass wir den CO₂-Anteil senken und den Anteil an regenerativer Energie erhöhen müssen. Wenn wir nur eine Verteilerbörse haben für Strom, auch wenn es denn atom- und kernenergiefreier Strom ist, dann erhöhen wir den Anteil an regenerativer Energie in Hamburg nicht und das ist dringend nötig. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns von der Stromhändleridee als Stadtwerk verabschieden, sondern es muss massiv in eine öffentliche und erneuerbare Energie investiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur dann ist ein Stadtwerk auch wirklich ein Beitrag zum Klimaschutz. Der Senat hat im Rahmen

der Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts am 9. Dezember die zuständigen Behörden beauftragt zu prüfen, wie ein städtisch geführtes Unternehmen, das ein Angebot für atom- und kohlefreien, klimafreundlichen Strom auf den Markt bringt zu einem starken, am Gemeinwohl orientierten Wettbewerber auf dem Energiemarkt entwickelt werden kann.

Wir sind der Auffassung, dass die Daseinsvorsorge sich nicht am Preis orientieren kann und deswegen ist diese Versorgung und die Orientierung am Wettbewerb ein Widerspruch in sich. Es wird gesagt, es könne auch schon überall Ökostrom bezogen werden. Dann ist mir aus der Bezirksversammlung in Bergedorf mitgeteilt worden, dass es einen Antrag an die BSU gegeben habe, das dortige Rathaus mit Ökostrom zu versorgen, dies mit Hinweis auf den Preis aber nicht gestattet worden ist. Der Strom muss weiter von Vattenfall bezogen werden. So bekommen wir das nicht hin mit dem ökofreundlichen Strom.

Aktuell reden wir in der Republik über die Gaspreise. E.ON Hanse hat 5000 Gaskunden abgemahnt und Klage angedroht. Diese 5000 Kunden haben nichts anderes gemacht, als von ihrem Recht Gebrauch zu machen, gegen die überhöhten Gaspreise Widerspruch einzulegen. Letzte Woche konnte man in der "Financial Times Deutschland" lesen, dass sich dort Gutachter zu Wort gemeldet hätten, die festgestellt hätten, dass die Gas- und Strompreise in Deutschland viel zu hoch seien.

Ich möchte jetzt einmal die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn zitieren, die im Bundestag dazu gesagt hat, der Verbraucher werde abgezockt. Deshalb brauchen wir in Hamburg zur sozialen Grundversorgung ein Stadtwerk, das selber produziert zu Preisen, die die Verbraucher auch bezahlen können.

DIE LINKE unterstützt den Antrag der SPD und wir fordern die Senatorin auf, schnell ihren Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen und wir begrüßen den Vorschlag der Vorsitzenden des Umweltausschusses, Frau Weggen, das in der nächsten Umweltausschusssitzung als Selbstbefassung auf die Tagesordnung zu nehmen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD-Fraktion hat den Titel "Hamburg Energie – Stadtwerke für Hamburg: Prima – aber wie ernst meint es der Senat?". Wenn ich das jetzt beantworten soll, dann kann ich das ganz kurz fassen, Frau Dr. Schaal. Der Senat meint es sehr ernst damit. Aber ich muss das sicherlich auch ein

(Senatorin Anja Hajduk)

bisschen belegen, sonst nehmen Sie mir das nicht ab.

Ich möchte noch einmal an die Abläufe im letzten Herbst erinnern. Es ist richtig, dass ich mich als Senatorin am Tag der Entscheidung über das Genehmigungsverfahren des Kohlekraftwerks Moorburg dahingehend geäußert habe, dass wir daran arbeiten wollen, ein öffentliches Unternehmen, das sich mit der Energieversorgung in Hamburg befassen soll, zu gründen. Ich würde das auch an Ihrer Stelle nicht als Beruhigungsspiel bezeichnen, weil die Dimension einer solchen Unternehmung, die öffentliche Hand in Energiefragen der Stadt wieder in eine entscheidende Rolle zu bringen, ein ganz notwendiger Schritt ist. Bei allem notwendigen Streit zwischen Opposition und Regierung: Das war keine Beruhigungsspiel, sondern das ist ein zukunftsweisendes, wichtiges Instrument für die Energiepolitik in der Stadt, auch wenn ich es an dem Tag sagen musste, als ich eine ganz andere schwierige Entscheidung fällen musste. Es hat sich kein Grüner und es wird sich auch keine grüne Senatorin verstecken, dazu Stellung zu nehmen, wie schwer die Entscheidung über Moorburg auch war.

Wenn wir jetzt einmal schauen, wie lange das her ist – Ihr Vorwurf ist ja, ob wir es ernst meinen und ob der Senat es auch ordentlich voranbringt –, dann haben wir jetzt Ende April 2009 und es ist sieben Monate her, dass wir diese ersten Überlegungen öffentlich gemacht haben. Jetzt stehen wir kurz davor, in einigen Wochen HAMBURG ENERGIE zu gründen. Das Datum steht noch nicht fest, insofern kommen wir auch dem Ziel der ersten Jahreshälfte nahe. Nach meinem besten Wissen und Gewissen werden wir das einhalten können; das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

Warum machen wir das? Wir wollen in der Tat eine Wende in der Energie- und Klimapolitik. Wir haben aber nie gesagt, dass man, wenn man eine wirkliche Wende will, die qualitativ sein soll, das von heute auf morgen schaffen kann. Es ist klar, dass das eine längerfristige Strategie ist. Wir haben im Senat entschieden und packen das an. Wenn wir in einigen Wochen ein öffentliches Unternehmen gründen, dann haben wir die ganze Aufmerksamkeit nicht nur in der Bundesrepublik, sondern es strahlt auch europaweit, was eine Metropole wie Hamburg hier anpackt.

Deswegen will ich eine Sache noch in Erinnerung rufen, Frau Schaal. Sie haben bei der Debatte am 1. Oktober 2008 in der Bürgerschaft mit Blick auf das Thema HAMBURG ENERGIE gefragt, welches Gewicht es habe, wenn diese Dinge frühestens in der nächsten Legislaturperiode auf die Schiene kämen. Das sind nicht nur Ankündigungen, das kommt tatsächlich nach einigen Monaten auf die Schiene. Deswegen bin ich an dieser Stelle nicht unzufrieden, sondern eigentlich recht zuversichtlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie haben auch danach gefragt, ob das nur eine Äußerung oder Willenserklärung eines Senatsmitglieds wäre und ob das auch Verbindlichkeit habe. Ich rufe nur noch einmal in Erinnerung, damit keine Zweifel aufkommen: Der Senat hat am 9. Dezember letzten Jahres beschlossen, im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzprojekts ein städtisch geführtes Unternehmen zu beauftragen, atom- und kohlefreien Strom auf den Markt zu bringen und zu entwickeln.

Sie stellen in Ihrer Anfrage doch selbst fest, dass ein solches Projekt, ein Energieunternehmen zu gründen, einen langen Vorlauf hat und in jeder Hinsicht einen hohen Aufwand erfordert. Da will ich Ihnen nicht widersprechen, Sie sollten sich auch nicht selber widersprechen. Umgekehrt sichere ich Ihnen zu, dass der Senat und meine Behörde aber auch keine Mühen scheuen, in diesem Prozess voranzukommen. Ich sagte schon, dass es ein sehr komplexes Vorhaben ist. Insofern konnten wir auf die vielen Fragen, die Sie in der Großen Anfrage formuliert haben, noch nicht abschließend antworten; das ist einfach so.

Drei wesentliche Eckpunkte für die Gründung von HAMBURG ENERGIE will ich aber noch erläutern. HAMBURG ENERGIE wird in einigen Wochen kommen und es wird umweltfreundlichen atom- und kohlefreien Strom anbieten.

Wir sind grüne Hauptstadt Europas 2011 und insofern haben wir auch für die Zukunft weitreichende Klimaschutzziele im Senat beschlossen, die ich hier nicht wiederholen muss. Aber diese Ziele erfordern in einem bisher nicht bekannten Ausmaß Energieeinsparungen, Effizienzsteigerungen auch bei der Energienutzung und natürlich auch den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wenn man dieses Ziel ohne Einbußen bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Lebensqualität in der Metropole Hamburg umsetzen will, dann ist damit in der Tat eine tiefgreifende Veränderung bei der Herstellung und Nutzung von Energie erforderlich. Was machen wir also?

Erstens: Wir wollen mit HAMBURG ENERGIE den Wettbewerb stärken, ein attraktives Angebot also für den Strommarkt, atom- und kohlefrei, also auch mit qualitativen Gesichtspunkten, möglichst auch erneuerbaren Strom für die Hamburgerinnen und Hamburger anbieten. Meine Behörde ist damit beauftragt, rechtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen für die Übernahme der Fernwärme-, Strom- und Gasnetze durch die Stadt oder ein städtisches Unternehmen zu prüfen. Da müssen Sie sich mit Ihrer Kritik entscheiden. Wir machen einen ersten Schritt zur Gründung eines Energieunternehmens und Stromanbieters.

Zweitens sind wir uns aber auch bewusst, wie rechtlich komplex, wie aufwendig auch die Frage

(Senatorin Anja Hajduk)

zum Beispiel der Übernahme von Netzen ist. Da freue ich mich über die Unterstützung, dass Sie wissen, dass es eine Perspektive ist, möglicherweise auch eine Unternehmensperspektive, auch wenn man den Erzeugungsbereich betrachtet, der mehr Zeit erfordert. Deswegen muss man an dieser Stelle ganz nüchtern feststellen, dass es ganz normal ist, dieses nicht in einem Punkt zu machen. Das hat nichts mit Vollmundigkeit zu tun, Frau Heyenn, sondern um konkret voranzukommen und das, was man langfristig für erforderlich hält, auch sorgfältig abzuarbeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Punkt zwei: HAMBURG ENERGIE hat gute Marktvoraussetzungen. Natürlich entstehen bei der Neugründung eines Unternehmens auch Kosten. Aber wenn wir die Metropolregion Hamburg als Absatzgebiet von HAMBURG ENERGIE nehmen, dann haben wir ein Marktpotenzial von etwa 800 000 Privatkunden und 90 000 Gewerbekunden.

Gleichzeitig haben wir mit den öffentlichen Unternehmen, den Verbindungen zum Beispiel auch zur Wohnungswirtschaft über SAGA GWG und die Freie und Hansestadt Hamburg und nicht zuletzt mit einer umwelt- und qualitätsbewussten Bevölkerung nach meiner Einschätzung sehr günstige Rahmenbedingungen für die Etablierung von HAMBURG ENERGIE auf dem Markt.

Ein dritter Punkt: HAMBURG ENERGIE wird auf das Know-how der öffentlichen Unternehmen HAMBURG WASSER und auch der Stadtreinigung Hamburg zurückgreifen können, Frau Schaal. Beide Unternehmen verfügen bereits heute in gewissem Umfang über eigene Erzeugungskapazitäten, handeln mit Strom an der Börse und beide sind etablierte Versorger beziehungsweise Entsorger. HAMBURG WASSER rechnet mit 650 000 Hamburger Haushalten direkt ab und verwendet dazu eine in der Energiewirtschaft gebräuchliche Software-Lösung. HAMBURG ENERGIE kann die heute bereits erzeugte Energie der hamburgischen öffentlichen Unternehmen möglicherweise bündeln und durch Zukauf von umweltfreundlicher Energie den notwendigen Energiebedarf sicherstellen. Mittelfristig wäre der Bau von weiteren eigenen Energieerzeugungsanlagen zur Steigerung der Eigenproduktionsquote im Stromsektor auch eine Option. Über diese Dinge werden wir auch in Zukunft noch weiter diskutieren können.

Es bedeutet also auch, dass wir unsere eigenen Potenziale erkennen, aber natürlich auch nutzen, und genau das wollen wir mit HAMBURG ENERGIE anpacken. Wir machen ernst mit dieser Frage – ich sagte es eingangs –, HAMBURG ENERGIE kommt in den nächsten Wochen. Wir werden damit, wie wir es versprochen haben, ein am Gemeinwohl orientiertes Unternehmen als eigenstän-

digen Akteur auf dem Energiemarkt in der ersten Jahreshälfte 2009 gründen.

Noch in diesem Jahr werden die Hamburgerinnen und Hamburger ihren atom- und kohlefreien Strom von HAMBURG ENERGIE beziehen können. Ich möchte nicht den Tag vor dem Abend loben, weil wir noch einige Schritte vor uns haben: die Gründung des Unternehmens, Testphasen für Online-Prozesse, Anmeldung nach dem Energiewirtschaftsgesetz, Marketing und Kundenbetreuung, Testbelieferung, erste Vertragsabschlüsse und so weiter; es steckt sehr viel dahinter.

Sie sehen, dass wir auf Hochtouren daran arbeiten, dass es ein Erfolg wird. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich in naher Zukunft noch viel mehr Konkretes sagen kann, wenn ich in der glücklichen Lage bin – das ist man nicht immer bei der Debatte über Große Anfragen – zu sagen, in einigen Wochen kommen wir einen wichtigen Schritt weiter. Klar ist auch, wenn HAMBURG ENERGIE näher rückt, wird es nur der Anfang für ein sehr ehrgeiziges, langfristiges Programm sein. Ich freue mich, dass es insgesamt in diesem Hause eine so große Unterstützung für die Politik des schwarz-grünen Senats gibt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, ich finde es auch bemerkenswert, dass es einen großen Konsens in diesem Hause gibt. Aber auch die Rolle der Opposition wird nicht überflüssig, obwohl es Konsens gibt, denn wir müssen Sie natürlich auch unterstützen und treiben, damit der Zeitplan, den Sie uns hoffentlich auch vorlegen, eingehalten wird.

Ich finde es auch sehr bemerkenswert und wichtig, Frau Weggen, dass Sie sagen, wir wollen uns im Umweltausschuss mit dem Vorhaben in Selbstbefassung auseinandersetzen. Ich erhoffe mir davon, dass dann auch das Konzept und die Agenda für die Gründung von Stadtwerken auf den Tisch kommen. Es müssen die Aufgaben umrissen werden, es muss die Organisation geklärt werden, es muss die Finanzierung geklärt werden und natürlich auch der Weg, wie es dahin kommt und wie der Zeitplan aussieht. Das ist eine große Aufgabe, die wir sicher nicht in einer Ausschusssitzung lösen können, sondern das ist eine Aufgabe, der man sich sehr intensiv widmen muss. Wir müssen uns überlegen, wie wir dann damit umgehen.

Eines fehlt mir allerdings immer noch. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass auch der Wirtschaftsminister bei dieser Debatte anwesend ist. Der Finanzsenator hat sich wenigstens am Anfang einmal ge-

(Dr. Monika Schaal)

zeigt, aber vielleicht ist er es bald nicht mehr, dann müsste vielleicht jemand anderes da sitzen. Aber wenn es wirklich so ernsthaft ist – und ich glaube Ihnen das, Frau Senatorin Hajduk –, dann irritiert mich total bei dieser ganzen Debatte, dass sich auch der Bürgermeister mit seinem Gewicht hinter dieses Projekt stellt. Ich habe noch gut in Erinnerung, wie der Bürgermeister eine schetterige, vorgezogene Baugenehmigung höchstpersönlich präsentiert hat, als es darum ging, dass Vattenfall vorher zu graben anfangen kann, bevor das Kraftwerk überhaupt genehmigt ist. Aber wenn es um solche zukunftsweisenden Entscheidungen in dieser Stadt geht, habe ich vom Bürgermeister Ole von Beust, der diese Stadt als Klimahauptstadt 2011 repräsentieren will, hier noch kein Wort gehört und das finde ich eigentlich erbärmlich.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, was Sie gesagt haben, das sehen wir auch so. Stadtwerke sind ein gutes Instrument, um auch den Klimaschutz zu implementieren, um Klimaschutz umzusetzen. Aber wir sollten die Nase nicht so hoch tragen und sagen, Hamburg wäre die erste Stadt in Deutschland, die so etwas macht. Wir müssen unseren Blick einmal in den Süden der Republik richten. Die Münchener Stadtwerke haben ein ausgefeiltes Klimakonzept, in dem die einzelnen Maßnahmen auch im Rahmen der Wirtschaft, Herr Senator Gedaschko, nicht auf Freiwilligkeit beruhen, sondern dort werden zumindest Vereinbarungen getroffen mit den Wohnungsbauunternehmen, mit Wirtschaftsunternehmen, so dass am Ende dann auch Ergebnisse kommen. Diese Stadt investiert in erneuerbare Energien in der Stadt München selber, im Umland und München beteiligt sich auch an den Offshore-Windparks an der deutschen Küste. Das hat also schon eine ganz andere Dimension als das, über was wir hier reden. Das sind aber alles Themen, die man dann weiter behandeln kann.

Herr Kruse, es ist sicher klar...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Dr. Schaal, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche.

Meine Damen und Herren! Die Hintergrundgeräusche sind deutlich zu hoch. Ich darf um Beachtung bitten, dass es nicht weiter anschwillt.

Bitte sehr, Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Kruse, es ist sicher klar, dass keiner hier die HEW zurückholen kann, es geht auch gar nicht mehr, die HEW existieren nicht mehr, auch nicht in der Hülle von Vattenfall. Das Unternehmen ist zer-

schlagen, der Prozess der Zerschlagung ist so gut wie abgeschlossen und das Bedauerlichste ist, dass HEW dann auch nicht mehr ein Hamburger Unternehmen sein wird beziehungsweise ein Unternehmen, das in Hamburg seinen Sitz hat. Es bleiben nur noch kleine Teile in Hamburg. Selbst die Betriebsführerschaft von Moorburg, falls dieses Kraftwerk jemals anfangen würde zu produzieren, wird nicht in Hamburg sein, sondern das wird in Berlin geregelt. Also dieses Unternehmen ist weg und insofern hat natürlich das Projekt HAMBURG ENERGIE einen großen Vorzug, HAMBURG ENERGIE wäre ein Hamburger Unternehmen. Das ist natürlich ein Werbeargument, um Kunden zu gewinnen, denn eines ist sicher: Es mag das Potenzial groß sein für ein solches Unternehmen, aber das Entscheidende ist, dass Sie auch das Potenzial erschließen, denn die Kunden, die irgendwo herumlaufen, nützen mir nichts, solange es nicht meine Kunden sind

(Wolfgang Beuß CDU: Laber, laber!)

und solange die nicht zu mir kommen.

Darum ist es auch so wichtig, dass Sie dieses Unternehmen rechtzeitig der Öffentlichkeit präsentieren, denn Sie wollen doch, wenn Sie es eröffnen, dass die Kunden Schlange stehen. Also muss man vorher schon das Unternehmen bekannt machen.

(Wolfgang Beuß CDU: Typisch Opposition! Das ist unerträglich!)

– Wollen Sie einen Laden ohne Kunden führen? Dann sind Sie gleich pleite, Herr Beuß. Das ist nicht unerträglich, sondern es ist notwendig, wenn Sie ein Unternehmen gründen, auch von städtischer Seite, dass Sie für Kunden sorgen. Wie wollen Sie denn sonst Geld verdienen, Herr Beuß?

(Beifall bei der SPD)

Es ist notwendig, den Diskussionsprozess, der jetzt offensichtlich anläuft, zu nutzen, um Kunden für dieses Hamburger Unternehmen zu werben,

(Hans-Detlef Roock CDU: So schlau sind wir schon lange!)

denn so lokalpatriotisch, wie die Hamburgerinnen und Hamburger sind, kann das gut gelingen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, ich möchte ausdrücklich bekräftigen, dass Sie möglicherweise, jedenfalls aus meinem Blickwinkel, wirklich ein neues Element in dieses Haus eingeführt haben. Ich finde es ausdrücklich positiv,

(Dr. Joachim Bischoff)

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ja, ist doch in Ordnung! – Olaf Ohlsen CDU: Dann kannst du dich ja wieder setzen!)

das sage ich für die gesamte Fraktion, dass Sie hier im Parlament erklären, die Entscheidung für die Gründung eines kommunalen Stadtwerks HAMBURG ENERGIE sei gefallen. Ich sage das deswegen – Sie haben immer einen anderen Umgang, eine andere Kultur, das muss man respektieren –, weil es nach unserem Verständnis in einer demokratischen Gesellschaft mit einem Parlament üblich sein sollte, dass solche Entscheidungen im Parlament verkündet werden, und man sollte das nicht immer aus der Presse erfahren. Das halte ich ausdrücklich für einen Fortschritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweiter Punkt: Bei all diesen Diskussionen sollten Sie, Frau Hajduk, und die Regierungsfraktion zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht Ihre Sorgfalt und Ihre Energie in diesem Punkt infrage stellen. Im Gegenteil, es liegt uns ausdrücklich daran, dass Sie das sorgfältig machen. Wir haben auch keine Differenz, das möchte ich noch einmal sagen, was die drei wesentlichen Punkte angeht.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Aber!)

Es geht erstens um Energie, Energiemix inklusive der Netze und der Fernwärmedimension. Zweitens geht es – das kam bei Ihnen nicht so vor, aber das kann man auch näher erklären – um die soziale Dimension eines solchen kommunalen Stadtwerk-Unternehmens. Drittens – Herr Kruse, da stimme ich ausdrücklich zu – kann es nicht darum gehen, zu einer alten Konzeption von kommunalen Unternehmen zurückzukommen. Dann würden wir die ganze Chose wieder erneut eröffnen. Es gab gute Gründe, jedenfalls aus der Sicht unserer Fraktion, warum sich dort ein Privatisierungswahn durchgesetzt hat. Das war nicht nur von oben aufgesetzt, sondern da gab es eine ganze Reihe von Problemen und die sind intern in der alten Konzeption zu spät erkannt worden.

Also müssen wir – das finde ich ausdrücklich positiv –, darüber diskutieren, was so ein kommunales Unternehmen denn sein soll, was wir aus der Geschichte gelernt haben. Das ist eine wichtige Dimension, das möchte ich noch einmal bekräftigen, auch wenn Sie das nicht hören wollen.

(Olaf Ohlsen CDU: Ja, ist in Ordnung, mach weiter! – Zurufe von der CDU)

Wir haben, wie Sie wissen, eine ganze Reihe von kommunalen Unternehmen in dieser Stadt. Selbst wenn es ein Unternehmen in öffentlichem Eigentum ist, dann garantiert das nicht eine soziale oder effiziente Ausgestaltung. Gerade bei der HSH Nordbank haben wir ein gutes Beispiel dafür, dass mehr dazu gehört, wenn es der Qualität entsprechen soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind die Punkte, Herr Kruse, die wir gerne mit Ihnen diskutieren würden, was Re-Kommunalisierung heißt.

Frau Senatorin nennt es ein gemeinwohlorientiertes Unternehmen, das würden wir gerne diskutieren. Jetzt kommt der Punkt, Frau Hajduk, die Differenz. Sie haben feste Vorstellungen, Sie haben jetzt verkündet, dass Sie es in wenigen Wochen machen. Das ist – das sage ich ausdrücklich mit Blick auf die gestrige Debatte – zu wenig. Sie müssten dann wenigstens eine Chance eröffnen, mit uns darüber zu diskutieren. Ich weiß, dass Sie unsere Vorstellungen sowieso nicht respektieren,

(Olaf Ohlsen CDU: Nee!)

aber wir würden sehr gerne rechtzeitig einbezogen werden. Insofern war heute der eigentliche Fortschritt bei Frau Weggen, die sagte, lassen Sie uns das in der nächsten Sitzung im Umweltausschuss auf die Tagesordnung setzen. Das verstehe ich darunter, wenn man sagt, es gibt unterschiedliche Vorstellungen und wir diskutieren darüber.

(Wolfgang Beuß CDU: Das haben wir verstanden!)

Frau Senatorin, was jetzt mit der Großen Anfrage und dem Antrag zur Diskussion steht – ich möchte das schon so scharf sagen –, ist Ihre Informationspolitik. Sie haben gestern gesagt,

(Egbert von Frankenberg CDU: Kommen Sie doch mal auf den Punkt!)

wenn ich nach Hause käme, dann fände ich auf meinem Rechner einiges vor zu den Rahmenbedingungen der Fernstraßenkonzeption im Süden von Hamburg. Ich bin wirklich gespannt nach Hause gegangen, aber was ich vorgefunden habe, waren zwölf bunte Bilder einer Präsentation, die Sie schon vorgestellt hatten. Das ist jedenfalls – Herr Kerstan, das will ich Ihnen heute noch einmal sagen – keine Informationspolitik, die das Ansinnen der Opposition respektiert. Das ist das glatte Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/1884 und 19/2839 an den Umweltausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/2839. – Wer möchte diesen annehmen?

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

– Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/1884 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann den Punkt 40 der Tagesordnung auf, Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Umweltbilanz durch die Einführung der Blauen Tonne in Hamburg.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Umweltbilanz durch die Einführung der Blauen
Tonne in Hamburg
– Drs 19/2761 –]**

Gibt es Wortmeldungen? – Frau Stöver, bitte.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Stadtwerken kommt ein weiteres Thema zum Klimaschutz. Die Blaue Tonne wurde Mitte letzten Jahres in Hamburg eingeführt. In vielen anderen deutschen Städten hat diese Blaue Tonne schon seit mehreren Jahren Einzug gehalten und die bislang bekannten Sammelcontainer sind weitestgehend aus dem Stadtbild verschwunden. Die offensichtlichen Vorteile für die Bürger sind, dass sie weiterhin eine kostenfreie Abfallentsorgung haben. Diese Abfallentsorgung passiert jetzt direkt vor ihrer Haustür und die Motivation zu noch mehr Mülltrennung erhöht sich. Sie werden das selbst vielleicht auch schon erkannt haben, dass eventuell wertvolles Papier schon einmal in den Hausmüll gewandert ist. Jetzt hat man die Möglichkeit, selbst Verpackungsmüll oder auch kleinere Papierzettel in die Blaue Tonne zu werfen, weil sie direkt vor der Haustür steht. Außerdem kommt ein positiver Nebeneffekt hinzu. Der Müll, der neben den Containern abgeladen wurde, weil diese überfüllt waren, muss jetzt von der Stadtreinigung nicht mehr entsorgt werden.

Ich möchte ganz kurz auf drei Aspekte der Blauen Tonne eingehen, die es seit der Einführung gibt, einmal auf die Grundlagen, warum die Blaue Tonne überhaupt eingeführt worden ist in Hamburg. Das war auf Initiative der BSU, die hat das Öko-Institut Freiburg beauftragt, in Hamburg das Klimaschutzpotenzial der Abfallwirtschaft zu untersuchen. Dabei lag der Schwerpunkt der Betrachtung bei den Siedlungsabfällen, weil dort die meisten kommunalen Eingriffsmöglichkeiten gegeben sind.

Ein wesentliches Ergebnis der Studie war, dass der Ausbau der Altpapierfassung das höchste Potenzial aufweist. Damit können auch Treibhausgas-Emissionen reduziert werden. Weiter hat die Studie belegt, dass in Hamburg ein relativ hoher Anteil an Altpapier über den Hausmüll entsorgt wird. Andere Großstädte wie Frankfurt oder Bremen sammeln deutlich mehr Altpapier aus privaten

Haushalten als Hamburg. Hamburg hatte hier also Optimierungspotenzial.

Eine Mengensteigerung insbesondere durch eine haushaltsnahe Erfassung des Altpapiers ist durch die Blaue Tonne erreichbar, auch in Bereichen, wo kein konzentrierter Geschosswohnungsbau möglich ist. Hamburgs Bürger profitieren von der Blauen Tonne. Die Erfassung von mehr Altpapier hält die Kosten der Müllentsorgung niedrig. Je weniger Papier in der Müllverbrennungsanlage landet, umso günstiger ist die Müllentsorgung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Des Weiteren ist die Müllentsorgung durch die Blaue Tonne kundenfreundlicher und natürlich auch bequemer für den Verbraucher geworden. Die Sammlung und Verwertung von gesammeltem Altpapier hilft, CO₂ einzusparen und ist ein großer Beitrag für den Klimaschutz.

Ich möchte ganz kurz die Bedeutung der Blauen Tonne oder der Altpapiersammlung für die Papierindustrie und für den Umweltschutz hervorheben. Der Papierbedarf wächst weltweit, das ist offensichtlich. Der Rohstoff für die Papierproduktion ist knapp. In Deutschland, der viertgrößten Papierindustrie der Welt, ist Altpapier der mengenmäßig wichtigste Rohstoff für die Papiererzeugung. Die Nachfrage nach Papierrohstoffen spiegelt sich in der Entwicklung der Altpapierpreise wider. Die gehen einmal hoch, einmal herunter, hier erwartet auch die Privatwirtschaft, dass die Altpapierpreise wieder steigen werden.

Neben der wirtschaftlichen Bedeutung von Altpapier für die Papierindustrie stellt natürlich auch das Recycling einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz dar, da eben bei der Produktion weniger Wasser und Energie benötigt wird, Emissionen und CO₂-Ausstoß sinken und das Abfallaufkommen insgesamt geringer ist.

Einen letzten Punkt möchte ich noch erwähnen, die öffentliche Berichterstattung. In der Vergangenheit wurden in der Presse vor allem die gesunkenen Altpapierpreise und die damit verbundenen geringeren Einnahmen für die Stadt thematisiert. Der eigentliche Sinn der Blauen Tonne, Klimaschutz und Umweltschutz sowie eine bequemere und verlässlichere und insgesamt kostengünstigere Müllentsorgung, wurde dabei außer Acht gelassen.

Die SPD hinterfragt allein die Wirtschaftlichkeit der Blauen Tonne vor dem Hintergrund der gesunkenen Altpapierpreise und lässt die ökologischen und ordnungspolitischen Aspekte dabei völlig außer Acht. Sie beunruhigt die Bürger, indem sie behauptet, die Gebühren würden steigen. Ob das der Fall ist, ist noch gar nicht sicher und ist auch nicht von ihr geprüft worden. Die SPD bringt die Blaue Tonne in Verruf, ohne den ökologischen Aspekt zu berücksichtigen.

(Birgit Stöver)

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Dr. Monika Schaal SPD*: Ach, das glauben Sie doch selber nicht!)

Der Antrag der CDU- und GAL-Fraktion zielt darauf ab, dass wir nun eine Bilanz erhalten.

(Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD – Wolfgang Beuß CDU*: Nun halten Sie sich mal zurück, Frau Schaal!)

Die Bilanz erbitten wir jetzt vom Senat. Die angesprochenen Punkte wie die Mengenentwicklung, die Frage, ob die Blaue Tonne wirklich ihre Überlegenheit gegenüber den anderen Sammelsystemen zeigt, ob sie einen Beitrag zum Umweltschutz und Klimaschutz leistet und so weiter, können Sie dem Antrag entnehmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Thimm.

Carola Thimm SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie hat bisher nur Geld gekostet und keines eingebracht. Die Rede ist diesmal nicht von der Elbphilharmonie, sondern von der Blauen Tonne; ein tolles Projekt, für jeden ist etwas dabei, für die CDU, für die GAL. Für die CDU: Der Altpapierverkauf bringt Geld ein, jedenfalls hat man das damals gedacht, als man dieses Projekt ins Leben gerufen hat. Für die GAL: Man kann mit Altpapierrecycling die Umwelt schonen, Ressourcen schonen. Insofern ist es eigentlich ein sehr schönes Projekt, ein Projekt, das die SPD auf jeden Fall auch unterstützt, denn das Ziel ist klar und gut. Eine flächendeckende Einrichtung der Blauen Tonne sollte erreicht werden.

Allein die Vorgehensweise zur Erreichung dieses Ziels haben wir in mehreren Kleinen Anfragen hinterfragt. Das Hinterfragen hinsichtlich der Kosten und auch der Umweltfreundlichkeit ist wichtig, richtig und notwendig, um das gute Projekt Altpapiersammlung mittels der Blauen Tonne im Sinne des Bürgers zu optimieren, denn darum geht es ja,

(Beifall bei der SPD)

und vor allen Dingen dieses System für den Bürger kostenfrei zu halten. Aus diesem Grunde sind unsere Kleinen Anfragen und die dadurch ausgelöste Diskussion in der Öffentlichkeit gerechtfertigt. Die Stadt spricht nun einmal über die Themen, die für sie interessant und aktuell sind. Als diese Diskussion lief, haben wir von der Koalition nichts gehört.

(*Dirk Kienschurf SPD*: So sind sie! – Beifall bei der SPD)

Es geht uns darum aufzuzeigen, wenn umweltpolitische Ziele verfehlt werden, und das ist Oppositionsarbeit.

Was haben nun unsere Nachfragen ergeben? Die Sammelergebnisse durch die Blaue Tonne sind weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben. Angepeilt wurden 120 000 Tonnen, tatsächlich eingesammelt wurden 70 000 Tonnen. Der zur Kalkulation herangezogene Papierpreis von 80 Euro pro Tonne entspricht nicht der Realität, er liegt derzeit weit unter 10 Euro, ich würde fast sagen, er tendiert gegen Null. Es sind weniger Blaue Tonnen aufgestellt worden sind, als ursprünglich gedacht war. Ende 2008 waren es 90 000 Stück, das entspricht 30 Prozent der Hamburger Haushalte. Vielleicht ist es jetzt ein bisschen mehr, aber über 50 Prozent kommen wir nicht hinaus.

Die Stadtreinigung rechnet für 2008 mit einer Unterdeckung für die Blaue Tonne von 6,8 Millionen Euro – lassen Sie sich diese Zahl einmal auf der Zunge zergehen –, ein Umstand, mit dem sich der Senat bis dato de facto nicht beschäftigt hat. Das ist nichts, was wir uns ausgedacht haben, das ist eine Antwort auf unsere Kleine Anfrage.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ungeheuerlich vor dem Hintergrund der desolaten Haushaltslage. Aber vielleicht gibt es diesbezüglich Überlegungen, die Sie uns heute noch vorstellen können. Von Frau Stöver habe ich dazu leider nichts gehört, aber es gibt noch zwei Nachredner, vielleicht kommt da noch etwas.

Um es noch einmal deutlich zu sagen, damit Sie mich nicht missverstehen: Wir werfen Ihnen nicht vor, dass der Papierpreis gesunken ist und damit Ihre Kalkulation nicht stimmt. Wir werfen Ihnen vor, nicht kalkuliert zu haben, dass der Papierpreis Schwankungen unterliegt. Sie hätten mehrere Szenarien betrachten können und müssen und entsprechende Handlungsweisen erarbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Anliegen ist es, dass die Bürger diesen Umstand nicht mit höheren Müllgebühren bezahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Einen weiteren Punkt möchte ich noch nennen. Eine haushaltsnahe Sammlung ist anderen Sammelsystemen in der Regel überlegen. Das ist natürlich sehr sinnvoll, aber dazu müssen dann auch alle Haushalte angeschlossen sein und die Möglichkeit haben, Altpapier zu sammeln. Das ist leider vor allem im Mietwohnungsbau noch nicht der Fall. Hier muss bei Hausbesitzern und bei Vermietern noch Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Dass überhaupt so eifrig Papier gesammelt wird und getrennt entsorgt wird, ist Ausdruck des Umweltbewusstseins der Menschen und der Bevölkerung. Deutschland ist mit über 64 Prozent Europa-meister im Recycling von Papier. Gerade diese hohe Motivation gilt es aufzugreifen und für unsere

(Carola Thimm)

Zwecke zu nutzen, denn unter den Top Ten der recyclingfreundlichsten Städte sucht man Hamburg tatsächlich vergebens. Das geht aus dem Papieratlas 2008 hervor, den die Initiative Pro Recyclingpapier jährlich herausgibt und in dem ein Wettbewerb der Städte ermittelt wird. Den Spitzenplatz nimmt Aachen ein.

(Wolfgang Beuß CDU: Marino, hast du das gehört?)

Nun kann man sagen, Aachen ist vielleicht nicht mit Hamburg vergleichbar. Aber auch Berlin und München sind vor uns, München sogar auf Platz 9. Das sind Städte, die nun tatsächlich mit Hamburg vergleichbar sind. Die SPD-Fraktion würde sich freuen, wenn die angehende Umwelthauptstadt Hamburg demnächst auch in den Top Ten der recyclingfreundlichsten Städte vertreten wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wir können alle, damit nehme ich meine Fraktion nicht aus, gleich morgen damit anfangen, das heißt, wenn wir in unseren Büros nur 3500 Blatt Recyclingpapier verwenden würden anstatt normalen Papiers – wenn Sie das tun, ist das sehr gut, dann gratuliere ich Ihnen dazu, wir tun es nicht, das muss ich selbstkritisch sagen, das werden wir ändern –, dann könnten wir damit einen ganzen Baum einsparen, der nicht gefällt werden müsste. Wir könnten so viel Wasser einsparen, dass davon eine komplette Fußballmannschaft nach einem so anstrengenden Spiel wie gestern duschen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade Sie dort vorne in der ersten Reihe, wir haben auch eine Vorbildfunktion nach außen, die wir wahrnehmen sollten. Das sehe ich jedenfalls so und das würde ich auch gerne in Zukunft tun. Darum vermissen wir in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren der Koalition, eine Aufforderung an den Senat, die Beschaffung und Verwendung von Recyclingpapier zu intensivieren. Der Preisverfall beim Altpapier kann nämlich auch damit aufgefangen werden, dass man verstärkt Recyclingpapier kauft.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem vermissen wir in Ihrem Antrag die Frage nach dem Weg des Altpapiers, nachdem es in der Tonne gelandet ist. Es kann wohl kaum von einer positiven Umweltbilanz, und darum geht es in Ihrem Antrag, gesprochen werden, wenn das Altpapier so lange zwischengelagert wird, dass es verrottet, oder nach Übersee verschifft wird, um dort mit den entsprechenden Abgasen und Umweltbelastungen aufbereitet zu werden. Eine Bilanz sollte aus unserer Sicht den kompletten Lebensweg des Altpapiers berücksichtigen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Trotz kritischer Anmerkungen wollen auch wir uns den durch den Antrag geforderten Bericht zur Einführung der Blauen Tonne nicht entgehen lassen und insofern unterstützen wir diesen Antrag

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der kommt auf jeden Fall!)

und freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss, die wir dann hoffentlich auch öffentlichkeitswirksam führen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal muss ich vorwegschicken, dass ich doch ein bisschen erstaunt bin, dass die SPD-Fraktion bei der Nutzung von Recyclingpapier so weit hinterher ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn jetzt vorgerechnet wird, was Sie alles einsparen können, dann ist das kein Grund zum Klatzen, wenn man noch nicht so weit vorangeschritten ist. Aber es wäre schön, wenn Sie das bald umstellen.

Wenn man über die Blaue Tonne debattiert, sollte man sich als Erstes ins Gedächtnis rufen, was eigentlich die Idee hinter der Blauen Tonne ist. Darauf hat Frau Stöver schon hingewiesen, nämlich dass die Altpapiersammlung ein wichtiger und richtiger Schritt ist, um Klima- und Umweltschutz zu betreiben. Frau Thimm, das haben Sie in Ihrem Redebeitrag auch erwähnt, das hat mir aber in der Debatte und in Ihren Kleinen Anfragen der letzten Monate doch sehr gefehlt.

Für die Papierproduktion werden weltweit Wälder abgeholzt. Dazu gehören auch Urwälder und Regenwälder, die einen enormen Anteil am Klimaschutz haben, indem sie CO₂ binden. Aber es steckt nicht nur ein wichtiger Klimaschutzaspekt dahinter, sondern Urwälder und Regenwälder leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt. Wenn wir diese Lebensräume zerstören, gehen viele Arten weltweit für immer verloren. Unser Beitrag zum Klimaschutz und zur Biodiversität kann und muss auch darin bestehen, dass wir Papier sammeln und wiederverwerten und eben nicht auf Papier zurückgreifen, das die Wälder weltweit in ihrem Bestand gefährdet.

Ein weiterer Punkt ist, dass durch das Recycling von Papier enorme Mengen an Wasser und Energie eingespart werden können. Um ein Beispiel zu nennen: Wenn man Recyclingpapier statt herkömmlichem Papier verwendet, dann spart man bei einer Million Blatt 15 Tonnen Holz, 150 000 Li-

(Jenny Weggen)

ter Wasser und 30 000 Kilowattstunden Energie, das sind enorme Mengen.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Aber dafür, dass man dieses Recycling betreiben kann, ist es notwendig, dass die Papiermengen dafür auch vorhanden sind. Wenn das Altpapier erst importiert werden muss, kostet das auch Geld und vor allem Energie, deshalb ist es auch wichtig, dass wir diese Mengen hier vor Ort haben. Das ist teilweise problematisch und deswegen müssen wir schauen, wie die Altpapiersammlung noch weiter ausgeweitet werden kann. Dadurch, dass Altpapier gesammelt und recycelt wird, wird aktiv Umwelt- und Klimaschutz betrieben und Altpapier ist ein wichtiger sekundärer Rohstoff und eben kein Müll. Das möchte ich noch einmal vorwegschicken, um zu verdeutlichen, was für ein wichtiger Umweltschutzaspekt dahinter steckt.

Ein weiteres wichtiges Argument für die Blaue Tonne ist, dass sie die Abfalltrennung enorm erleichtert, darauf ist Frau Stöver auch eingegangen. Man muss nicht umständlich erst zum nächsten Papiercontainer laufen oder sogar noch mit dem Auto dorthin fahren – man kann sich auch überlegen, was das für die Umweltbilanz bedeutet –, um dort das Altpapier durch diesen doch recht kleinen Schlitz zu stopfen, und man muss auch nicht immer den Tag im Auge haben, an dem das Papier vor der Haustür eingesammelt wird. Wenn man seine Altpapiertonne direkt vor der Haustür stehen hat, muss man keine umständlichen Wege in Kauf nehmen, sondern kann sein Altpapier jederzeit unproblematisch entsorgen. Die Versuchung, das Papier dann doch in den Hausmüll zu stopfen, wird etwas geringer. Das ist die grundsätzliche Idee hinter der Blauen Tonne und sie ist richtig.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber man muss auch damit umgehen, dass sich die Erwartungen an die Blaue Tonne bisher noch nicht in vollem Umfang erfüllen konnten. Leider konnte bisher nicht die gewünschte Menge an Altpapier gesammelt werden.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Es landet immer noch viel zu viel Papier im Hausmüll, das ist der eigentliche Punkt, den wir angehen müssen und genau das tun wir mit unserem Antrag. Wir fordern den Senat auf, ein Konzept zu erarbeiten und ich denke, dass wir das dann auch debattieren. Das ist der Beitrag des Parlaments, dass wir erst einmal ein Konzept abwarten und dieses dann diskutieren und weiter beraten. Sich dabei erst einmal auf eine Kostendebatte zu versteifen, wie Sie von der SPD das bisher getan haben, finde ich wirklich etwas zu kurz gedacht. Natürlich muss man auch einen bestimmten Preis bei der Kalkulation zugrunde legen. Rohstoffpreise schwanken, das wissen wir alle, das betrifft auch

die Preise für Altpapier und, liebe Frau Thimm, diese Preise können natürlich auch wieder steigen, das ist auch zu erwarten. Altpapier ist ein wichtiger sekundärer Rohstoff, deshalb muss man nicht davon ausgehen, dass der Preis auf Dauer so niedrig bleibt.

Deshalb ergibt sich dabei auch nicht zwangsläufig, dass die Blaue Tonne zukünftig Geld kostet, darauf ist Frau Stöver schon eingegangen. Die Blaue Tonne kann sich auch weiterhin finanziell tragen, auch wenn die Altpapierpreise niedriger sind, als sie es zum Zeitpunkt der Kalkulation waren. Im Übrigen ist gerade die kommunale Sammlung bei fallenden Altpapierpreisen eine Garantie dafür, dass das Altpapier auch wirklich entsorgt wird. Wenn es für gewerbliche Betriebe nämlich nicht mehr rentabel ist, kann die Entsorgung ins Stocken geraten und das kann dazu führen, dass das Papier nicht mehr eingesammelt wird und die Altpapierlager überquellen. Wenn man aber die politische Entscheidung trifft, dass man die Altpapiersammlung will, kann die Entsorgung im Interesse des Umwelt- und Klimaschutzes sichergestellt werden. Die Entsorgung von Altpapier durch die öffentliche Hand kann und soll auch gewährleisten, dass in allen Stadtteilen wirklich eine flächendeckende Versorgung mit Altpapiertonnen stattfindet, auch wenn sich die Einsammlung finanziell für gewerbliche Unternehmen dort nicht lohnt. Das sind wichtige Gründe dafür, dass wir die Altpapiersammlung auch weiterhin als kommunale Aufgabe begreifen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben in Hamburg die Entscheidung schon getroffen, dass wir die Blaue Tonne wollen, weil sie einen hohen Wert für den Klima- und Umweltschutz in Hamburg hat. Ich denke – das müssen wir auch noch einmal unterstreichen –, das tun wir mit unserem Antrag. Wir müssen mit den Problemen, die sich jetzt stellen, umgehen und sinnvolle Lösungen suchen. Die Ausweitung der Sammlung zu stoppen, wäre ein fatales Signal und nicht akzeptabel. Im Gegenteil, wir wollen jetzt prüfen, wie die Altpapiersammlung noch weiter ausgeweitet werden kann, wie wir die Ziele, die wir haben, auch wirklich erreichen können und was man in die Wege leiten muss, um dort hinzukommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Letzte in der Reihe hat man manchmal das Pech oder in diesem Fall das Glück, dass schon viele Argumente genannt wurden. Frau Thimm hat in einer differenzierten Art und Weise die Argumente für und gegen die Blaue

(Dora Heyenn)

Tonne dargelegt, was ich nicht besser machen kann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Dann kannst du dich ja wieder hinsetzen!)

Sie hat darauf hingewiesen, dass Deutschland Weltmeister in der Mülltrennung ist, wir wollen die Blaue Tonne und wir wollen sie auch behalten. Ich habe ein paar Bedenken, wir werden diesen Antrag unterstützen, wir möchten aber auf ein paar Gefahren hinweisen. Bei der Einführung der Blauen Tonne muss man sich entscheiden, warum man sie will. Will man sie aus Umweltschutzgründen oder will man mit Altpapier Geld verdienen? Ich finde, es sollte ein ganz klares Bekenntnis sein, dass das in erster Linie eine Umweltschutzfrage ist. Altpapier ist ein Rohstoff und Verbrennen kann überhaupt nicht infrage kommen.

Wir haben ein bisschen die Befürchtung, Frau Thimm hat darauf schon hingewiesen, dass, wenn sich der Preisverfall so weiterentwickelt, letztendlich dann doch dabei herauskommt, dass die Müllgebühr für die Blaue Tonne erhöht wird. Ich sehe das schon, ich sehe schon wieder die Nachtigall trapsen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das kann man hören!)

Wenn wir uns die Spiegelstriche 2, 3 und 4 anschauen und man sich ansieht, ob sich die Überlegenheit der Sammlung belegen lässt, könnte man daraus auch den Schluss ziehen, wenn das negativ beantwortet würde, dass das ein Grund wäre, die Blaue Tonne abzuschaffen. Das Gleiche gilt bei der Frage, ob die Altpapiersammlung auch einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leistet. Wenn das nicht der Fall ist, könnte man sie auch wieder abschaffen. Der kritischste Spiegelstrich ist für uns der vierte, da geht es nämlich um die Kosten der getrennten Altpapiersammlung. Wenn aus diesem Bericht dazu am 30. Juni herauskommt, dass die Kosten immens steigen, Frau Thimm hat schon eine Millionenzahl genannt, dann befürchten wir, dass dieser Bericht auch dazu führen kann, dass man daraus schließt, dass die Blaue Tonne abgeschafft wird. Das möchten wir nicht, wir unterstützen diesen Antrag unter der Voraussetzung, dass dieser Bericht nicht genutzt werden soll, um die Blaue Tonne abzuschaffen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/2761 seine

Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 43, Drucksache 19/2764, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Einzelhandelsstandorte attraktiver machen.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Einzelhandelsstandorte attraktiver machen
– Drs 19/2764 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Auf eine Debatte wurde einstimmig verzichtet.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2764 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/2764 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 13, der Drucksache 19/2410, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Schwimmstadt Hamburg – Was bringt die Bewerbung um die Schwimm-WM der Schwimminfrastruktur in Hamburg?

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Schwimmstadt Hamburg – Was bringt die Bewerbung um die Schwimm-WM der Schwimminfrastruktur in Hamburg?
– Drs 19/2410 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Timmermann, Sie haben das Wort.

Juliane Timmermann SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schwimmstadt Hamburg – Was bringt die Bewerbung um die Schwimm-WM der Schwimminfrastruktur in Hamburg? Dieser Frage aus der Großen Anfrage möchte ich mich unter Berücksichtigung dreier Aspekte insbesondere widmen, erstens der Beurteilung und Bewertung von Großveranstaltungen, hier der Schwimm-WM, zweitens möchte ich gerne den Aspekt Kinder und Jugendliche müssen schwimmen können und drittens die Rolle und Aufgabe der Bäderland GmbH betrachten.

Es geht doch um die Chance, die Schwimm-WM für den Hamburger Schwimmsport optimal zu nutzen und vor allem auch sinnvoll zu nutzen. Bei Sonnenschein und wahrscheinlich so prächtigem Wetter wie im Moment werden wir hoffentlich 2013 die Schwimm-WM in Hamburg haben. Die Wettkampfarenen sind in der Großen Anfrage benannt, insbesondere die für die Langstreckendisziplinen,

(Juliane Timmermann)

die Außenalster und Binnenalster möchte ich erwähnen. Ich glaube, dass wir der Schwimmelite ein Hamburg bieten können, das seinesgleichen sucht. Ich bin mir sicher, dass wir Hamburger und Hamburgerinnen die Schwimmer und Schwimmerinnen und ihre Bestleistungen euphorisch begrüßen und mit den Athleten gemeinsam feiern.

(Beifall bei der SPD)

Die Ambitionen einer Sportstadt und einer Schwimmstadt spiegeln sich jedoch nicht einzig und allein in der Bewerbung und Ausrichtung von Großveranstaltungen und einer stetig wachsenden Vermarktung von Sportereignissen wider, sondern müssen nachhaltig und stimmig in eine Gesamtkonzeption eingebunden werden. Wir wollen Großveranstaltungen, es geht jedoch darum, dieses Gesamtkonzept zu entwickeln. Hierbei vermissen wir zum Teil eine transparente Vergabe. Aus einer Kleinen Anfrage, die gerade vor zwei Tagen, glaube ich, zu der Ruder-EM gestellt wurde, wurde deutlich, dass zum einen sportliche Kriterien herangezogen werden und zum anderen Förderkriterien, einige werden prozentual bewertet, andere nicht. Dies machte wieder einmal deutlich, dass oftmals gegriffen wird, wer am lautesten schreit. Wir warten und freuen uns auf den Sportentwicklungsplan, der sicherlich eine Gesamtkonzeption darstellen wird.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um die Veranstaltungsakquise, sondern es geht auch darum, und das wurde auch in der Großen Anfrage deutlich, Hamburgerinnen und Hamburger für eine Schwimm-WM zu motivieren und zu begeistern. Dieses kann insbesondere dadurch geschehen, dass man das Hamburger Modell – das ist den meisten bekannt, ich nenne nur die Veranstaltungen Triathlon und Cycloclassics – auch für andere Großveranstaltungen und die Schwimm-WM zugrunde legt. Dieses Hamburger Modell beinhaltet, dass man versucht, Breitensport, Schulsport, Kinder- und Jugendwettkämpfe um eine solche Großveranstaltung herum zu gestalten. Ich glaube, dass dieses Akzeptanz und vor allem auch Begeisterung schürt und dass wir dieses auch für die Schwimm-WM versuchen müssen voranzutreiben. Dies fehlt in der Großen Anfrage bei dem ganzen Komplex, in dem es um die Schwimm-WM geht, und wir legen hierauf als SPD-Fraktion ein Augenmerk.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um eine Gesamtkonzeption geht, geht es nicht nur darum, Veranstaltungen marketingtechnisch aufzuarbeiten und Großveranstaltungen heranzuholen, sondern es bedeutet auch ganz besonders etwas für die Vereine und Verbände sowie für den Breitensport. Die Weiterentwicklung des Breitensports muss weiterhin forciert werden und dieses gelingt nur in einer Gesamtkonzeption, die mir

auch in diesem Punkt nicht ganz stimmig zu sein scheint. Ich möchte es an ein, zwei Punkten deutlich machen. Kinder und Jugendliche müssen schwimmen lernen, dieses ist nicht nur wichtig – ich glaube, wir sind uns dabei einig – für die Gesundheit, dass sie nicht bei diesem schönen Wetter ertrinken.

Die Badesaison wird gerade eröffnet, es müssen Kapazitäten geschaffen werden, das heißt, mehr Übungszeiten und mehr Schwimmzeiten. Aus der Großen Anfrage wurde deutlich, dass Sie 1,6 Millionen Euro für etwa 15 500 Stunden bereitstellen. Es gibt einen Boom sowohl beim Triathlon als auch bei Erwachsenen- und Kinderschwimmkursen. All dies wird immer mehr nachgefragt, doch sowohl die Hallenkapazitäten als auch die Schwimm- und Übungszeiten werden nicht mehr, hier ist eine Kehrtwende nötig.

(Beifall bei der SPD)

Die Begeisterungen bei der Fußball- oder Handball-WM – ich möchte noch einmal deutlich machen, warum das so ist – haben gezeigt, dass insbesondere nach einer solchen Großveranstaltung der Zulauf bei Sportvereinen besonders groß ist. Wir müssen im Vorwege, und daher sei auch noch einmal diese Gesamtkonzeption erwähnt, darauf eingestellt sein, dass bei einer gelungenen sportlichen Großveranstaltung wie der Schwimm-WM auch danach Kinder und Jugendliche begeistert sind, das Schwimmen zu erlernen und wettkampfmäßig zu betreiben. Ich glaube, dass Hamburg sportinfrastrukturmäßig nicht gut aufgestellt ist.

Ich möchte dazu noch ein Beispiel anführen, das für uns als SPD-Fraktion bedeutet, dass die Großveranstaltungen von Nutzen sind. Es wird deutlich, dass wir in zwei Punkten nachhaltige Sportinfrastrukturmaßnahmen beziehungsweise insbesondere Schwimminfrastrukturmaßnahmen haben. Das eine ist der Sprungturm, Sie erwähnen ihn in der Großen Anfrage, wir werden damit auf dem höchsten und besten Standard sein und sowohl der Olympiastützpunkt als auch andere Vereine und Verbände, die in diesem Bereich tätig sind, werden davon profitieren.

Das andere ist, dass das Kaifu-Schwimmbad modernisiert wird. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist. Die anderen Wettkampfstätten werden aber alle so gestaltet sein, dass Hamburg und die Hamburger und Hamburgerinnen nachhaltig nicht weiter davon profitieren und dass man sich bei einem Aufkommen von mehr als 20 Millionen Euro, die wir in die Hand nehmen, doch die Frage stellen muss, inwieweit Hamburg auch von einer Schwimm-WM in der Sportinfrastruktur weiter profitieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Wir haben explizit unter dem Kapitel frühkind-

(Juliane Timmermann)

liche Förderung im Schwimmbereich mehrere Fragekomplexe angerissen. Ich möchte vorwegschicken, dass mittlerweile bei den Fünfjährigen mehr als 90 Prozent der Kinder in Kita oder Vorschule sind. Bei einem solch hohen Organisationsgrad bleibt die Frage, inwieweit man nicht auch für die Fünfjährigen schon das Schwimmen systematisieren kann und sich wegbewegt von einem Angebot, das nur – in Führungsstrichen – zufällig durch Kooperationen von Schulen und Vereinen existiert. Hier werden wir eine politische Initiative schon einmal ankündigen und uns insbesondere bemühen zu erarbeiten, inwieweit man dort verbindlicher werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist es zum einen, dass Hamburg möglichst Schwimmstadt wird, zum anderen, dass Kinder und Jugendliche schwimmen lernen und wir uns von den erschreckenden Zahlen, bei denen wir im Moment sind, dass nur zwei Drittel der Hamburger Jugendlichen schwimmen können, abwenden und dort eine Verbesserung erlangen.

Das andere ist – darauf wird meine Kollege Herr Rabe auch gleich noch weiter eingehen, ich möchte das nur kurz erwähnen – der ganze Bereich des Schulschwimmens. Das ist das Schöne an dem Bereich Schwimmen, diese Querschnittsaufgabe beim Sport wird wieder deutlich, wir haben ganz viele Verknüpfungspunkte mit anderen Behörden. Das Schulschwimmen ist im Moment in einer Situation, in der die Zielvereinbarungen, die zwischen der Bäderland GmbH und dem Senat geschaffen worden sind, nicht erreicht wurden. Das Schulschwimmen muss konzeptionell überarbeitet werden und Sie müssen sich die Frage stellen lassen, wie man mehr Kindern das Schwimmen beibringen kann. Wir haben schon Anträge vorgelegt. Es geht darum zu schauen, inwieweit man Ferienkurse oder aber auch in Kess-2-Gebieten insbesondere kleinere Gruppen einrichten kann, um die Anzahl der Nichtschwimmer zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf einen dritten Fragenkomplex eingehen, und zwar die Rolle und Aufgabe der Bäderland GmbH. Die Bäderland GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie hat einen öffentlichen Auftrag, das ist sowohl die Versorgung der Stadt mit Schwimminfrastruktur als auch insbesondere, den Hamburger Kindern das Schwimmen beizubringen. Agieren tut sie im Moment nahezu als staatlicher Monopolist, so möchte ich das einmal nennen, der es im Moment verweigert Vereinen und Verbänden, die bereit sind, an der Schwimmoffensive mitzuwirken, weitere Hallenzeiten zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Ihnen dies einmal wörtlich vorlesen. So heißt es in einem Brief der Bäderland GmbH, sie lehne zusätzliche Anmietungen von Hallenzeiten ab, da diese in besonderer Weise mit den Unter-

nehmenszielen der Bäderland Hamburg kollidieren. Hier steht schwimmen lernen versus Unternehmensbilanz, so kann es nicht sein. Ich erwarte hierzu eine Stellungnahme des Senats.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch an dem Beispiel der DLRG deutlich machen, worum es geht. Die DLRG ist bereit, sich an dieser Schwimmoffensive, wie bereits erwähnt, zu beteiligen. Sie hat bei Erstschwimmkursen Wartelisten von bis zu einem Jahr. Sie ist bereit, für eine Bahn den vollen Betrag zu bezahlen und bekommt diese Antwort. Dieses können wir uns bei den bereits erwähnten Zahlen, dass nur zwei Drittel der Hamburger Kinder und Jugendlichen schwimmen können, nicht erlauben, es besteht akuter Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass wir über das Ziel, dass mehr Kinder und Jugendliche schwimmen lernen müssen, einer Meinung sind. Ich freue mich und ich sehe es als kritische, aber auch konstruktive Begleitung dieser Anfrage, um sportpolitisch insbesondere für das Schwimmen etwas zu erreichen. Ich glaube auch, die Lehrschwimmbecken, dazu will ich gar nicht groß weiter etwas sagen, haben gezeigt, dass Hartnäckigkeit sich auszahlt und man in der Opposition mitgestalten kann. Verstehen Sie dieses auch als ein kritisches Begleiten und Mitwirken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Kreuzmann.

Thomas Kreuzmann CDU:* Frau Timmermann, ich bin glücklich darüber, dass Sie zumindest jetzt über die Große Anfrage hinaus eine Zielformulierung abgegeben haben, nämlich dass Sie für die Schwimmstadt Hamburg sind und Hamburg eine Schwimmstadt werden soll. Das wurde aus der Großen Anfrage überhaupt nicht deutlich. Wenn man Ihre Große Anfrage liest, Frau Timmermann, dann zeigt sich deutlich, dass Sie weit über das Ziel hinausschießen, das Thema Schwimm-WM verwässern und damit baden gehen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Unser grundsätzlicher Dank richtet sich vor allem an den Deutschen Schwimmverband, der unserer Stadt das Vertrauen ausgesprochen hat und sich zusammen mit uns um die Schwimm-WM 2013 bewerben möchte. Aber nun Butter bei die Fische: Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, versuchen durch Ihre Fragen in der Großen Anfrage, vermeintliche Schwachstellen in der Hamburger Schwimminfrastruktur aufzudecken. Die Ant-

(Thomas Kreuzmann)

worten des Senats belegen aber, dass es diese nicht gibt.

(Wilfried Buss SPD: Ach was!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, natürlich ist das Bessere immer der Feind des Guten.

(Wilfried Buss SPD: Nein, wo haben Sie das denn her?)

Als Opposition ist es leicht, immer optimale Bedingungen zu fordern, als Sportpolitiker hätte ich auch so meine Wünsche. Aber wenn ich in meiner Fraktion nachfrage, dann geht es allen, den sozial-, den schul-, den innenpolitischen Kollegen und allen anderen auch nicht anders. Wir können aber nur jeden Euro einmal ausgeben.

(Wilfried Buss SPD: Nee!)

– Und das können Sie auch nur.

Wenn wir uns vielmehr ansehen, was bislang in Hamburg mit den vorhandenen Mitteln erreicht wurde, dann lässt das nur eine Schlussfolgerung zu: Die Arbeit des Senats kann sich sehen lassen und ist richtungsweisend für die ganze Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg hat im Vergleich mit anderen Großstädten ein dichtes Netz an Schwimmbädern und ist nicht nur quantitativ gut aufgestellt, sondern auch qualitativ.

(Karin Timmermann SPD: Glauben Sie das selber?)

– Ja, Frau Timmermann, davon bin ich überzeugt.

Die Bäderland GmbH erwirtschaftet mit ihren Bädern die Mittel für die Investitionsmaßnahmen vollständig selbst. In die Bäder wird fortlaufend investiert, dabei werden die Becken technisch auf den neuesten Stand gebracht und wenn möglich auch die Wasserflächen erneuert. Bestes Beispiel dafür ist das Festland in Altona als Ersatz für das Bismarckbad mit mehr als dreimal soviel Wasserfläche.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Auch für die acht Lehrschwimmbecken, die für das Schulschwimmen nicht mehr benötigt werden, ist eine Lösung in Sicht, dass diese vollständig energetisch saniert weiterbetrieben werden können.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das Geld reicht leider nicht!)

Gerade diese Becken sind, Frau Timmermann sprach davon, gut geeignet für frühkindliche Schwimmangebote in Kitas, um die Wassergewöhnung möglichst frühzeitig zu erreichen. Dazu kommt der Olympiastützpunkt in Dulsberg; für den Schwimmleistungssport gibt es dort hervorragende Bedingungen. Hamburg verfügt also insgesamt

über eine Infrastruktur für den Schwimmsport, die vorbildlich ist. Es stellt sich die Frage, was also die Schwimm-WM für Hamburg bringt. Sie als Opposition haben dem Senat in der Großen Anfrage auch diese Frage gestellt und ich habe mich über die Antwort des Senats gefreut, der dabei auf die Drucksache 19/1815 verwiesen hat.

Da außer dem Turmspringen alle Wettbewerbe in temporären Wettkampfstätten stattfinden sollen, wird sich an der Infrastruktur nicht viel ändern. Diese Entscheidung ist richtig, denn die Erfahrungen an anderen Austragungsorten zeigen, dass feste WM-fähige Schwimmhallen nach der WM nicht mehr kostendeckend betrieben werden können. Die WM 2013 wird den Schwimmsport in Hamburg aber stärker ins Licht der Öffentlichkeit rücken und – da sind wir pari, Frau Timmermann – wir wünschen uns, dass es uns genauso wie nach der Handball-WM gelingt, den Schwimmsport für die Jugendlichen attraktiver zu gestalten und attraktiver zu machen und zu erwirken, dass die Schwimmvereine einen höheren Zuspruch und neue Mitglieder erhalten. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden [SPD]:
Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was die Große Anfrage der SPD betrifft, habe ich nicht von Anfang an gewusst, worauf es heute in der Besprechung hinausläuft. Das liegt nicht an Ihnen, das liegt an der Anfrage. Deshalb versuche ich jetzt, darauf einzugehen, wie Frau Timmermann ihren Beitrag strukturiert hat. Der erste Punkt, den Sie nannten, war die Chance einer Schwimm-WM. Ich freue mich, dass die SPD sich nun dazu durchgerungen hat, die Bewerbung zur Schwimm-WM euphorisch zu feiern, nachdem Sie im Sportausschuss noch ziemlich große Bauchschmerzen mit der Finanzierung und überhaupt mit diesem ganzen Tatbestand zu haben schienen.

(Wilfried Buss SPD: Ja, das kostet ja auch Geld!)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie sich jetzt so darstellen, als ob wir die Bewerbung schon gewonnen hätten. Wir haben die WM noch nicht und so, wie Sie geredet haben, hörte sich das ein bisschen anders an. Die Bewerbung läuft und was sie tatsächlich für den Schwimmsport bringt, hängt auch ein bisschen davon ab wie die ganze Sache weitergeht. Man muss diese Bewerbung in gewisser Weise auch abgekoppelt sehen von dem, was im Schwimmsport als Breiten- oder Freizeitsport passiert, denn dies ist eines der Ereignisse im Wertsport, das mit die größte Strahlkraft hat und wes-

(Horst Becker)

halb wir uns auch darum bewerben. Unsere Bemühungen, Hamburg darüber hinaus zu einer Schwimmstadt zu entwickeln, stehen damit nicht im unmittelbaren Zusammenhang, vielleicht einmal abgesehen davon, dass wir eine neue Anlage im Kaifu bekommen oder, dass ein Sog, der eine solche Sportart betrifft, letztlich Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Sporttreibende hat, die sich für diese Sportart interessieren. Wenn das tatsächlich so ist, dann sollten wir sehen, welche Angebote und welche zusätzlichen Leistungen wir dafür noch entwickeln können.

(Beifall bei der GAL und bei *Rolf Harlinghausen CDU*)

Zum Thema Breitensport, Kinder- und Jugendsport hat die Anfrage ergeben, dass es eine ganze Menge Angebote gibt, dass wir auch im Bereich der Sportstätten in den letzten Jahren Fortschritte zu verzeichnen hatten; das Bad Festland ist schon erwähnt worden. Wir haben zwei Millionen Euro über das Konjunkturprogramm bekommen, um die Lehrschwimmbecken zu retten – eine große Leistung – und um Wasserzeiten zu sichern. Eine weitere Aufgabe sollte es sein, einen Neubau an der Dratelnstraße zu sichern und eine weitere Aufgabe muss es auch sein, die Situation im Bad Ohlsdorf zu verbessern. Dort sieht es eher so aus, dass die von den Vereinen in der Region gewünschten Verbesserungen durch die Umgestaltung auch von der SPD blockiert werden. Auf der einen Seite fordern Sie Verbesserungen, auf der anderen Seite laufen Sie denen hinterher, die Sie verhindern wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Was das Schulschwimmen betrifft, habe ich einen Antragsentwurf der Kollegen aus dem Schulausschuss gesehen, der bereits einen sehr vernünftigen Ansatz für eine Schulschwimmoffensive enthält und der auch gemeinsam weiter verfolgt werden sollte.

Zur Rolle der Bäderland GmbH muss man sagen, dass sie ein großes Angebot für alle Altersklassen, für gesundheitliche Prävention und Reha stellt. Vor allem werden die Qualität der Anlagen, der Neubau und die Restaurierung wirtschaftlich gesichert. Alles, was man dann von der politischen Ebene an Angeboten zusätzlich platzieren will, muss natürlich finanziert werden. Wenn es nötig und finanziell gewünscht ist, finde ich es richtig, wenn wir darüber diskutieren und zu solchen Leistungen kommen. Sie hatten das Angebot der DLRG erwähnt. Ich hatte mich persönlich erfolglos um eine Ausweitung der Wasserzeiten für die DLRG bemüht, was ich sehr bedauere. Ich denke, dass wir an der Stelle vielleicht noch ein bisschen weiterkommen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Becker, tun wir doch einmal einen Moment so – sonst macht die Anfrage oder der Titel wirklich keinen Sinn –, als ob Hamburg den Zuschlag in der Bewerbung bekäme. Wenn das der Fall ist, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das für die Schwimminfrastruktur in Hamburg hat.

Erstens: Wenn ich das richtig gelesen habe, und Sie haben das eben noch einmal bestätigt, dann ist das, was Hamburg nachhaltig von diesem Schwimmereignis hat, für die Infrastruktur des Schwimmens ziemlich bescheiden. Sie haben das positiv gesehen, auch die CDU findet es heute ganz gut, dass wir mit aufblasbaren und wieder einklappbaren Becken arbeiten; das mag wohl so sein. Die 23,5 Millionen Euro, die Sie dafür investieren wollen, haben jedenfalls einen ganz geringen nachhaltigen Effekt auf das, was wir als Infrastruktur brauchen.

Zweitens: Es wird auch noch einmal deutlich, dass die Proportionen nicht stimmen. Es geht um 23,5 Millionen Euro für Hamburg und es geht um 150 000 Euro für den Bund. Diese Relation erschüttert mich. Ihnen ist bekannt, dass wir wegen dieser Disproportion und mangelnden Nachhaltigkeit diesem Projekt nicht zustimmen.

Drittens: Ich fand, vielleicht im Unterschied zu Ihnen, dass diese Anfrage und die Antwort eine ganze Menge an Informationen über die Infrastruktur zu Tage gebracht haben, an die ich sonst nicht herangekommen wäre. Insofern war es schon verdienstvoll, diese Anfrage zu machen.

Viertens: Wenn der Senat im Vorspann erklärt – Sie haben das eben noch einmal unterstrichen –, dass in Hamburg in erheblichem Umfang in Bäder investiert wird, dass eigentlich alles super und klasse sei, dass die Schwimmfähigkeit der Hamburger Schulkinder bereits über dem Niveau liege, das wir früher hatten, dann übertreffen Sie mit so viel Schönrederei auf einem Haufen selbst Ihren Finanzsenator.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das ist, ehrlich gesagt, ein starkes Stück, als wenn wir nicht schon über Wochen und Monate hinweg das Drama mit diesen überflüssigen Lehrschwimmbecken hätten. Ich nehme an, dass Herr Rabe auch etwas dazu sagen wird. Was das Niveau der Schwimmfähigkeit angeht, ist das nun wirklich kein Ruhmesblatt für diese Stadt. Ich kann nicht erkennen, – aber vielleicht ist das auch unser Problem –, dass sich durch die Schwimm-WM daran etwas ändert.

(Dr. Joachim Bischoff)

Abschließende Bemerkung: Sie rühmen Bäderland. Wir sind uns einig, dass Bäderland ein kommunales Unternehmen ist. Wenn ich mir die Preisstruktur ansehe und wie da faktisch ausgegrenzt wird, dann müssen wir – Herr Kruse hat es aufgeworfen – uns dringend Gedanken darüber machen, was eigentlich der Charakter solcher Unternehmen ist und

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nicht Schulden zu machen!)

was ihr Beitrag für die Infrastruktur der Stadt sein kann. Ich bin jedenfalls, das sage ich ganz offen für die Fraktion, zum Teil ziemlich verwundert über die Geschäftspolitik. Herr Hesse, ein Letztes möchte ich Ihnen mit auf den Weg gebe: Wir haben 240 Beteiligungen, bei denen die Hansestadt Hamburg die Mehrheit besitzt. Wir haben einen Unterausschuss "Vermögen und Öffentliche Unternehmen", der so gut wie nichts unternimmt, um diese Unternehmen systematisch zu kontrollieren und ihre Geschäftspolitik einem kritischen Diskurs zu unterwerfen. Dafür sind Sie verantwortlich und nicht wir.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus-Peter Hesse CDU: Das sehe ich ganz anders!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zum einen freue ich mich über die breite Unterstützung aus Politik, Wirtschaft und Sportvereinen, die es ermöglicht hat, dass sich Hamburg zusammen mit dem DSV zur Schwimmweltmeisterschaft bewirbt. Die Entscheidung fällt, Herr Becker hat darauf hingewiesen und das ist auch wichtig, erst am 18. Juli dieses Jahres in Rom. Wir müssen noch die Daumen drücken, dass es wirklich klappt. Aber das hat natürlich keine Auswirkungen darauf, dass wir uns intensiv für das Schwimmen in Hamburg einsetzen, egal ob die Weltmeisterschaft kommt oder nicht. Auf der anderen Seite ist es unstrittig, dass die Ausrichtung von Großveranstaltungen ein wichtiges Element für die Positionierung von Hamburg als Sportstadt ist und nicht nur als Sportstadt, sondern von einer großen Weltmeisterschaft gehen natürlich viele wichtige werbende Bilder für Hamburg rund um die Welt und das ist auch wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich freue mich, Frau Timmermann, dass Sie genau wie ich davon überzeugt sind, dass dieses Hamburger Modell wirklich sehr gut ist und dass wir das noch weiter fortentwickeln müssen, weil es eine hervorragende Maßnahme ist, um große Sportereignisse mit dem Breitensport zu verknüpfen. Herr Bischoff, ich stimme Ihnen zu, dass natürlich noch

längst nicht alles – in Anführungsstrichen – superklasse ist. Wie könnte es das auch sein, dann bräuchten wir alle gar nicht zu arbeiten und uns darum zu bemühen.

Uns geht es mit dieser Bewerbung um einiges mehr. Deshalb haben wir natürlich die Planung nachhaltig und sehr stimmig in die Gesamtkonzeption der Sportstadt und auch der Schwimmstadt Hamburg eingebettet. Das kann man auch ganz schlicht begründen.

(Wilfried Buss SPD: Na!)

Hamburg hat gute Voraussetzungen. Immerhin wird in Hamburg regelmäßig in erheblichem Umfang in die Bäder investiert. Das Investitionsprogramm beträgt seit dem Jahr 1995 – lieber Herr Buss, das wissen Sie wahrscheinlich nicht – fast 200 Millionen Euro und das ist doch wirklich eine ganze Menge, das ist bis jetzt zu zwei Drittel umgesetzt worden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dazu kommen jährlich, das ist auch wichtig, 4 Millionen Euro für Unterhaltungsmaßnahmen. Dass wir zudem alle gerade gekämpft haben, uns geeignet und einen Weg gefunden haben zur Erhaltung der Lehrschwimmbecken, wurde schon erwähnt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Einstimmig!)

Ich habe mich auch sehr über diese einstimmige Empfehlung des Sportausschusses gefreut. Liebe Frau Timmermann, auch wenn es im Moment aus Ihrer Wahrnehmung noch nicht so aussieht, aber ein weiterer Pluspunkt der Schwimmstadt Hamburg ist das Schulschwimmen. Durch die Übernahme des Hamburger Schulschwimmens durch Bäderland zum Schuljahr 2006/2007 ist die Situation der Schwimmbildung der Hamburger Schülerinnen und Schüler nachhaltig verbessert worden und das ist nachweisbar.

(Wilfried Buss SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Ich möchte Sie ein bisschen mitnehmen in die Debatte der Fachwissenschaftler, das ist leider notwendig, aber ich denke, auch Bürgerschaftsabgeordnete sind bereit, sich mit fachlichen Dingen auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Nicht alle!)

Die Schwimmfähigkeit der Hamburger Schulkinder liegt nachweislich bereits jetzt über dem Niveau, das vor der Neuorganisation des Schulschwimmens erreicht wurde. Bevor ich darauf etwas detaillierter zurückkomme, möchte ich kurz erwähnen, dass natürlich auch die Leistungssportförderung dem Schwimmen zugutekommt und in Hamburg einen Schwerpunkt hat. Schwimmen gehört hier zu den Schwerpunktsportarten. Wir haben den Bundesstützpunkt mit der guten Infrastruktur im Olympiastützpunkt und wir bewerben uns – es ist

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

auch wichtig, dass man nicht nur von Leistungs-sportevents redet – auch für die Deutschen Masters Schwimmmeisterschaften 2010. Da haben wir den Zuschlag schon bekommen, wir werden sie ausrichten und wir haben uns für die Europameisterschaften der Masters im Wasserball beworben, weil es eben Breitensportveranstaltungen sind, die immer mehr Anhänger finden. Insofern ist das ein gutes Grundrauschen, wenn Sie so wollen, für das, was wir insbesondere in Bezug auf die Kinder zu tun gedenken und auch schon getan haben, denn die entscheidende Frage ist, woran man eigentlich Schwimmfähigkeit misst. Die gängige Gleichsetzung – ich fände es schön, wenn Sie das einmal gedanklich mit nachvollziehen würden – von Schwimmfähigkeit mit den Anforderungen des Jugendschwimmabzeichens Bronze wird in bundesweiten Fachdebatten zunehmend infrage gestellt.

(Ties Rabe SPD: Das ist ja auch kein Wunder!)

Die Fachleute diskutieren daher derzeit intensiv über Alternativmodelle, die die Schwimmfähigkeit und Wassersicherheit stärken und besser messbar machen. Weil dringender Handlungsbedarf besteht – da sind wir uns quer durch alle Fraktionen einig –, haben wir wesentliche Erkenntnisse dieser Fachdiskussion bereits in das Schulschwimmkonzept integriert, das von Bäderland seit fast drei Jahren umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

In Sachen Fähigkeitsbemessung befinden wir uns allerdings mit dem neuen Schwimmunterricht in einem Dilemma. Dadurch, dass er sich eben nicht allein auf die in Schwimmprüfungen abgeforderten Fertigkeiten beschränkt, sind die Kompetenzen der Kinder schwer messbar. Die vorliegenden Zahlen, dass 31 Prozent der Viertklässler und 16 Prozent der Sechstklässler kein Bronzeabzeichen haben, sagen also wenig über die tatsächliche Schwimmfähigkeit oder Wassersicherheit aus. Dass diese Kinder nicht schwimmen können, darf daraus schon gar nicht geschlossen werden, im Gegenteil. Die ersten Erfahrungen aus dem neuen Hamburger Schulschwimmen haben gezeigt, dass die Kinder, die nach diesem neuen Konzept unterrichtet wurden, über ein deutlich höheres Maß an Wassersicherheit verfügen als diejenigen, die Schwimmkurse besucht haben, in denen primär auf die Jugendschwimmabzeichen hintrainiert wurde.

Wir wollen in Hamburg jetzt und auch in Zukunft das Schwimmen aktiv weiterentwickeln. Daher sind vor vier Wochen auf Einladung der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Bäderland Hamburg GmbH rund 90 Fachleute aus dem ganzen Bundesgebiet in Hamburg zusammengekommen, um Ansätze zur bundesweiten Neuorientierung des Anfängerschwimmens weiterzuentwickeln und zu einer allgemein gültigen Neubewertung von

Schwimmabzeichen zu kommen. Dabei war Hamburg ein ganz wichtiger Impulsgeber.

Uns ist klar, dass ein besonderes Augenmerk darauf liegen muss, dass wirklich alle Hamburger Kinder schwimmen lernen. Die Integration von sozial benachteiligten Kindern ist dabei natürlich ein Schwerpunktthema, weil dort besondere Defizite in der Schwimmfähigkeit erkannt werden. Es muss also nicht allein Kids in die Clubs, sondern auch Kids in die Pools heißen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir stellen uns sehr gerne und mit großer Überzeugung dieser Herausforderung, auch wenn es uns bewusst ist, dass das ein langer Weg sein wird. Aber es lohnt sich, schließlich geht es um die Hamburger Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rabe.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt kriegen wir wieder unsere Beschlüsse vorgetragen!)

Ties Rabe SPD:* – Ja.

Ich soll eigentlich eine versöhnliche Rede halten, damit Frau Heyenn uns nicht wieder so böse ist, aber ich frage mich, Frau von Welck, warum trifft sich eigentlich der Senat immer dienstags in diesem wunderbaren Raum. Sie hätten Ihre Rede vorher mit Frau Goetsch abstimmen sollen, denn die Erkenntnisse des Schulausschusses zum Thema Schulschwimmen sind doch deutlich anders als das, was Sie eben referiert haben.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Alle Fraktionen sind der Meinung, dass die Schwimmfähigkeit der Hamburger Schülerinnen und Schüler beileibe nicht ausreicht. Selbst die CDU ist dieser Meinung und zwar deshalb, weil sie 2006 selbst Zielvorgaben formuliert hat, Sie haben das zitiert. Diese Zielvorgaben sehen vor, dass insgesamt 95 Prozent der Viertklässler das sogenannte Seepferdchen schaffen sollen und von diesen 95 Prozent wiederum 75 Prozent das Jugendschwimmabzeichen in Bronze. Stellen wir einmal bei aller Lobhudelei ganz nüchtern fest: Das kann man alles unter Rhetorik abtun, diese Zahlen werden bei Weitem nicht erreicht und das muss dringend besser werden.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Ich neige dazu, ab und zu Zahlen, Fakten und Argumente abzufragen. Die Kleinen Anfragen dazu haben relativ klar ergeben, dass die Schwimmfähigkeit der Kinder nach Klasse 4 bei 67 Prozent

(Ties Rabe)

liegt und – das muss man dazu noch sagen – sie verteilt sich höchst ungerecht über die Stadt. In Wellingsbüttel und Volksdorf gelingt es den Kindern teilweise zu 95 Prozent eines Jahrgangs, dieses Jugendschwimmabzeichen in Bronze zu schaffen. Am schlechtesten schwimmen kann man in Wilhelmsburg, aber auch in Billstedt, Horn und anderen Stadtteilen, die eher als benachteiligt gelten, wo manchmal die Hälfte der Kinder nach der vierten Klasse noch nicht schwimmen kann und das müssen wir erst einmal ändern.

(Beifall bei der SPD)

Der Schulausschuss hat dazu auf Anregung der SPD eine Expertenanhörung gemacht und wir sind eigentlich einen guten Schritt vorangekommen, um gemeinsam dieses Thema weiter zu bewegen. Wir haben dabei nicht nur festgestellt, dass es Handlungsbedarf gibt, sondern wir haben Lösungsmöglichkeiten skizziert, unter anderem, dass der Schwimmunterricht vielleicht sogar vorgezogen wird auf die Klasse 2, weil die Kinder nach Aussage der Schwimmlehrer dort wesentlich besser lernen können. Vielleicht können auch weitere Kursangebote gemacht werden zusammen mit der DLRG, zusammen mit Sportvereinen, und insbesondere die Schulen, die in den sozial benachteiligten Stadtteilen liegen und wo die Zahlen nicht erreicht werden, zusätzliche Schwimmzeiten bekommen. Vielleicht können auch Klassenreisen zum Thema Schwimmen veranstaltet werden. All das soll Teil eines Maßnahmenpaketes werden, das der Schulausschuss derzeit sehr einvernehmlich berät, aber auch unter der Maßgabe, dass da etwas nicht ganz gut ist und besser werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen, dass diese Maßnahmen ein wichtiger Schritt sind und das, was bisher an Gemeinsamkeit erkennbar ist, macht uns im Hinblick auf mögliche Lösungen sehr mutig. Ich will aber zum Schluss auch darauf hinweisen, dass das Bäderland-Konzept, so wie es vorgestellt worden ist, uns nach wie vor Bauchweh macht und dieses Bauchweh sollten wir alle haben. Schwimmunterricht bedeutet ja nicht nur, dass wir die Kinder vor dem Ertrinken retten wollen. Wir haben auch Sportunterricht und hören auch nicht damit auf, wenn die Kinder laufen können. Laufen, aber auch Schwimmen, ist eine Sportart, die Freude an der Bewegung vermittelt. Wenn wir über die Schwimmstadt Hamburg reden, dann kommt es nicht nur darauf an, dass unsere Schülerinnen und Schüler sich irgendwie über Wasser halten können und nicht ertrinken, sondern dass sie als Nachfolger von Sandra Völker auch richtig gut schwimmen können.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Da sehen wir in der Tat noch Löcher im Bäderland-Konzept, das erst einmal darauf abzielen muss, die

Schwimmfähigkeit zu erhöhen, aber darüber hinaus auch einen richtigen Sportunterricht wachsen lassen muss.

Zum guten Schluss: Wir haben viele Vereine, wir haben Vereinigungen, wir haben den DLRG, die gesagt haben, dass sie dabei mithelfen. Das hat uns allen im Ausschuss sehr gut gefallen und wir sehen dort Ansatzpunkte, zusammen mit der Senatorin die Defizite voranzubringen. Aber an der Stelle muss sich auch die Bäderland bewegen. Dieser Kleinkrieg, den wir im Ausschuss gesehen haben, dass die Bäderland nach wie vor den willigen Sportvereinen den Zugang verbietet und aus Konkurrenzgründen selbst zahlenden Sportvereinen nicht genehmigt, zusätzliche Sportkurse abzuhalten, das muss ein Ende haben. Das ist eine Initiative, die wir im Sportausschuss noch einmal beraten müssen, damit da Friede herrscht, damit wir wirklich eine Schwimmstadt werden und die Kinder nicht nur Schwimmer, sondern auch Schwimmsportler werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ganz kurz vorweg zu Herrn Rabe. Ich finde es schön, dass Sie die Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag hier vom Pult aus mitteilen. Ich werte das so, dass Sie den Entwurf positiv bewertet haben.

(Wilfried Buss SPD: Super Anfang!)

Ich möchte noch einen Punkt ausführen, bei dem ich nicht Ihrer Meinung bin. Sie haben die Feststellung von Frau Senatorin von Welck kritisiert, dass sich die Schwimmfähigkeit der Kinder verbessert habe und haben gesagt, das wäre nicht so. Fakt ist allerdings, dass wir im Ausschuss und auch in der Expertenanhörung gehört haben, dass die Kinder eine bessere Schwimmfähigkeit haben, technisch besser gleiten können, Rückenschwimmen, was sie vorher nicht konnten, und das alles dadurch, dass der Schwimmunterricht jetzt durch die Schwimmmeister bei Bäderland durchgeführt wird.

Worin wir uns allerdings einig waren, aber das ist etwas anderes als die Frage, ob sich die Schwimmfähigkeit verbessert hat, ist, dass die Zielvereinbarung, die die Freie und Hansestadt Hamburg mit der Bäderland GmbH vereinbart hat, nicht erreicht wurde, was die Zahl der gemachten Abzeichen, sei es Seepferdchen oder das Jugendabzeichen in Bronze, betrifft. Wir waren uns einig darin, dass es vor allem eine Diskrepanz zwischen der Verteilung der Schwimmfähigkeit oder des Erreichens der Abzeichen nach sozialen Kriterien

(Michael Gwosdz)

gibt. In einigen Stadtteilen gibt es eben ein deutlich schlechteres Ergebnis als in anderen Stadtteilen. Deswegen sind wir uns eigentlich auch so weit einig, wie Sie es referiert haben, dass wir durchaus versuchen müssen, noch bessere Ergebnisse zu erreichen und deswegen den Schwimmunterricht auch in den Regionen zu intensivieren, in denen die Ziele deutlich verfehlt werden. Das sind eben insbesondere die sozialen Brennpunkte und deswegen lässt sich, orientiert an den KESS-1/2-Kriterien, sagen, da kann man eventuell mehr machen, eventuell auch mit Schwimmreisen. All das haben wir im Ausschuss besprochen, das heißt, dass wir durchaus gemeinsam erkannt haben, dass es noch mehr Bedarf gibt, was aber nicht heißt, dass sich nicht insgesamt schon einiges zum Besseren gewandelt hat.

Abschließend noch ein Punkt, den ich jetzt im Zuge der Zeit einfach wieder weglasse.

(Heiterkeit – Dr. Andreas Dressel SPD: Der ist jetzt untergegluckert!)

– Der ist jetzt untergegluckert, genau.

Ich freue mich aber auf jeden Fall, dass wir uns so weit doch annähern und eine Einigkeit erreichen dahingehend, dass sich etwas zum Besseren ergeben muss. Letzten Endes bin ich aber überrascht, dass Sie sich derart in das Thema Schulschwimmen verbeißen, dass wir das jetzt schon wiederholt hier im Plenum debattieren. Es ist die Frage, ob es das allerwichtigste Thema der Hamburger Schulpolitik ist, sodass wir es jahrelang ausführlich bearbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 19/2410 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 11 der Tagesordnung, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Hamburger Pressemarkt, publizistische Vielfalt.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Hamburger Pressemarkt, publizistische Vielfalt – Drs 19/2408 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Artus bitte.

Kersten Artus DIE LINKE:* Die Presse ist fast weg, reden wir über die Presse.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Qualität ist nicht gleich Quantität. Diese allseits akzeptierte Weisheit möchte ich voranstellen, bevor

ich den Senat mit meiner Kritik an den Antworten auf die Große Anfrage meiner Fraktion konfrontiere. Unsere 50 Fragen rund um den Hamburger Pressemarkt und zur publizistischen Vielfalt waren dringend notwendig. Ich kenne keinen vergleichbaren Fragenkatalog, der das Wissen und die Kompetenz der Hamburger Regierung in diesem Bereich der Medienpolitik abfragt und der ihr gleichzeitig Gelegenheit hätte geben können, ihre medienpolitische Kompetenz darzustellen. Nun umfassen unsere Fragen und die Antworten dazu insgesamt 14 Seiten. Ich möchte vorsichtig sagen, dass dies eine mehr als übersichtliche Stellungnahme geworden ist.

Bevor ich auf einige konkrete Inhalte Ihrer Antworten eingehe, möchte ich anmerken, dass sich die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE an eine Große Anfrage der SPD in Nordrhein-Westfalen anlehnt, die dort Anfang Februar 2009 beantwortet wurde. Sie umfasst, raten Sie einmal, 76 Seiten.

(Zuruf von Wolfgang Beuß CDU)

– Das sagte ich eingangs, Herr Beuß.

Das mag, möchte man wohlwollend meinen, an dem vielfältigeren Pressemarkt in Nordrhein-Westfalen liegen und an dem doch nennenswert größeren Umfang des Bundeslandes, es ist über 34 000 Quadratkilometer groß und hat 18 Millionen Einwohner. Hamburg umfasst etwas über 755 Quadratkilometer mit nur einem Zehntel Einwohnerinnen und Einwohner. Aber wenn sich die DIE LINKE in Frage 1 danach erkundigt, wie sich die Zeitungen und Zeitschriften und die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage seit 1999 in Hamburg entwickelt haben, dann erwarten wir keine Zahlen von 1999 und von 2008, dann erwarten wir in Bezug auf die Auflagenentwicklung und Marktanteile Zahlen von 1999 bis 2008. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Sie derartige Zahlen nicht ausweisen.

Frage 2 haben Sie schlichtweg unvollständig beziehungsweise fehlerhaft beantwortet. Wir haben nach allen Zeitungen und Zeitschriften gefragt, die in Hamburg gelesen werden, und nicht nur nach jenen, die auch in Hamburg erstellt werden. Zeitschriften haben Sie gar nicht aufgelistet. Wir haben nicht unbedingt damit gerechnet, dass der zuständigen Behörde die angefragten Daten vorliegen, wir haben aber damit gerechnet, dass sie sich diese beschafft. Die Folge dieser unzureichenden beziehungsweise fehlerhaften Antworten ist, dass die Bürgerschaft und auch die interessierte Öffentlichkeit sich überhaupt kein Bild davon verschaffen kann, wie der Pressemarkt in Hamburg aussieht. Mir ist außerdem neu, dass in Hamburg nur Presse verkauft wird, die in Hamburg produziert wird.

So lesen sich nämlich einige Antworten auf unsere Anfrage. Der Pressemarkt in Hamburg besteht aber nicht nur aus der Produktion von Presse, son-

(Kersten Artus)

dern umfasst auch den Vertrieb und den Verkauf bundesdeutscher und auch ausländischer Presse. Es mag ja sein, dass die zuständige Behörde etwas eingegrenzt denkt, aber ich habe den Hinweis auf Seite 3 gelesen, in dem angemerkt wird, dass in Hamburg erstellte Presseerzeugnisse auch außerhalb von Hamburg gelesen werden. Also hätte haarscharf rückgeschlossen werden können, dass es Presseerzeugnisse gibt, die außerhalb Hamburgs erstellt und in Hamburg verkauft und gelesen werden. Hätten Sie zudem Kenntnis davon gehabt, dass es in Hamburg auch zwei Grossisten gibt, die gemäß Artikel 5 Grundgesetz alle Zeitungen und Zeitschriften ausliefern, auch außerhalb Hamburgs, wäre der Senat auch von selbst darauf gekommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Senat keine Kenntnis davon gehabt hat.

(Viviane Spethmann CDU: Wofür ist denn das wichtig?)

Ich wage es nicht einmal zu denken, also denke ich etwas anderes. Ich denke mir, dass der Senat sich das möglicherweise so gedacht hat: Wenn DIE LINKE nur acht von 121 Plätzen in der Bürgerschaft hat, bekommt sie auch nur anteilig Antworten.

(Wolfgang Beuß CDU: Oh nee!)

Gedanklich hat uns der Senat zudem auf Holzstühle gesetzt, wenn ich mir die Qualität der Antworten ansehe. Äußerst bedauerlich ist, dass der Senat nicht über Kenntnisse darüber verfügt, wie die Zeitungsdichte in den einzelnen Stadtteilen Hamburgs ist. Dies wäre nicht nur eine spannende, aufschlussreiche Aussage, sie ist mit Sicherheit auch in Erfahrung zu bringen, wenn ich darüber nachdenke, dass auch jemand Zeitungen und Zeitschriften ausliefert, es also auch genaue Zahlen über die Verteilung von Presse im Stadtgebiet gibt.

(Olaf Ohlsen CDU: Die Wochenblätter haben Sie vergessen!)

Der Senat weiß nicht einmal, welche Redaktionen ausländischer Zeitungen und Zeitschriften in Hamburg Redaktionsbüros unterhalten beziehungsweise von Korrespondentinnen und Korrespondenten vertreten sind. Auch dies finde ich mangelhaft.

Bis zum 24. März 2009 dachte ich, ich lebe in einer Metropole, in einer Weltstadt. Jetzt weiß ich, ich lebe in der tiefsten Provinz, zumindest gemessen am Wissensstand des Senats zu Fragen des Hamburger Pressemarkts.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Dass der Senat keine Antwort darauf weiß, wie es sich mit den Beschäftigten in der Presse verhält, ist mehr als bedauerlich. Wie will er denn Medienpolitik für das gedruckte Wort betreiben, wenn ihm nicht bekannt ist, wie viele Menschen in welchen Berufsgruppen, in welchen Geschlechterverhältnis-

sen überhaupt bei Zeitungen und Zeitschriften arbeiten, um so wertvolle Daten zu erhalten, die für die anhaltende Umbruchsituation der Medienlandschaft benötigt würden,

(Zurufe von der CDU)

um Politik zu entwickeln? Wie soll der Senat Erkenntnisse über die Anforderungen an Ausbildung in den Medien gewinnen, wenn er keine Daten über die Beschäftigten hat beziehungsweise nicht in der Lage ist, sie sich zu beschaffen?

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch dummes Zeug!)

Für Nordrhein-Westfalen gibt es übrigens eine Statistik, die die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach den verschiedenen Presstypen auflistet. Warum gibt es eine solche Statistik nicht für Hamburg? Auch kann Nordrhein-Westfalen die Aufteilung nach Geschlechtern aufweisen. Wieso geht das dort und in Hamburg nicht?

(Wolfgang Beuß CDU: Wo ist denn die politische Stoßrichtung?)

Ich halte diese Fragen ernsthaft für beantwortungswürdig beziehungsweise es muss nachgebessert werden.

Leider hat sich der Senat, wie in der Antwort auf Frage 14 zu lesen ist, auch mit einer weiteren ganz wesentlichen Fragestellung, die Mediensituation in Deutschland und Hamburg betreffend, noch nicht einmal befasst. Wie beurteilt der Senat die Zukunftsaussichten der Hamburger Tageszeitungen und Zeitschriften im intermedialen Wettbewerb? Gar nicht, steht da als Antwort.

(Wolfgang Beuß CDU: Richtig!)

Ehrlich gesagt, das ist ohne Worte. Es ist doch deutlich, in welcher Umbruchsituation sich die Hamburger Medienlandschaft befindet, unter anderem durch das veränderte Mediennutzungsverhalten der Menschen, insbesondere der Jugend, hervorgerufen. Die Nutzung des Internets ist häufig die einzige Informationsquelle für sie und dies stellt hohe Anforderungen an das Kulturgut gedrucktes Wort und die Ausbildung dafür. Das bedeutet, Senat und Bürgerschaft müssen sich dringend sachkundig machen, welche Auswirkungen dies auf die Arbeitsplätze, aber auch auf die publizistische Vielfalt haben kann. Hierüber müssen wir intensiv diskutieren.

(Rolf Harlinghausen CDU: Mir fehlt das "Neue Deutschland"!)

Die Veränderungen des Medienstandorts Hamburgs sind deutlich, dies geht aus der Antwort auf Frage 21 hervor. Warum der Senat die drohende Abwanderung der Deutschen Presse-Agentur nach Berlin nicht erwähnt, ist aber unbefriedigend. Es hat bereits ein Gespräch zwischen Herrn von Beust, Frau von Welck, dem Medienkoordinator

(Kersten Artus)

Herrn Seikel sowie dem Geschäftsführer und dem Chefredakteur der dpa gegeben, habe ich gelesen, aber nicht in einem Senatsbericht, sondern in der Zeitung. Die Bürgerschaft hat ein Recht darauf, direkt vom Senat zu erfahren, was genau Inhalt dieses Gesprächs war und wie man dort verblieben ist. Es ist als mangelhaft zu bewerten, dass die Abgeordneten erst wieder aus der Zeitung davon erfahren.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es aber, dass Herr Seikel bereits zugesichert hat, dass es bei der dpa nicht zu einem Subventionswettbewerb kommen werde, sollte sich die Agentur dafür entscheiden, die Redaktion in Berlin zu zentralisieren. In Anbetracht der heutigen technischen Möglichkeiten halte ich derartige Zentralisierungsideen übrigens für völligen Blödsinn.

In diesem Zusammenhang bin ich aber anderer Ansicht als Herr Seikel, der im "Hamburger Abendblatt" am 12. Februar behauptete, dass die aufgrund der Abwanderung vieler Redaktionen und Sender weggefallenen Arbeitsplätze in Hamburg durch das Wachstum von Firmen der New Technology überkompensiert wurden. Hier kann man doch keine mathematische Gleichung ansetzen. Wenn tarifgebundene Arbeitsplätze von Fachkräften wegfallen, weil ein Verlag seine Redaktion verlagert, dann hat dies erhebliche Auswirkungen auf die konkret betroffene Familie, auf die Steuern in Hamburg, auf die Sozialversicherung und auf die Ausbildungsbedingungen. Ich finde die Nichtinformation der Bürgerschaft über diese Problematik leichtfertig.

Sehr geehrte Damen und Herren! An der Wettbewerbsschraube wird zurzeit heftig gedreht. Der Senat kündigt in der Antwort auf Frage 24 an, dass eine grundlegende Überarbeitung der medienkonzentrationsrechtlichen Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags ansteht. DIE LINKE würde es begrüßen, wenn hierzu ausführlichere Darlegungen erfolgen würden, möglicherweise im Kulturausschuss. So wurde vom Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer Verlag AG, Herrn Dr. Mathias Döpfner, Anfang April geäußert, dass er eine Anpassung des Medienkonzentrationsrechts fordert. Derzeit ist es so, dass eine vorherrschende Meinungsmacht vorliegt, wenn es einen mindestens 30-prozentigen Marktanteil bei den Zuschauern und Zuschauerinnen im Jahresdurchschnitt gibt. Die Grenze liegt sogar bei 25 Prozent, wenn das Unternehmen auf einem medienrelevanten Markt stark vertreten ist. Dies möchte Herr Döpfner ändern. Natürlich hat es ihn geärgert, dass er Sat.1 und ProSieben nicht kaufen und behalten durfte, aber hier handelt es sich um die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Hamburg täte daher gut daran, das Kartellrecht nicht zugunsten der Medienmögule zu ändern und aufzuweichen.

Ich denke, die öffentliche Meinung muss sich beim gedruckten Wort auf eine gewisse Vielfalt verlassen können, ganz unabhängig davon, wie sich das Internet entwickelt. Basis der seriösen, unabhängigen Information wird auf lange Sicht immer noch die Tageszeitung und der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleiben, auch wenn der Wettbewerb durch das Privatfernsehen und das Internet einen starken Druck auf das journalistische Niveau und die Erlössituation ausübt. Das bestätigt eine neue Studie der Universität Münster, die aussagt, dass der Internetjournalismus Zeitung und Rundfunk nicht ersetzt. Sie dominieren nach wie vor auch die journalistischen Internetangebote.

Auch die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage sind stark von der Rezession betroffen. Da stellt sich die Frage, ob es zur Ankurbelung der Konjunktur auch konkreter Unterstützung der Printmedien bedarf. Hier müsste aus Sicht der LINKEN aber dargelegt und nachgewiesen werden, dass Presseförderungsmaßnahmen immer die Absicherung der Meinungsvielfalt im Auge haben und nicht eine weitere pure Subvention bedeuten, die direkt in die Kasse der Verleger fließt. Presseförderung unter dem Gesichtspunkt, dass Medien ein besonders schützenswertes Gut für die Wahrnehmung der Demokratie sind, unabhängig von wirtschaftlicher und auch von parteipolitischer Einflussnahme, begrüßen wir. Die Unabhängigkeit der Printmedien kann insbesondere dadurch gesichert werden, dass der Einfluss der Redaktionen bei der Meinungsbildung mitgestaltet wird. Insofern schlagen wir vor, das Landespressegesetz dahingehend zu ändern, dass verbindliche Redaktionsstatuten und demokratisch legitimierte, selbst organisierte Redaktionsbeiräte installiert werden.

Presseförderung heißt auch, dass junge Leute einen selbstverständlichen Zugang zum gedruckten Wort erhalten. Die vom Senat beschriebenen Aktivitäten der Verlage an Schulen und in Schulen generell sind positiv zu bewerten. Zu bedenken gebe ich, dass die Arbeit mit Zeitungen und Zeitschriften aber weitgehend in der gymnasialen Oberstufe stattfindet. Schüler und Schülerinnen, die das Abitur nicht machen, werden also von vornherein ausgeschlossen. Der Unterricht, auch der von Sechst- und Achtklässlern, muss sich unserer Meinung nach noch mehr damit auseinandersetzen, wie unterschiedlich Medien wirken. Das gedruckte und auch das gesprochene Wort muss dabei eine zentrale Rolle spielen. Die Verlage tragen hierbei eine Verantwortung und müssen ihren Beitrag zu dieser Art der Presseförderung leisten.

Wir sagen Ja zur Presseförderung, aber Nein zur Erleichterung der Pressefusionsregelung. Gerade in Krisenzeiten ist die Unabhängigkeit der Presse zu gewährleisten und sogar auszubauen. Dazu gehört auch die Abschaffung des Paragraphen 118 Betriebsverfassungsgesetz, der Betriebsräten aus

(Kersten Artus)

Verlagen durch die Tendenzbestimmung nur sehr eingeschränkte Mitbestimmungsrechte einräumt.

(Rolf Harlinghausen CDU: Jetzt reden Sie in eigener Sache!)

Hier wäre eine Bundesratsinitiative des Hamburger Senats angemessen, wollte er seine Verantwortung für den Medienstandort Hamburg hochhalten.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, wie wichtig diese Große Anfrage ist und dass sie keineswegs in der Parlamentsdatenbank verschwinden darf. Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Wir reichen die Große Anfrage modifiziert noch einmal nach oder die Bürgerschaft überweist sie an den Kulturausschuss und dort werden die Antworten dann nachgebessert und vertieft. Ich bitte um Überweisung an den Kulturausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, was wollten Sie uns eigentlich eben mit so vielen Worten sagen?

(Beifall bei der CDU und bei Andreas Waladowsky GAL – Uwe Grund SPD: Das kann ich mir denken, dass Sie das überfordert hat!)

– Sie projizieren ja schon wieder, Herr Grund.

Ihre Rede war genau das, was Sie dem Senat vorwerfen: Masse statt Klasse. Die Antwort des Senats auf Ihre Anfrage gibt aber im Gegenteil genügend Ansatzpunkte, um zu verstehen, worauf es ankommt,

(Bülent Ciftlik SPD: Aber keine Antwort!)

nämlich den Pressemarkt in seiner Entwicklung zu erkennen und zu sehen, wie die Vielfalt des Pressemarktes, die Freiheit der Presse zukünftig erhalten werden kann. Es ist schön, wenn Sie im Sinne der LINKEN versuchen, Altes zu erhalten und sich Neuem gegenüber zu sträuben. Dass Sie Dinge, die der Konsument braucht, die ihm angeboten werden, die ihm gerade durch den digitalen Markt angeboten werden, nicht akzeptieren wollen, mag aus Ihrer Sicht verständlich sein. Es ist aber nicht das, was die Zukunft und die Vielfalt des Pressemarktes erhält.

Wenn Sie das Interview mit dem von Ihnen zitierten Mathias Döpfner heute im "Hamburger Abendblatt" lesen, dann würden Sie wissen, dass auch zum Beispiel das in Hamburg beheimatete Haus Springer innerhalb der nächsten zehn Jahre mindestens 50 Prozent seines Umsatzes und seines Gewinns und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen im digitalen Bereich erwartet. Viel mehr kann ich zu Ihrer Rede gar nicht ausführen. Sie und Ihre

Fraktion sollten vielleicht auch einmal die Möglichkeiten der digitalen Wirtschaft und des Internets überhaupt nutzen. Würden Sie dieses tun, dann wäre Ihnen, und ich komme zum Ausgang dieses Tages zurück, bei dem angeblichen Gedicht von Tucholsky aufgefallen, dass dieses gar kein Gedicht von Tucholsky ist, sehr geehrte Frau Baum, Frau Möller, sondern ein auf Tucholsky gemünztes Machwerk, das der österreichische Autor Richard Kerschhofer Ende letzten Jahres im Magazin "Preußische Allgemeine Zeitung" publiziert hat, ein Autor, der ansonsten sehr viel für die rechtsgerichtete FPÖ schreibt.

(Zurufe von der CDU: Hui, hui!)

Nutzen Sie die Möglichkeiten der digitalen Wirtschaft, so wie es viele Hamburger Unternehmen bereits führend tun: "Spiegel Online", "Bild.de", das "Hamburger Abendblatt" in letzter Zeit. Wenden Sie sich der Zukunft zu und lassen Sie Bestimmtes in der Vergangenheit einfach ruhen. Gehen Sie mit uns zusammen in die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Das ist das Schöne an Herrn Wankum, er ist immer für Überraschungen gut. Er beendet seinen Satz und will mit den Linken in die Zukunft gehen. – Donnerwetter.

Meine Damen und Herren! Worüber sind wir uns denn einig? Einig sind wir uns über Artikel 5 des Grundgesetzes. Da steht etwas drin über die Garantie der Informations- und Meinungsfreiheit in diesem Lande. Dass das etwas Wichtiges ist, darüber sind wir uns einig, und wir sind uns auch einig, dass diese Demokratie wohl nicht funktioniert, wenn wir in unserem Land keine freien, unabhängigen Medien haben. Das ist Grundlage und Voraussetzung für diese Entwicklung.

Um zu den positiven Dingen zu kommen: In keinem Land in Europa und wahrscheinlich auch darüber hinaus existiert eine vergleichbare Dichte in der Zeitungslandschaft, auch mit einem herausragenden Angebot an Regionalzeitungen, wie in Deutschland. In keinem Land gibt es ein so vielfältiges duales Rundfunkangebot wie hier in der Bundesrepublik. Das sei vorweggeschickt, wenn man sich kritisch mit den Inhalten und der Situation auseinandersetzt. Im internationalen Vergleich ist das Angebot, das wir hierzulande und in der Stadt Hamburg haben, quantitativ und qualitativ herausragend. Das muss man einfach einmal feststellen, bevor man ins Detail geht und diskutiert.

Es gibt einen grundlegenden Wandel am Medienmarkt. Das Bedrückende an diesem Wandel im Bereich des Zeitungswesens ist, dass Finanzinve-

(Uwe Grund)

storen an die Stelle ambitionierter Verleger treten. Das hat Folgen in ganz vielen Fällen. Gegenwärtig gibt es bei der "Hamburger Morgenpost" eine umgekehrte Entwicklung, aber wenn man sich die Situation insgesamt anschaut, hat das schwerwiegende Folgen. Die Herausgabe einer Qualitätszeitung deckt sich nicht automatisch mit den Renditeerwartungen mancher internationaler Kapitalfonds.

(Rolf Harlinghausen CDU: Wie war das denn beim "Vorwärts"?)

Dramatisch für Hamburg und nicht nur für Hamburg, sondern für Deutschland – das besagt auch die Große Anfrage und die Antwort des Senats – ist, dass die Auflagen und die Reichweiten der regionalen Tageszeitungen kontinuierlich gesunken sind, sogar dramatisch gesunken sind. Das ist besorgniserregend, und zwar aus einem sehr einfachen Grund. Es ist so, dass nicht nur der Auflagenrückgang, sondern gleichzeitig der Anzeigenschwund dazu führt, dass die wirtschaftlichen Grundlagen, die Basis der Finanzierung vieler Zeitungsverlage, gefährdet sind. Was uns als Politikerinnen und Politiker interessieren müsste, ist, dass es den Verlagen immer mehr erschwert wird, hoch qualifizierte Redaktionen zu finanzieren. Das hat, wenn dies nicht mehr geschieht, Folgen für die Qualität der Medien, Folgen auch für die Frage, wie wir uns gegenüber der Bevölkerung verständlich machen können.

Es gibt eine unterschiedliche Bewertung in der Frage, wie DIE LINKE an die Lösung des Problems herangehen will. Wir glauben nicht, dass staatliche direkte Subventionen in Richtung der Tagespresse gehen sollten. Das halten wir für wenig sinnvoll, glauben aber, dass es Entwicklungen gibt, die gebremst werden müssen. Die Entscheidung zum Beispiel der WAZ Mediengruppe, aus dpa auszuweichen, würde, wenn das Nachahmer bei großen Zeitungsverlagen findet, katastrophale Folgen haben. Es würde das Unternehmen dpa im Kern treffen und es würde bedeuten, dass es in Deutschland in Wahrheit eine unabhängige deutschsprachige Nachrichtenagentur nicht mehr geben würde. Dass das fatal wäre, das müssen wir nicht dreimal betonen – eine sehr kritische Entwicklung. Deshalb wünsche ich mir sehr, dass es zu Lösungen kommt – wir denken auch an Stiftungsmodelle in diesem Zusammenhang –, dass eine solche Entwicklung nicht eintritt. Es versteht sich von selbst, Frau Artus, da sind wir wieder ganz bei Ihnen, dass es eine Zukunft von dpa in Hamburg geben soll und dass dafür einiges zu tun ist. Dass das die Aufgabe des Senats ist, haben Sie bereits kritisch angemerkt.

Herr Wankum meinte, entscheidend sei doch die Frage nach der Entwicklung der Presse im Zusammenhang mit der Veränderung des Marktes im Bereich der elektronischen Entwicklung. Sehr richtig,

Herr Wankum. Aber genau die Frage, wie die Zukunftsaussichten der Tageszeitungen und Zeitschriften im neuen elektronischen Wettbewerb sind – das hat gerade Frau Artus schon dargestellt –, hat der Senat beantwortet mit der Bemerkung, dass er sich mit dem Thema nicht befasst habe. Also zur Frage, wohin die Reise für die Tageszeitungen und Zeitschriften geht, hat der Senat keine Meinung. Er hat sich auch nicht damit befasst. Er hat auch keine Daten dazu. Es ist aber eine Zukunftsfrage für den Medienstandort Hamburg. Und das ist, Frau Senatorin, es tut mir leid, beschämend und ich finde, da müssen Sie nacharbeiten. Sie müssen nachsitzen in der Frage, und dazu wollen wir von Ihnen etwas hören, wir werden nicht lockerlassen.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin hat der Senat eines bemerkt, er hat nämlich festgestellt, der Medienstandortwettbewerb ist intensiv. Das ist bemerkt worden und warum ist es bemerkt worden? Weil Hamburg in den letzten Jahren viel zu oft in diesem Wettbewerb verloren hat mit schlimmen Folgen, was die Zahl der Arbeitsplätze anbelangt und natürlich auch was die Standortkompetenz insgesamt angeht.

Meine Damen und Herren! Was kann der Staat tun? Ein Thema ist, wie können wir die Bevölkerung, vor allem die junge Bevölkerung dieser Stadt, kompetent in der Nutzung von Medien machen. Wir meinen, dass das Thema Medienkompetenz ein ganz wichtiges Handlungsfeld für einen Standort wie Hamburg ist, und wir werden deshalb bei der anstehenden Reform des Medienstaatsvertrags Hamburg-Schleswig-Holstein darauf einen besonderen Schwerpunkt legen und sind gespannt, was der Senat uns in diesem Zusammenhang vorlegen wird.

Außerdem geht es darum, wie Vielfalt und Pluralismus gewährleistet werden. Wir haben eine prinzipiell andere Auffassung als der Senat. Der Senat geht davon aus, dass sich Pluralismus in den Medien in der sogenannten Außenpluralität herstellen wird. Damit ist gemeint, wenn es nur genügend Zeitungen gibt, wird sich das schon einpendeln. Wenn es genügend Rundfunk- und Fernsehsender gibt, dann wird die Pluralität von sich aus bereits hergestellt. Diese Position ist, wie wir meinen, grundfalsch. Wir treten für Binnenpluralismus ein, also für die Frage, wie gelingt es, sicherzustellen, dass in den Redaktionen auch in den Medien selbst Meinungspluralität organisiert wird, hergestellt und garantiert werden kann. Darüber werden wir mit Ihnen auch in der Zukunft streiten.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ja, bestimmt!)

Wir glauben, dass es bei der Pressefusionskontrolle durchaus Möglichkeiten gibt, Liberalisierungsmaßnahmen wahrzunehmen. Ich weiß nicht, wie

(Uwe Grund)

das die Fragesteller für diese Große Anfrage sehen. Voraussetzung für uns wäre allerdings, dass die Verlage sich insgesamt mit einem abgestimmten Vorschlag blicken lassen und wir diesen auch dann breit gesellschaftlich diskutieren können.

Es ist schon gesagt worden, die elektronischen Medien wälzen die Landschaft um. Nicht nur Springer wird einen hohen Prozentsatz seines Umsatzes künftig bei den elektronischen Medien verdienen, sondern Gruner + Jahr spricht auch davon, dass in wenigen Jahren 20 Prozent seines Umsatzes über elektronische Medien erwirtschaftet werden. Burda meint sogar, es werden 50 Prozent werden.

Ich will die Dinge nun nicht weiter auswalzen, meine aber, dass die Große Anfrage es wert ist, im Wirtschaftsausschuss oder zusätzlich im Kulturausschuss, der für Medienpolitik in der Bürgerschaft zuständig ist, intensiv diskutiert zu werden, und dass wir darüber nachdenken, welche Zukunftsfolgerungen wir machen werden. Die Veränderungen, die stattfinden, sind wirklich umwälzend. Persönlich bin ich mir aber sicher, dass die Entwicklung der elektronischen Medien die Arbeit von qualifizierten Journalisten nicht überflüssig machen wird und niemals ersetzen wird. Inhaltliche Orientierung bieten ist auch in der digitalen Welt gefragt und der Medienstandort Hamburg tut gut daran, gerade im Bereich der Aus- und Weiterbildung für Journalisten zu investieren. Das stärkt den Standort und die Zukunft Hamburgs in der Medienpolitik wirklich. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Inhalt der Anfrage eingehe und was man damit politisch anfangen kann, will ich kurz ein paar Worte verlieren zu der Kritik der LINKEN zur Qualität der Antworten. Mir ist aufgefallen, als ich die Fragen und natürlich auch die Antworten gelesen habe, dass viele Dinge gefragt wurden, wo ich mir gesagt habe, das muss man den Senat eigentlich nicht fragen, denn diese Fragen kann man sich im Internet hervorragend beantworten lassen.

(Arno Münster SPD: Googeln! – Norbert Hackbusch DIE LINKE: Sag' mal ein Beispiel!)

Das kann man den Senat auch fragen, aber bei vielen Punkten dachte ich, warum muss man das den Senat fragen. Dann ist mir aufgegangen, dass Sie in Ihrer Bewertung, welchen Stellenwert eine Große Anfrage haben soll, dies als ein Kompendium über den Hamburger Pressemarkt betrachten.

Das ist nicht der Sinn einer parlamentarischen Anfrage.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Sinn einer parlamentarischen Anfrage ist, das zu fragen, was man normalerweise eben nicht als Bürger und Bürgerinnen oder als Parlamentarier auf normalen Wegen erfahren kann.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Und da gehen 80 Prozent der Fragen in die falsche Richtung. Ich gebe aber bei einer Frage durchaus Ihrer Kritik recht, denn die Frage nach den Beschäftigtenzahlen hätte man beantworten können. Wie viele Menschen im Pressemarkt arbeiten, ist durchaus keine Sache, die wir als Bürger und Bürgerinnen mal eben schnell rausbekommen. Es gibt Zahlen. In diesen Fällen haben wir auch in anderen Bereichen, wie im Film- oder Medienbereich, während der letzten Legislaturperiode schon Antworten auf Großen Anfragen bekommen. Das ist sicherlich auch eine ganz wichtige Frage, wenn wir darüber reden, welche Bedeutung der Bereich der Kreativwirtschaft für diese Stadt hat. Ich hoffe, dass wir dazu in Zukunft bessere Antworten vom Senat erhalten.

Aber etwas hat mich verwundert und da kommen wir übergangslos zum eigentlichen Thema, das politisch ist. In welcher Situation sich eigentlich die Hamburger Medienlandschaft oder die weltweite Medienlandschaft befindet, dazu kamen herzlich wenig Fragen. Sie haben zwar das eine oder andere angetippt,

(Gerhard Lein SPD: Geben Sie doch mal ein paar Antworten! – Bülent Ciftlik SPD: Dann machen Sie doch mal eine Anfrage! – Christiane Schneider DIE LINKE: Auch als Regierungsfraktion kann man fragen!)

aber im Grunde genommen die wirklich politischen Fragen vernachlässigt. Was bedeutet der Strukturwandel, das Zusammenwachsen der Medien, zusammen treffend mit der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, denn wirklich für die Medienlandschaft? Da hätte ich mir ein paar andere Fragen gewünscht, aber da kam nichts außer den Abfragen nach Zahlen, die man überall bekommt.

Dann zu sagen, es sei komisch, dass der Senat nicht antworte, wenn ich nicht richtig frage, scheint mir nicht plausibel. Dann kann man sagen, wenn das gar nicht in die Richtung ging, warum soll der Senat letztlich politisch auf etwas antworten, das nicht wirklich gefragt war oder interessiert hat. Es ist richtig, wir haben Auflagenrückgänge in den letzten Jahren, wir haben Rückgänge der Abos, wir haben Verlagerungen von elektronischen Unternehmen und auch von Print nach Berlin oder woandershin. Das ist alles richtig. Das hat etwas mit

(Farid Müller)

dem Standortwettbewerb zu tun. Ein paar Worte mehr – vielleicht hören wir dazu noch etwas – zur Situation der dpa hätten uns auch alle hier interessiert. Ich habe das Gefühl, das wird uns auch noch eine Weile beschäftigen.

Aber zur Frage der Förderprogramme für die Medien gab es doch ganz interessante Antworten vom Senat, wie die verschiedenen europäischen Länder damit umgehen. Frankreich und Italien verteilen üppigst, über 100 Millionen Euro. Als ich das gelesen habe, ist mir ganz anders geworden. Ich würde für unser Land nicht wollen, dass wir in diesem Ausmaß auf die Medienlandschaft Einfluss nehmen, egal ob TV, Print oder Internet. Wir wissen alle, wie die Situation in diesen Ländern ist. Dort gibt es eine unglückselige Verknüpfung zwischen Politik und Wirtschaftsinteressen im Bereich der Medien, und welche Auswirkungen das hat, lesen wir manchmal in überregionalen Zeitungen oder sehen wir im Fernsehen.

(Beifall bei der GAL)

Was heißt das nun, wenn die vierte Gewalt in diesem Land durch die Wirtschaftskrise und bedingt durch die Strukturkrise tatsächlich in den nächsten Monaten in existenzielle Not gerät? Ich kann momentan nur für meine Fraktion sagen: äußerste Zurückhaltung bei direkten Subventionen an diese Unternehmen, schauen, ob man die Rahmenbedingungen so versucht zu verbessern, dass es trotzdem eine Überlebenschance gibt.

(Bülent Ciftlik SPD: Was für Rahmenbedingungen?)

– Die Rahmenbedingungen sind in der Anfrage angedeutet worden.

Da geht es zum Beispiel um die Frage von Mehrwertsteuer, um bestimmte Fragen zu den Auflagen von Zeitungen und zu den Abos, da geht es darum, wie die Post damit umgeht, und da müssen wir – wir sind noch ganz am Anfang – überlegen, wie die Politik hierauf reagieren sollte. Die klassischen Wirtschaftsförderprogramme greifen nicht und ich fürchte, wir werden da noch eine Diskussion bekommen, sollten Sender, ganze Senderfamilien oder auch größere Verlage in Schwierigkeiten geraten. Da geht es eben nicht um Opel, um es deutlich zu sagen. Es geht natürlich um mehr, um politisch brisantere Fragen.

Was mir auch gefehlt hat in der Großen Anfrage, war der ganze Arbeitsbereich rund um die Printmedien.

(Zuruf von der SPD: Nennen Sie doch nun endlich einmal einen!)

– Ach hören Sie doch auf von der SPD, von Ihnen kam doch heute auch nicht sehr viel Intelligentes zu dem Thema.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Alles um den Printbereich herum, alle, die für die Verlage arbeiten, das ist gar nicht erwähnt. Da hätte man nicht groß nachschauen müssen. Sie sind doch diejenigen, die den Koalitionsvertrag als noch größere Bibel als die Regierungsparteien verstehen und uns tagtäglich minutiös in den Plenarsitzungen antreiben, jeden Punkt und jedes Komma umzusetzen.

Hier haben Sie nun gar nicht nach den ganzen Kreativwirtschaftsbereichen gefragt, die unmittelbar mit dem Medienmarkt zusammenhängen. Dazu gibt es keine einzige Frage. Wir werden noch in diesem Jahr eine Kreativagentur gründen und genau diesen Bereich vernetzen, den Sie bisher völlig ausgeblendet haben. Das wird uns auch in Deutschland Rahmenbedingungen und die Unterstützung von Medienunternehmen sichern, das war schließlich die Frage von Herrn Ciftlik. Dies ist eine der Antworten.

Die andere Antwort ist, wie sieht es eigentlich aus, beschäftigt sich der Senat mit der Zukunft der Medienlandschaft? Diejenigen, die eine Einladung zum Hamburger Mediendialog bekommen haben, haben vielleicht einmal auf die Einladung geschaut und da geht es sehr wohl darum, wie es in Zukunft aussehen wird, wenn im Internet alle Mediengattungen zusammenfließen. Das wird Thema des Mediendialogs in dieser Stadt sein; was bedeutet das für die wirtschaftliche Existenz dieser Firmen und auch für die vierte Gewalt. Ich würde mich freuen, wenn viele Abgeordnete bei diesem Mediendialog anwesend wären, das interessiert nicht nur Medienpolitiker, das sollte uns Abgeordnete alle interessieren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Senatorin von Welck.

(Wilfried Buss SPD: Jetzt kommen die Antworten! – Ingo Eglhoff SPD: Jetzt kommen die Rahmenbedingungen!)

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Große Anfrage der LINKEN zum Pressemarkt zum Anlass nehmen, fünf grundsätzliche Punkte anzusprechen.

Erstens: Im Vorspann der Großen Anfrage, "Hamburger Pressemarkt, publizistische Vielfalt" formuliert die DIE LINKE – ich zitiere –:

"Aber auch im Medienmarkt wirken die Kräfte der Marktwirtschaft – sie ruinieren etablierte Strukturen und belasten den Grundgedanken der Meinungsfreiheit aufs Schärfste."

Diese durch die nachfolgende Einlassung noch verstärkte Kritik an der marktwirtschaftlich gepräg-

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

ten Verfassung der Medienordnung weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es gibt ein klares Bekenntnis des Senats zur bestehenden Medienordnung, die auf einer privatwirtschaftlich organisierten, freien, staatsunabhängigen Presse basiert und auf einem dualen Rundfunksystem mit jeweils breit gefächertem öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlich organisiertem Rundfunkangebot. Dieses System ist wichtiger Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes. Es hat die Presse zu einer starken und funktionierenden vierten Gewalt im Lande werden lassen, es hat sich bewährt und es hat es verdient, geschützt und bewahrt zu werden.

Zweitens: Auf dieser Basis ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein Informations- und Medienangebot entstanden, das in puncto Vielfalt seinesgleichen sucht. Ich danke Ihnen, Herr Grund, dass Sie das bereits betont haben.

Drittens: Zweifelsohne befinden sich die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage derzeit in einer besonders schwierigen Lage und manch einer sieht dabei den gesamten Printsektor im intermedialen Wettbewerb den Bach hinuntergehen. Diesen Pessimismus teile ich in keiner Weise. Neue Medien haben – und dies hat die Geschichte gezeigt – eigentlich nie die alten verdrängt, haben sie in der Regel nur ergänzt. Zeitungen und Zeitschriften müssen, und haben es vielfach bereits getan, natürlich auf das viel schnellere und aktuellere Medium Internet reagieren.

Natürlich haben wir in der Behörde und auch im Dialog mit den Betroffenen schon ausführlich diskutiert, wo der beste Weg liegt. Weitere Anpassungen sind sicherlich erforderlich, aber Zeitungen und Zeitschriften werden im Lande Gutenbergs und Goethes, da bin ich mir ganz sicher, immer eine Zukunft haben. Da spielt in der Tat, Herr Grund, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen eine enorm große Rolle, das sehe ich auch so. Deshalb haben wir die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein ermutigt, sich dieses Themas verstärkt anzunehmen und das wird auch verankert werden in dem Medienstaatsvertrag zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Ein erstes sichtbares Signal dieser Aufgabe der Medienanstalt wird eine Summing-up Tagung der Best-Practice-Modelle sein, die wir im Frühjahr nächsten Jahres durchführen werden.

Viertens: Hamburg wird im Rahmen dieser skizzierten Zukunft – davon bin ich überzeugt – eine Medien- und Pressehochburg Deutschlands bleiben. Natürlich ist nicht zu leugnen, dass es im Laufe der letzten Jahre einige schmerzhaft Verlagerungen von Unternehmen und Unternehmensteilen der Medienwirtschaft, insbesondere in Richtung Berlin, gegeben hat. Dies betrifft, das wissen wir

alle, insbesondere auch den Pressesektor und ist in gewisser Weise nachvollziehbar, so die direkte Nähe zum Zentrum des bundespolitischen Geschehens von besonderer Standortrelevanz für bestimmte Medien ist, wobei selbst da überlegt werden sollte, ob manchmal nicht ein gewisser Abstand zur Hauptstadt sogar als Standortvorteil anzusehen ist. "Die Zeit" und insbesondere auch der "Der Spiegel" haben sich klar für diesen Abstand entschieden. Darüber sind wir glücklich und hoffen, auch mit Blick auf dpa, dass diese Beispiele Schule machen und dies haben wir natürlich mit den Verantwortlichen der dpa intensiv erörtert. Im Moment läuft, wie Sie wissen, bei der dpa ein Gutachtenverfahren und da gilt es hinzuschauen und danach zu sehen, was die Ergebnisse sind. Es gibt aber auch andere als politische Magazine und Publikationen, die in Hamburg ansässig sind. Daher ist und bleibt Hamburg die mit Abstand führende Verlagsmetropole Deutschlands.

Fünftens: Die Verlage dieser Metropole können weiter auf den Senat zählen, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für den Printsektor, für die Medienlandschaft in Deutschland zu sichern und auszubauen. Dieses ist in der Vergangenheit in vielfältiger Weise geschehen, wie zum Beispiel jüngst wieder bei der Regulierung der öffentlich-rechtlichen Onlineangebote. Dies werden wir natürlich auch fürderhin nach Kräften tun, ob beim Kampf gegen immer drohende, neue Werbeverbote oder bei einer sinnvollen Weiterentwicklung des Schutzes geistigen Eigentums in Deutschland.

Die Hamburger Presse- und Medienwirtschaft kann sich auf ihren Senat verlassen. Daran werden wir arbeiten und arbeiten wir, unter anderem – ich bin dankbar, Farid Müller, dass Sie das schon erwähnt haben – mit der Einrichtung der Kreativagentur. Und ich kann nur, ebenso wie Sie, zu dem internationalen Mediendialog einladen, damit Sie einmal ganz hautnah und intensiv mitbekommen, was wirklich die Probleme sind und wo die Strategien liegen müssen, den Problemen wirksam entgegenzuwirken. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

(Zuruf CDU: Das sind alles Betroffene!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand die beiden Beiträge der Regierungsparteien so bemerkenswert – weil es sich natürlich auch darum dreht, wie das Parlament weiterhin mit solchen Dingen umgeht –, dass ich dazu noch etwas sagen möchte.

(Uwe Grund SPD: Das ist doch unterirdisch!)

Sie widersprachen sich dramatisch. Herr Wankum sagte, es würde schon alles in Ordnung gehen, die

(Norbert Hackbusch)

LINKEN hätten nur keine Hoffnung auf die Zukunft und dementsprechend fehle ihnen das richtige Gefühl, die Fragen zu stellen, es gebe aber gar keine Schwierigkeiten. Die Frau Senatorin hat eben deutlich gesagt, an bestimmten Punkten gebe es wichtige Schwierigkeiten in dieser Stadt, die müssten gelöst und besprochen werden. Im Moment spricht alles dafür, dass diese Große Anfrage zumindest im Kulturausschuss noch einmal besprochen werden kann. Das ist das eine.

Zum zweiten verstieg sich Herr Müller dazu – in meinen Augen etwas übertrieben –, davon zu sprechen, dass die Krise des Medienbereichs größere Ausmaße annehmen könne und wichtiger sei als die Opel-Krise. Wenn sie wichtiger ist als die Opel-Krise und wir uns im Kulturausschuss nicht damit beschäftigen wollen, was ist das denn dann für eine Art und Weise, wie das Parlament mit solchen Fragestellungen umgeht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das kann doch wohl nicht wahr sein. Möglicherweise gefällt einem diese Große Anfrage nicht so richtig und dann kommt die inhaltliche Kritik; dass man sagt, bei den Fragen der LINKEN gibt es immer so einen Unterton, der mir nicht gefällt. Frau Senatorin, Sie haben das eben ganz deutlich in Bezug auf unsere Anfangsbemerkung gesagt und kurz darauf selbst beantwortet: Wir, die Bundesrepublik und die Verfassung glauben nicht, dass die Meinungsfreiheit in diesem Land nur über Marktmechanismen hergestellt werden kann.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das wissen doch alle Menschen, die gegenwärtig Zeitungen und Zeitschriften lesen. Dafür haben wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbereich eingerichtet, weil wir gesagt haben, das darf nicht nur über Marktfreiheit entschieden werden. Was ist denn daran so radikal? Ich glaube, wir möchten manchmal gerne radikaler sein als Sie uns interpretieren. Dementsprechend kann das nicht die Begründung sein, Frau Artus hat schon etliche Gründe dafür angeführt.

Was mich beunruhigt hat, sind die Antworten, die es auf unsere Große Anfrage gegeben hat, zum Beispiel auf die Frage von Umsiedelung. Aktuell gibt es das dpa-Problem, das wurde angesprochen. Zweitens gibt es das Problem, dass vor zwei Wochen zum ersten Mal ein Ressort des "Spiegels" von Hamburg nach Berlin umgelagert worden ist. Das ist durchaus ein Problem und jedem, der die inneren Strukturen dieser Verlage kennt, zeigt das einiges. Dann führen Sie eine Liste der umgelagerten Sachen auf. Herr Wankum, vielleicht ist für Sie wichtig, dass "Die Welt" früher in Hamburg gemacht worden ist und mittlerweile in Berlin gemacht wird, dass die "Bild"-Zeitung früher in Hamburg gemacht worden ist und mittlerweile in Berlin

gemacht wird. Das heißt, das Zentrum des Verlags Springer ist schon lange nicht mehr in Hamburg, sondern in Berlin, aber es fehlen in dieser Liste sogar noch wichtige andere Umsiedlungen. Zum 1. Januar hat der mittelständische Verlag "Frau im Spiegel" mit über 100 Angestellten diese Stadt verlassen. Das taucht in Ihrer Antwort auf die Große Anfrage gar nicht auf.

(Thilo Kleibauer CDU: Wem sagen Sie das?)

Vor zwei Jahren hat der Milchstraßen-Verlag 50 Prozent der Objekte von Hamburg nach München verlagert. Das taucht in Ihrer Antwort auch nicht auf. Wir haben den Eindruck, dass der Senat sich mit der Frage von Medien nicht ausreichend beschäftigt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir waren relativ beruhigt, dass Sie als Berater Herrn Seikel hatten. Wir wissen, dass Herr Seikel nicht immer unserer Meinung ist – das verlangen wir auch nicht –, aber Kompetenz auf diesem Gebiet hat. Die Antworten auf diese Große Anfrage lassen uns Schlimmes befürchten. Eine der wichtigsten Fragen für den Medienstandort Hamburg wird nicht ordentlich behandelt. Ich hoffe, ich habe die Regierungsparteien überzeugt davon,

(Zurufe von der CDU: Nein! – Olaf Ohlsen CDU: Nein, hast Du nicht!)

dass diese Frage ein bisschen ausführlicher behandelt werden muss, als nur einmal in dieser Debatte besprochen zu werden. Stimmen Sie einer Überweisung zu, finden Sie irgendeinen Trick, damit wir uns damit beschäftigen können im Ausschuss. Es geht nicht, dass Sie sich mit dieser Frage nicht beschäftigen und sagen, der Senat wird schon alles richten. Das gehört sich auch parlamentarisch nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Müller.

(Wilfried Buss SPD: Je später der Abend, desto Müller!)

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, es ist immer so eine Sache, wenn man versucht, dem Vorredner irgendwas in den Mund zu legen. Meine Ausführungen zu Opel waren dahingehend, dass die Instrumente, wie man Opel helfen könnte, nicht die gleichen sind, die man im Medienwirtschaftsbereich anwenden kann. Dazu stehe ich auch und nichts anderes habe ich gesagt.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Uwe Grund SPD: Sie haben das anders gesagt!)

Der andere Punkt ist, auch dann hätten Sie die Große Anfrage einmal intensiv lesen sollen, weil

(Farid Müller)

Sie sich eben kritisch darüber geäußert haben, was alles nicht darin steht. Das steht aber nun ausgerechnet darin, Herr Hackbusch. Hier steht:

"Dennoch zählt die Axel Springer AG zur Gruppe der wichtigsten Verlage in Hamburg, wie mit gewissem Abstand auch die Verlagsgruppe Milchstraße, die im Jahre 2005 vollständig von der Burda-Gruppe/München übernommen wurde."

Da sind Verlagerungen, das steht hier, das ist doch völlig klar und ich frage mich, was Sie meinen. Sollen wir das Thema ernst nehmen oder sollen wir Ihre Große Anfrage ernst nehmen? Ich versichere Ihnen, die Koalitionsfraktionen nehmen das Thema sehr ernst.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei Ihrer Großen Anfrage bin ich etwas zurückhaltender. Ich hätte kein Problem, wenn wir gemeinsam im Parlament im nächsten Ausschuss eine Selbstbefassung machen: Aktueller Stand bei dpa. Darüber wird in den Medien schon gesprochen und ich bin mir sicher, dass der Senat den aktuellen Stand zu den Gesprächen und seine Einschätzung uns sehr wohl kundtun kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/2408 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Überweisung der Drucksache 19/2408 ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/2408 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe dann auf den Punkt 3 der Tagesordnung: Berichte des Eingabenausschusses und beginne mit dem Bericht 19/2498.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/2498 –]**

Hierzu ist mir mitgeteilt worden, dass zu der Eingabe 66/09 aus den Reihen der CDU-Fraktion gemäß Paragraph 26, Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Grapengeter hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Jens Grapengeter CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich um ein Thema, das sich definitiv nicht für parteipolitische Aspekte oder Emotionen eignet, aber grundsätzliche Bedeutung hat. Ich möchte vor dem

Hintergrund der Eingabe 66/09 das Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung ansprechen. Wir sind uns mit Sicherheit alle dessen bewusst, dass die Einrichtung einer Betreuung für den Betroffenen wohl einen der massivsten Eingriffe im Hinblick auf seine Intim- und Privatsphäre bedeutet. Darüber hinaus sind wir uns auch alle im Klaren darüber, dass das Verfahren einer Betreuung der richterlichen Unabhängigkeit obliegt, die in Artikel 97 des Grundgesetzes festgelegt ist und die mit Sicherheit auch niemand von uns in Frage stellen wird. Allerdings ist im Paragraphen 1896 ff. BGB nicht die Dienstaufsicht im Hinblick auf das Verfahren der Betreuung festgelegt. Es sind wohl Fragen der Haftung, Schadensersatz und ähnliches festgelegt, allerdings nicht die Dienstaufsicht im Hinblick auf die Betreuerinnen und Betreuer, deren Arbeit – das möchte ich ganz klar feststellen – niemand in Frage stellt.

Wir haben jetzt mit dieser Eingabe den worst case. Der Eingabenausschuss hat sich mit der Angelegenheit befasst und es ist wohl ein Desaster zu verzeichnen im Hinblick auf die Sensibilität, die in dieser Angelegenheit an den Tag gelegt wurde. Wir waren schon häufiger im Eingabenausschuss mit Petitionen befasst, in denen sich Betreute oder aber Angehörige, Verwandte, Freunde an uns gewandt haben, die mit den Verfahren nicht einverstanden gewesen sind. Vor diesem Hintergrund spreche ich im Namen des gesamten Eingabenausschusses, wenn ich feststelle, dass wir in dieser Frage Handlungsbedarf sehen dahingehend, dass Verwandte, Freunde, Bekannte, das soziale Umfeld bei diesen Verfahren entsprechend eingebunden werden. Dies vorausgeschickt, der Eingabenausschuss hat die Eingabe einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen. Wir sind uns alle der Problematik bewusst und bitten den Senat – ich hoffe, ich spreche im Namen des gesamten Hauses –, in dieser Hinsicht Maßnahmen zu ergreifen, um eine Einbindung des sozialen Umfelds des Betroffenen, der Freunde, der Verwandten und der Bekannten zu gewährleisten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Buss.

Wilfried Buss SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz noch einmal zu der eigentlichen Eingabe. Ein Homosexueller hat sich darüber beschwert, dass er bei der Behandlung seines eingetragenen Ehepartners nicht als Betreuer eingetragen worden ist, sondern, unter anderem wohl auch auf Drängen des Krankenhauses, eine neutrale Person gewünscht wurde und dann hat eben das Amtsgericht ganz anders entschieden. Das Tragische an der Sache ist, als er dann endlich durchgesetzt hatte, als entspre-

(Wilfried Buss)

chender nächster Verwandter zum Betreuer ernannt zu werden, ist am nächsten Tag sein Lebenspartner verstorben. Das ist unter anderem in einem Abgeordnetenbüro aufgelaufen, ich hatte das als Betreuer im Ausschuss mitzuberaten und es ist schon eine sehr tragische Geschichte gewesen. Herr Grapengeter hat insoweit das Wesentliche gesagt, das uns politisch betrifft. Was meiner Meinung nach besonderer Würdigung bedarf, ist die Tatsache, dass es seit dem Wechsel im Amt des Justizsenators auch einen Wechsel auf der Ebene des Präsidenten des Amtsgerichts gegeben hat und es gab eine sehr einfühlsame Entschuldigung des neuen Präsidenten gegenüber dem Lebenspartner. Es ist uns zurückgemeldet worden, dass dieses von dem Petenten als positive Reaktion der Öffentlichkeit, sprich, in diesem Fall der Staatsgewalt, empfunden wurde und dass nun zusätzlich zu der Art und Weise, wie wir einstimmig den Senat auffordern zu handeln, noch persönlich eine sehr gute Geste geleistet worden ist. Das ist insgesamt ein Umgang, wie er sich außerordentlich positiv – jedenfalls zum Ende – dargestellt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über den Bericht aus der Drucksache 19/2498, zunächst zu Ziffer 1.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 51/09 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 72/09 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Die in Ziffer 2 erbetene Kenntnisaufnahme ist ebenso erfolgt.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/2695 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/2696 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/2697 –]**

Nun kommen wir zum Bericht 19/2695.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 574/08 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Bericht 19/2696. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Schließlich kommen wir zum Bericht 19/2697, zunächst zu Ziffer 1. Auch hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte sich diesen anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so erfolgt.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat. Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenso einstimmig erfolgt.

Wer schließt sich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20, Absatz 2, Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Konzepte zur ambulanten Versorgung für Menschen mit Behinderung
– Drs 19/1882 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

* Siehe Anlage Seite 1663

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1882 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Bessere Chancen für Schülerinnen und Schüler mit schwierigen Startbedingungen, Umsetzung der Enquete-Empfehlungen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Bessere Chancen für Schülerinnen und Schüler
mit schwierigen Startbedingungen – Umset-
zung der Enquete-Empfehlungen
– Drs 19/2055 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchte die SPD an den Schul-
ausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Struktur des Arbeitsmarktes und der Hilfebedürftigkeit in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Struktur des Arbeitsmarktes und der Hilfebe-
dürftigkeit in Hamburg
– Drs 19/2409 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/2409 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf Punkt 16 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Zeit- und Leiharbeit in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:

**Zeit- und Leiharbeit in Hamburg
– Drs 19/2509 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Punkt 23 der Tagesordnung, Senatsantrag: Abschluss eines Verwaltungsabkommens zur Verteilung der Kosten für die Durchführung der Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger natürlicher Personen, die inländische Renteneinkünfte beziehen.

**[Senatsantrag:
Abschluss eines Verwaltungsabkommens zur
Verteilung der Kosten für die Durchführung der
Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger na-
türlicher Personen, die inländische Rentenein-
künfte beziehen
– Drs 19/2733 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Senatsantrag aus der Drucksache 19/2733 beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Jetzt kommen wir zu Punkt 28 der Tagesordnung, Bericht des Wirtschaftsausschusses, Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010, Einzelplan 7: Menschliche Metropole: Chancen für Arbeitslose – Qualifizierungs- und Vermittlungsinitiative Hamburg.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

**[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 19/2397:
Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010
Einzelplan 7
Menschliche Metropole: Chancen für Arbeitslose – Qualifizierungs- und Vermittlungsinitiative Hamburg (Antrag der Fraktion der SPD)
– Drs 19/2746 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 31, Bericht des Umweltausschusses: Haushaltsjahr 2008, nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37, Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung, hier Mehrbedarfe für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zur Erledigung des langjährigen Gerichtsprozesses um den erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleich für die Hafenerweiterung in Altenwerder.

**[Bericht des Umweltausschusses über die Drucksache 19/1635:
Haushaltsjahr 2008
Nachträgliche Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO) – Mehrbedarfe für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs zur Erledigung des langjährigen Gerichtsprozesses um den erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleich für die Hafenerweiterung in Altenwerder (Senatsantrag)
– Drs 19/2756 –]**

Wer möchte der Empfehlung des Umweltausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich ebenfalls nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Ich rufe Punkt 35 der Tagesordnung auf, Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreie Kommunikation mit den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft, Kostenregelung bei direkten Bürgergesprächen mit Gehörlosen und hochgradig Schwerhörigen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Barrierefreie Kommunikation mit den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft – Kos-**

**tenregelung bei direkten Bürgergesprächen mit Gehörlosen und hochgradig Schwerhörigen
– Drs 19/2418 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen. – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der CDU-Fraktion hierzu gemäß § 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

Herr von Frankenberg, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Fünf-Minuten-Beitrag ist erforderlich, damit nicht im Nachhinein eine Legendenbildung entsteht. Im Vorwege hat Herr Kienscherf im Rahmen einer kleinen Pressekonzferenz schon ein bisschen Wind gemacht. Ich schätze Sie durchaus als engagierten Mitstreiter, aber hin und wieder passiert es doch einmal, dass Sie über das Ziel hinausschießen, und das scheint mit diesem Antrag wieder der Fall zu sein.

Grundsätzlich möchte ich einmal Folgendes kundtun. Die Kosten für Dolmetscherdienste können aus den Fraktionskassen bezahlt werden. Und mich wundert, warum das bei Ihnen nicht geht. Bei uns ist das gar kein Problem.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mir ist bekannt, dass es auch bei der GAL geht. Ich weiß nicht, wie das bei der LINKEN gehandhabt wird, aber zumindest bleibt die Frage, warum das bei Ihnen nicht klappt. Wir haben uns auch einmal ein bisschen umgehört. Bei den Gehörlosen geht teilweise der Ruf um, dass es eigentlich ganz gut klappt, nur nicht bei den SPD-Abgeordneten.

(Zurufe von der SPD)

Insofern stellt sich die Frage, ob Sie das nicht wussten. Müssten Sie nicht vielleicht einmal versuchen, dies intern in Ihrer Fraktion zu klären, bevor Sie es in der Bürgerschaft einbringen?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Denn ich glaube, eine fraktionsinterne Klärung bei solchen Sachen wäre dann vielleicht doch ein bisschen besser als ein populistischer Schnellschuss.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Und dann im Einzelnen: Sie schlagen vor, eine interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Dazu muss ich aber sagen, wir haben bereits die Kommission "Barrierefreies Rathaus". Ich finde, irgendwie passt das nicht so richtig.

(Egbert von Frankenberg)

(Wolfgang Beuß CDU: Die haben zu viel Zeit!)

Nun kam allerdings bei unserer ersten Sitzung der SPD-Vertreter mit erheblicher Verspätung, bei der zweiten Sitzung war die SPD gar nicht vertreten.

(Heiterkeit bei der CDU und Zurufe von der CDU und der SPD)

Jetzt ist der Vertreter ausgewechselt worden. Ich will das nicht im Einzelnen zum Vorwurf machen. Ich habe Verständnis dafür, dass man einmal an einer einzelnen Sitzung nicht teilnehmen kann, aber wenn ich es zeitlich nicht schaffe, irgendwo hinzukommen, dann mache ich nicht so viel Wind. Das ist doch eine ganz einfache Sache.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen meine Bitte: Arbeiten Sie in den Gremien, die wir dafür vorgesehen haben, mit, statt hier mit Schnellschüssen zu glänzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Frau Gregersen hat das Wort.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte dem Kollegen Kienscherf auch gerne den Vortritt gegeben, aber er ist nicht nur zu den Sitzungen zu spät gekommen, sondern hat sich möglicherweise jetzt auch zu spät gemeldet. Schade für die Sache.

(Ingo Eglhoff SPD: Das Niveau wird immer besser, Frau Gregersen! Das ist richtig intelligent!)

Herr Kienscherf, Sie hatten einen Antrag geschrieben und wollten, dass wir ihn interfraktionell, also gemeinsam, bearbeiten. Und ich sagte dazu, das machen wir nicht, weil wir eigentlich die Arbeitsgruppe "Barrierefreies Rathaus" haben. Das ist in der letzten Legislatur beschlossen worden und wir wollen gemeinsam umsetzen, dass das Rathaus barrierefrei wird.

Nun wird der Kollege Kienscherf im "Hamburger Abendblatt" folgendermaßen zitiert:

"Ich weiß nicht, was ein barrierefreies Rathaus mit Gehörlosen zu tun hat."

Ich muss ehrlich sagen, das hat mich maßlos geärgert.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe mir das Protokoll der ersten Sitzung herausgeholt, und das hätte man auch, wenn man später oder erheblich später kommt, lesen können, weil es verschickt wurde. Dort wurden die Arbeitsgrundlagen für das beschlossen, was wir jetzt im Grunde als Kommission abarbeiten wollen. Und da steht:

"Die Kommission stellt einvernehmlich fest, dass sich das zu erarbeitende Konzept grundsätzlich auf das gesamte Rathaus beziehen soll. Die Herstellung der Barrierefreiheit soll die Belange aller Menschen mit Behinderung oder sonstigen Einschränkungen berücksichtigen."

Wir wollen also nicht nur ein rollstuhlgerechtes Rathaus, wir wollen es auch für Blinde und wir möchten es natürlich auch für Gehörlose besser machen.

(Ekkehart Wersich CDU: Das versteht sich doch von selbst!)

Das heißt, wir haben eine Arbeitsgruppe und wir wollen gemeinsam Konzepte erarbeiten, vorschlagen und umsetzen. Nun schreiben Sie in Ihrem Antrag unter Punkt 3, die Bürgerschaft möge beschließen, wieder eine neue interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten. Danke für den guten Vorschlag.

Dann möchten Sie auch, dass die Kosten für das Gebärdendolmetschen übernommen werden. Wenn ich Gespräche führe, hat meine Fraktion diese aus ihrem Titel Öffentlichkeitsarbeit immer für mich bezahlt. Ich würde mich freuen, wenn das bei Ihnen auch funktioniert, aber wir können da auch nacharbeiten.

(Beifall von der GAL und der CDU)

Ich habe mir heute ein Gespräch mit Herrn Heesch, das ist der Geschäftsführer des Hamburger Gehörlosenverbandes, gebärden lassen. Und Herr Heesch hat zu mir gesagt, dass auch er mit dem SPD-Antrag überhaupt nicht zufrieden sei. Erstens hätte er gerne daran mitarbeiten mögen und zweitens hätte er wenigstens inhaltlich gerne dazu Stellung genommen, denn wenn wir uns schon für die Leute einsetzen wollen, dann sollte es auch stimmig sein. Wenn wir zum Beispiel "Tess" einführen wollen, dann muss man sich einmal überlegen, was "Tess" ist. Das ist eine Webcam, das ist Internet. Man muss auch wissen, dass vielleicht gar nicht alle gehörlosen Menschen in Schrift arbeiten können. Und obendrein muss man wissen, dass viele ältere Menschen, vor allem gehörlose, gar keinen Internetzugang haben und auch keine Webcam besitzen. Also von daher mein Vorschlag: Nicht so viel heiße Luft, sondern eine gemeinsame Zusammenarbeit mit allen Betroffenen. Deshalb sind auch CDU und wir für eine Selbstbefassung im Sozialausschuss. Dort können wir uns gerne einmal alles Mögliche präsentieren lassen, aber vielleicht nicht nur "Tess" und "Relay", sondern auch zum Beispiel Vorschläge des Gebärdenerwerks. Und dann sollten wir alle zusammen etwas für die Betroffenen tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann [SPD]: Alle zusammen!) Michael Neumann SPD:

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Wir Sozialdemokraten, wir Sozialdemokraten! – *Ingo Egloff SPD:* Peinlich sind Sie gewesen!)

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie können gerne hier alle persönlich werden.

(Zurufe von der CDU)

Frau Gregersen, fangen wir einmal ganz von vorne an. Der Deutsche Gehörlosen-Bund und das Institut für Deutsche Gebärdensprache haben sich an die SPD-Fraktion gewandt – sicherlich keine Vertreter der Gehörlosen, würden Sie jetzt wahrscheinlich sagen – und uns gesagt, dass wir diese beiden Möglichkeiten der Kommunikation außerhalb des Rathauses haben, zum einen im direkten Bürgergespräch, zum anderen über diese technische Einrichtung. Sie haben uns darum gebeten, dass wir als Bürgerschaft die Möglichkeit dazu schaffen.

(*Ekkehart Wersich CDU:* Und die wenden sich an dich!)

– Nun nimm einmal hier die Häme heraus. Bestimmte Bemerkungen könnte ich auch zu manch anderen Themen machen. Manchmal mag das ja ganz lustig sein, aber was Sie hier gerade tun, degradieren Sie selbst.

Wir als Sozialdemokraten

(Zurufe von der CDU und Heiterkeit)

haben uns letztendlich an die beiden anderen Fraktionen gewandt, das ist richtig. Denn wir waren der festen Überzeugung, dass bei diesem Thema, bei dem es zum einen um 5000 Euro und einen gesonderten Titel und zum anderen um diese technische Einrichtung geht, einen breiten Konsens herstellen wollen. Das war ein Irrtum, das ist abgelehnt worden von Ihnen beiden, und das, was Sie heute hier an Diffamierungen bringen,

(Zurufe von der CDU)

ist letztendlich Ausdruck Ihres schlechten Gewissens, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Gregersen, Sie setzen sich seit Jahren für Menschen mit Behinderung ein, aber Sie haben es nie geschafft, einen solchen Initiativantrag zustande zu bringen. Schließlich haben wir, die SPD-Fraktion, dafür gesorgt, dass diese Arbeitsgruppe "Barrierefreies Rathaus" gegründet worden ist. Das muss man auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Und dann appelliere ich ein wenig an den Rest Ihres Verstandes, der vielleicht noch irgendwo schlummert.

(Zurufe von der CDU und der GAL – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf (fortfahrend): – Gut, das nehme ich zurück, das ging vielleicht etwas übers Ziel hinaus.

(*Frank Schira CDU:* So geht das hier nicht!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Ich erteile Ihnen hierfür einen Ordnungsruf.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Hier geht es um Kommunikation außerhalb des Rathauses, das ist ganz deutlich. Die Arbeitsgruppe befasst sich mit Kommunikation innerhalb des Rathauses. Das ist doch ein Unterschied und das muss Ihnen doch begreiflich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dass ich natürlich nirgendwo gesagt habe, "was haben Gehörlose mit einem barrierefreien Rathaus zu tun", ist klar. Fragen Sie Herrn Schmooch noch einmal, so habe ich es natürlich nicht gesagt. Dass Sie mir das aber gleich in den Mund legen ...

(Zurufe von der CDU)

– Das habe ich so nicht gesagt. Es war eine Vertreterin der CDU-Fraktion da, die können Sie ja fragen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten!)

Zweitens haben Sie angebracht, dass das Ganze nicht zu bewerkstelligen sei, weil das Abgeordnetengesetz dagegen spreche, wobei kein Jurist sagt, dass es so ist, aber das können Sie vielleicht noch irgendwie belegen. Und Herr von Frankenberg sagt, das machen wir ja alles schon, das brauchen wir gar nicht. Sie erzählen hier aber, das könnten wir doch in der Arbeitsgruppe regeln. Besteht da ein Handlungsbedarf oder nicht? Da müssen Sie sich einmal einig werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihrer Bemerkung, dass ein SPD-Vertreter in diese Arbeitsgruppe zu spät gekommen sei: Frau Gregersen, wenn Sie eine Unterleibsoperation haben

Wolfgang Beuß CDU: Was ist das denn für ein Beispiel!)

– nein, lassen Sie uns einmal deutlich werden – und am Donnerstag nach Hause ge-

(Dirk Kienscherf)

schickt werden – am Freitag hatte ich eine Veranstaltung mit Frau Güclü, bei der ich nach der Hälfte der Zeit den Verband wechseln musste, weil viel Blut dran war – und einem das hier vorwerfen, ist das unterstes Niveau. Bei aller Liebe, das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten setzen uns für Menschen mit Behinderungen ein. Wir würden auch gerne solche Großen Anfragen im Sozialausschuss diskutieren. Das ist nicht möglich, das ist schade. Aber kommen Sie uns nicht mit irgendwelchen fadenscheinigen Begründungen. Sie sind davon abgerückt, diese Menschen zu unterstützen. Und das, was Sie hier bringen, ist wirklich nur Ausdruck Ihres schlechten Gewissens. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse*
CDU: Peinlicher Auftritt!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hätten uns die Gehörlosen bei diesem Parteienstreit zugehört, so müssten wir uns wirklich schämen.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Deshalb bin ich erst einmal abgetaucht mit meinen Zetteln, aber es geht auch ohne Zettel. Wir wollen hier sowieso die freie Rede halten.

Ich finde es mehr als erstaunlich, dass hier darauf hingewiesen wird, dass wir eine Arbeitsgruppe "Barrierefreies Rathaus" haben, in der ich auch bin. Natürlich haben wir diese Arbeitsgruppe, und natürlich haben wir dort auch besprochen, wie man Gehörlosen helfen kann. Dabei geht es jedoch nicht um Leute, die ins Rathaus kommen, sondern um Leute, die in die Bürgersprechstunde kommen. Meine Damen und Herren Abgeordneten, halten Sie Ihre Bürgersprechstunde hier im Rathaus ab oder bei Ihnen im Stadtteil? Ich denke, doch eher im Stadtteil. Falls Sie die Bürgersprechstunde im Rathaus abhalten wollten, müssten die Leute möglicherweise von weit her kommen. Es geht doch darum, wie wir damit umgehen, wenn ein Gehörloser seinen Abgeordneten im Stadtteil aufsuchen möchte, was sein gutes Recht ist.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Wir zahlen das selber!)

– Das mag sein, dass Sie das selber zahlen.

Ich schaue jetzt einmal nach meinen Zetteln, denn ich wollte aus Paragraf 9, Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen, zitieren. Da geht es um das Gesetz zur

Gleichstellung behinderter Menschen, das sogenannte Behindertengleichstellungsgesetz BGG.

"Hör- oder sprachbehinderte Menschen haben nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 2 das Recht, mit Trägern öffentlicher Gewalt im Sinne des § 7 Abs. 1 Satz 1 in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder über andere geeignete Kommunikationshilfen zu kommunizieren, soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren erforderlich ist. Die Träger öffentlicher Gewalt haben dafür auf Wunsch der Berechtigten im notwendigen Umfang die Übersetzung durch Gebärdensprachdolmetscher oder die Verständigung mit anderen geeigneten Kommunikationshilfen sicherzustellen und die notwendigen Aufwendungen zu tragen."

Ich denke, da ist es doch wohl gerechtfertigt, so einen Antrag in die Bürgerschaft einzubringen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bewegen uns hier auf mehreren Ebenen. Das Interessante daran ist, dass die SPD die einzige Fraktion ist, die sich nicht sachlich mit diesem Thema auseinandersetzt.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff* SPD: Was Sie da sagen, ist eine Unverschämtheit!)

– Herr Egloff, die Unverschämtheit liegt in Ihrer Fraktion. Ihr Redebeitrag war dermaßen diffamierend gegenüber einzelnen Mitgliedern dieses Hauses

(Beifall bei der CDU und der GAL)

und die Art und Weise, wie Sie sich hier als Vertreter einer Gruppe von Personen aufspielen, mit denen wir alle kommunizieren, ärgert mich. Immerhin finanzieren wir die nötigen Hilfsmittel aus Fraktionsgeldern, so wie es die Regelung vorsieht. Wir haben bereits mehrfach versucht, mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen, dass die eingerichtete Arbeitsgruppe sich mit diesem Thema beschäftigt.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Dafür sind wir gar nicht zuständig!)

Wenn dabei nichts herauskommt, Herr Kollege Kienscherf, dann können Sie immer noch mit einem Antrag kommen, in dem Sie mehr fordern. Wenn Sie aber laut und deutlich verkünden, Sie wollen für Ihre Wahlkreisarbeit Gelder von der Bür-

(Antje Möller)

gerschaft haben, dann ist das tatsächlich ein Verstoß gegen das Abgeordnetengesetz.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Jetzt reicht's aber!)

Um darüber zu reden, hätten Sie zum Beispiel die Möglichkeit wahrnehmen können, sich im Ausschuss damit auseinanderzusetzen. Stattdessen machen Sie eine Öffentlichkeitskampagne gegen einzelne Personen, einerseits gegen einzelne Mitglieder unserer Fraktion, aber auch gegen die Entscheidung der Koalition.

(*Michael Neumann SPD*: Da sieht man, was für ein schlechtes Gewissen Sie haben!)

Eigentlich erwarte ich, dass der Kollege Neumann sich hier noch einmal hinstellt und uns vielleicht aufklärt, was in den Kollegen Kienscherf gefahren ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Grund.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist nicht mehr zu retten! – *Michael Neumann SPD*: Richtige Hetzer sind hier im Parlament! Da gehören Sie dazu! – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Neumann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(*Michael Neumann SPD*: Da können Sie gleich einen zweiten hinterher machen! – Glocke)

Das mache ich gerne. Sie erhalten den zweiten Ordnungsruf.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! Frau Möller, ich fand Ihren Wortbeitrag empörend und ich will Ihnen auch erklären, warum.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Grund, haben Sie die Glocke gehört?

Herr Neumann, ich darf Sie bitten, den Streit hier zu beenden und an anderen Orten gegebenenfalls fortzusetzen.

Herr Grund, Sie haben das Wort.

Uwe Grund (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, es geht inzwischen bei vielen gar nicht mehr um die Sache,

(Zurufe von der CDU)

sondern es geht darum, dass ein offenkundig sinnvoller Antrag der SPD-Fraktion ...

(Zurufe von der CDU und der GAL)

– Nun hören Sie doch einmal zu, noch ist alles in Ordnung. Sie dürfen sich gleich aufregen.

Es gab einen sachlichen Antrag und das Bemühen der SPD-Fraktion, mit den anderen Fraktionen zu einem einvernehmlichen, interfraktionellen Antrag zu kommen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das ist aber nicht gelungen!)

Das Bemühen ist nicht gelungen. Dann ist es, wie ich finde, legitim, dass die SPD-Fraktion einen Antrag einbringt und ihn zur Debatte stellt und darüber hinaus auch noch vorschlägt, ihn im Ausschuss zu beraten. Nun will ich Ihnen noch einmal sagen, worin das eigentliche Problem besteht.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sie zahlen es nicht selbst, das ist das Problem!)

Laut Aussage von Mitgliedern des Gehörlosen-Bundes im Landesverband Hamburg scheuen sich viele Gehörlose vor dem Kontakt zu den Abgeordneten in ihrem Stadtteil. Schließlich sind wir dafür gewählt worden, dass wir als Abgeordnete den Bürgern vor Ort für ihre Belange zur Verfügung stehen. Ich sehe das als meinen Auftrag an, Sie nicht?

(Beifall bei der SPD)

Von den Vertretern des Gehörlosen-Bundes wissen wir auch, dass viele der Gehörlosen die Möglichkeit, mit Abgeordneten zu kommunizieren, nicht wahrnehmen, weil die Voraussetzungen vor Ort nicht gegeben sind.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Grund, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Hesse?

Uwe Grund (fortfahrend): Nein, Herr Hesse kann sich zu Wort melden. Er kann auch eine persönliche Erklärung abgeben nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Zweitens wollten wir dem Parlament einen Gefallen tun – Ihnen allen und uns übrigens auch –, indem wir den Gehörlosen ein neues technisches Kommunikationsmittel zur Verfügung stellen, das mit viel Aufwand von der Deutschen Telekom und mit Unterstützung der Bundesregierung und entsprechender Finanzierung eingerichtet worden ist. Dies wollten wir Ihnen als Dienstleistung für die Gehörlosen nahebringen. Falls Sie diese nicht wollen, zwingt keiner Sie dazu, von ihr Gebrauch zu machen. Wenn Sie ignorant sein wollen, dann können Sie es doch sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir hatten zwei konkrete Fälle, in denen Gehörlose bei Abgeordneten der

(Uwe Grund)

SPD-Fraktion vor Ort vorstellig wurden und Gespräche führen konnten. Und die Kommunikation war nicht möglich.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ja, weil Sie keinen Dolmetscher bezahlen! – Zurufe von der GAL)

Meine Damen und Herren! Es geht darum, dass wir den Betroffenen die Sicherheit geben wollen, die Möglichkeit zu haben, mit den Abgeordneten zu kommunizieren. Und das ist eine Sache, die selbstverständlich ist. Sie wissen ganz genau, dass dafür so etwas wie das Hamburgische Abgeordnetengesetz dient. Deshalb schlage ich Ihnen noch einmal Folgendes vor:

(Wolfgang Beuß CDU: Nein!)

Da es nicht um die Kommunikation von Gehörlosen im Rathaus geht, sondern um deren individuelle Gespräche mit den Abgeordneten in den jeweiligen Stadtteilen, schlage ich vor, dass wir das miteinander in der Sache beraten und gemeinsame Lösungen anstreben. Und nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Gehörlosenverband, dessen Vorsitzender und auch die Vertreter von der Universität genau diese Vorschläge gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Ich versuche einfach einmal, zur Sache zu reden, weil ich die Aufgebrachtheit, die Vehemenz und die Emotionalität auf Seiten der SPD bei diesem Thema nicht begreife.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Auf unserer Seite? Wer hat denn angefangen?)

Lassen Sie uns eines festhalten: Wir haben ein Gremium, das sich mit Barrierefreiheit auseinandersetzt. Wenn Ihre Mitglieder einmal an diesen Sitzungen teilnehmen würden, dann würden Sie feststellen, dass der Arbeitsauftrag dieser Arbeitsgruppe nicht so eng gefasst ist, dass es nur um dieses Gebäude ginge, sondern um die Kommunikation der Abgeordneten mit den Bürgern im Rathaus, aber auch außerhalb.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber da Sie dieses Angebot nicht annehmen, können Sie das anscheinend auch nicht begreifen, Herr Kienscherf. Ich verstehe überhaupt nicht, wo das Problem ist. Wir haben eine Arbeitsgruppe, Sie hätten dieses Thema dort besprechen können. Sie haben sich dem verweigert und stellen hier einen Antrag, der einen Teil dieser Arbeitsgruppe wegnimmt.

Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben die Überweisung gerade abgelehnt!

Unserem Angebot, das im Ausschuss zu besprechen, verweigern Sie sich und werfen uns im Gegensatz vor, wir würden uns dem verweigern. Ich verstehe gerade überhaupt nicht, worin das Problem besteht.

Zweitens möchte ich einmal ganz deutlich sagen, dass Ihre Mitglieder oder Herr Kienscherf nicht immer in diesem Ausschuss waren, wo man so etwas hätte besprechen können; darauf ist in dieser Debatte hingewiesen worden. Herr Kienscherf hat daraufhin geantwortet mit einem persönlichen Angriff: "Nehmen Sie mal den Rest Ihres Verstandes zusammen". Da möchte ich einmal wissen, Herr Neumann, wer hier der Hetzer ist. Mit Sicherheit nicht die Mitglieder der Regierungsfraktion,

(Beifall bei Wolfgang Beuß CDU)

sondern ein Mitglied Ihrer Fraktion. Und es wäre Ihre Aufgabe als Fraktionsvorsitzender, auf Ihre Fraktion einzuwirken und nicht die Gegenseite anzupöbeln. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Wer hat denn angefangen?)

Es ist wirklich die größte Frechheit überhaupt, wenn die Kommunikation ...

(Bülent Ciftlik SPD: Ruhig, ruhig! – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Ich darf Sie bitten, zum üblichen parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukehren.

Jens Kerstan (fortfahrend): Frechheit?

(Heiterkeit)

Der Gipfel ist ja wohl, dass die CDU-Fraktion und die GAL-Fraktion die Kommunikation mit Gehörlosen in der Vergangenheit selbst finanziert haben und deshalb die Barrierefreiheit herstellen, Sie das jedoch mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Geldern nicht tun und uns dann vorwerfen, wir hätten kein Interesse daran, mit diesen Bürgern zu kommunizieren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber da ich dieses Thema auch wichtig finde, möchte ich dazu auffordern, dass die Mitglieder Ihrer Fraktion in dieser Arbeitsgruppe einmal erscheinen und wir das Thema dort beschließen. Und wenn wir uns dort nicht einigen können, dann können Sie gerne mit diesem Antrag kommen. Aber da sind Sie wirklich den falschen Weg gegangen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Verehrte Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

nicht vor. Ich lasse deshalb in der Sache abstimmen.

(Zurufe von der CDU)

Ich darf Sie bitten, die Emotionen etwas zu dämpfen, sodass wir auch diesen Punkt nun zu Ende führen können.

Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/2418 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist dann mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 39 der Tagesordnung, ein gemeinsamer Antrag der GAL- und CDU-Fraktion: Intensivierung und Weiterentwicklung der Studien- und Berufsorientierung am Gymnasium.

Intensivierung und Weiterentwicklung der Studien- und Berufsorientierung am Gymnasium – Drs 19/2760 –]

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist dann so angenommen.

Die GAL-Fraktion hat eine nachträgliche Überweisung an den Schulausschuss beantragt. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wir sind damit am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende: 20.25 Uhr

[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Friederike Föcking, Nebahat Güclü, Jörg Hamann, Robert Heinemann und Stephan Müller

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 22. und 23. April 2009****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
9	2056	Koalitionsvorhaben in der Zuständigkeit der Sozialbehörde: Tricksen, Täuschen, Verbergen – die Geheimniskrämerei von Senator Wersich
25	2633	Ernennung der Mitglieder der ständigen Wahlkreiskommission für die 19. Wahlperiode
26	2656	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Januar 2009 Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger, Drs. 19/1900
27	2694	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
30	2748	Bericht des Wirtschaftsausschusses
33	2758	Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
4	1474	Kohlekraftwerk Moorburg – was bedeutet die Genehmigungsentscheidung für Hamburg?	SPD	Umweltausschuss
7	1885	Arbeitsmöglichkeiten von Lehrerinnen und Lehrern an Hamburgs Schulen	SPD	Schulausschuss
15	2414	Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern	SPD	Schulausschuss (f.) und Wissenschaftsausschuss
21	2605	Hamburg auf dem Weg zur Klimahauptstadt – regenerative Energien und Umweltprojekte in unserer Stadt	SPD	Umweltausschuss
36	2729	Gentechnikfreie Landwirtschaft in der Metropolregion Hamburg	GAL	Wirtschaftsausschuss (f.) und Umweltausschuss
36	2867	Hamburg gentechnikfrei	GAL	Wirtschaftsausschuss (f.) und Umweltausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
29	2747	Wirtschaftsausschuss	Für Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt – Ausbildungsberichterstattung wieder einführen

32	2757	Verfassungs- und Bezirks- ausschuss	Antrag auf Entscheidung der Bürgerschaft über den Verlust der Mitgliedschaft eines Bezirksabgeordneten in der Bezirksver- sammlung
----	------	--	--

D. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs- Nr.	Gegenstand
17	2518	Bereitstellung von Ersatzflächen und Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in Hamburg